links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Herrschende (und) Moral

»Beruf Neonazi« — Muß das sein?

Neues Asylrecht zeigt Wirkung

Deutsch-türkische Kurdenpolitik

Staatskrise in Italien

Russischer Nationalismus

MULTIS, MACHT UND MEDIEN

Offenbach Nr. 286 26. Jahrgang W: DM 8,—/ O: DM 5,— MÄRZ '94

Liebe LeserInnen,

die technische und ökonomische Revolution der Medienindustrie hat die Welt in unseren Köpfen dramatisch und nachhaltig verändert. Stichworte dafür sind: Die atemraubende Entwicklung der Kommunikations- und 'Informations'technologien; die sich im globalen Maßstab neu formierende Medienindustrie, deren Internationalisierung mit einer immer stärkeren Monopolisierung einhergeht; die damit verbundenen und sich verändernden gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Bewußtseinsformen; die Medialisierung von Politik. Dabei ist es schwierig, die Zusammenhänge dieser Umstrukturierungen zu entschlüsseln oder gar Ansatzpunkte für praktische Politik in diesem permanent sich revolutionierenden Umfeld zu finden. Denn es verändern sich die Bedeutungen, die Inhalte und die Formen politischer Wahrnehmung und politischen Handelns, ohne daß wir die Dimensionen dieser realen Gesellschaftsveränderung wirklich abschätzen können.

Das komplexe Thema in einem Heftschwerpunkt durchleuchten zu wollen, wäre ein hoffnungsloses Unterfangen. Wir haben versucht, einige Aspekte anzuschneiden und wollen die dringend notwendigen Analysen und Diskussionen weiterführen. Guido Felhölter und Wilfried Konrad gehen in ihrem Beitrag auf die Veränderungen im Medienmarkt ein und zeigen die ökonomischen und technischen Verflechtungen auf. Thomas Roth stellt im ersten Teil seines Beitrages unter anderem die Geschichte und aktuellen Bedingungen von Lokalradio in Nordrhein-Westfalen dar. In der April-*links* wird er auf die Schwierigkeiten linker Gruppen mit Lokalradio eingehen. Thomas Kunz setzt sich mit durchaus streitbaren Thesen mit dem Formwandel der linken Öffentlichkeit auseinander.

Die umfassende Industrialisierung und Kommerzialisierung der Medien betrifft auch die Bedingungen von dem, was heute 'linke' Politik heißen kann. Die Möglichkeiten dessen, was einmal hoffnungsvoll als 'alternative Öffentlichkeit' bezeichnet wurde, sind dabei nachhaltig verändert und müssen deshalb neu definiert werden. Dazu bringen wir ein Interview mit zwei Leuten aus der Redaktion der 'Beute', einem neuen Zeitschriftenprojekt mit höchst ambitioniertem Anspruch. In diesem Zusammenhang steht auch die Diskussion und unsere eigene redaktionelle Konzeption, die wir in diesem Heft mit zwei sehr unterschiedlichen Beiträgen von Jörg Lauterbach und Joachim Hirsch dokumentieren.

Eng verbunden mit dem Heft-Schwerpunkt sind die nicht endenden Debatten um den Film »Beruf Neonazi«, der vor einigen Wochen publikumswirksam und 'kritisch' eingebettet in verschiedene Meinungen darüber von 'Spiegel-TV' gesendet wurde. Dabei sind Auseinandersetzungen um den Film, ob in Diskussionen oder auf der Straße, selbst ein Ausdruck massenmedial vermittelter Wahrnehmungsstörungen, auf die einige Beiträge in diesem Heft eingehen.

Angesichts der nicht enden wollenden Bekenntnisse zu Patriotismus und Nation sowie der Beschwörung von Moral als heilendes, da einigendes Mittelchen gegen die sozialen Verwerfungen in diesem Land, die zudem 'nix kosten tut', und dem fehlenden — oder besser gesagt: totgeschwiegenen — Widerstand gegen aktuelle Entwicklungen, gehen Uwe Fahr, Irving Fetscher, Helmut Reinicke und Jürgen Roth ganz unterschiedlich damit um. Sie versuchen, aus ihrer Perspektive bestimmte gesellschaftliche Tendenzen zu erläutern.

Ein Thema, das auf absehbare Zeit für dieses Land zentral bleiben wird, sind die Beziehungen zur Türkei und damit verbunden zum Freiheitskampf der KurdInnen. Serdar Çelik geht auf die aktuellen deutsch-türkischen Beziehungen ein. Ob an einem ganz anderen Ort auf dieser Welt das Aufbegehren von Menschen gegen ihre Lebensbedingungen ein kurzes Aufflackern oder ein dauerhafter Kampf sein wird, wird sich noch zeigen: Wir setzen unsere Beiträge mit Hintergründen zum Aufstand in Chiapas fort. Merdeces Simó und Pedro Romero, fast schon StammautorInnen der *links*, setzen sich mit dem überbordenden Nationalismus in Rußland und seinen Hintergründen auseinander. Eine brisante Auseinandersetzung ganz anderer Art wird Ende März einen neuen Höhepunkt erreichen. In Italien sind Wahlen, vor deren Hintergrund Thomas Sablowski die Veränderungen des süditalienischen Landes ausführlich analysiert.

Viele Erkenntnisse und einigen Spaß beim Lesen,

die *links*-Redaktion

Errata

In der letzten *links* ist dem Artikel von Thomas Kunz „Kleines Neudeutsches Wörterbuch" auf geheimnisvolle Weise ein Satz verschwunden. Er soll aber den LeserInnen nicht vorenthalten bleiben.

Es beginnt also auf S. 17 der zweite Absatz folgendermaßen: Die 'große' Koalition ist bereits Realität — zumindest sprachlich. Keine Partei verfügt über Gegenbegriffe...

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Thomas Kunz

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
10 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die April-Ausgabe '94 ist der 17. März 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 8,—/O: DM 5,—
Jahresabonnement W: DM 75,—/O: DM 50,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

COSA NOSTRA

Joachim Hirsch
Hat die *links* noch eine Zukunft? **4**

Jörg Lauterbach
Die Neue Linke —
Fetisch und Alterskrankheit der *links*
Zur Redaktionsdebatte über
die Zukunft der *links* **6**

HERRSCHENDE MORAL

Felix Schneider
Das volle Beamtenprogramm
Antiflüchtlingspolitik in der BRD **8**

Initiative Bleiberecht Hessen
Deutsche Asylpolitik:
Abschiebeknäste **10**

Jürgen Roth
Unkengesänge
Neueste Mutmaßungen
des Günter Grass **11**

Irving Fetscher
Demokratischer Patriot
und Kosmopolit **12**

Uwe Fahr
Moral, was denn sonst? **13**

Helmut Reinicke
Gegengewalt **15**

RUBRIKEN

Editorial **2**

Informationsveranstaltung **7**
Wolfgang Grams / Birgit Hogefeld

Spendenaufruf
Aufklärung der Ereignisse
in Bad Kleinen **29**

Spendenaufruf
Werkstätten- und Zeitungsprojekt
in Argentinien **47**

cosa nostra:
Abonnement **47**

»BERUF NEONAZI«

Die Redaktion
Politik des Imaginären
— imaginäre Politik **31**

Eike Hennig
»Beruf Neonazi« — Ewald Althans
oder: Wie sympathisch darf
ein Neonazi sein? **31**

Ernst Szebedits
Eine Zensur findet nicht statt!?
Zu Winfried Bonengels Film
»Beruf Neonazi« **33**

Christoph Pilgrim /
Encarnacíon Gutérrez Rodrǵuez
Über die Faszination der Banalität
des Bösen **35**

INTERNATIONAL

Thomas Sablowski
Transformismus und
passive Revolution
Hypothesen zur Staatskrise
in Italien **37**

Serdar Çelik
Deutsch-türkische Beziehungen **41**

Mercedes Simó / Pedro Romero
Russischer Nationalismus **44**

Paulina Fernándes
Der andere Krieg der Chiapas **46**

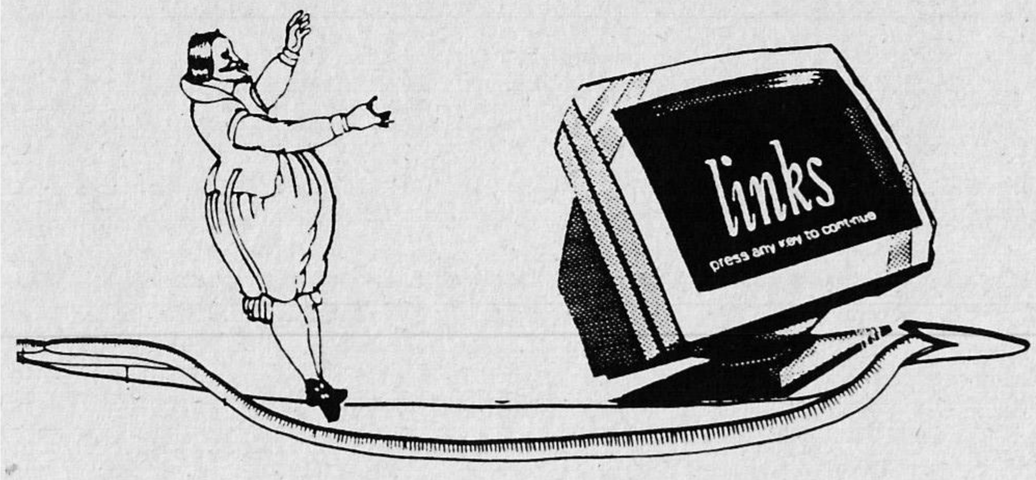
THEMA: MULTIS, MACHT UND MEDIEN

Thomas Kunz
Medien, Mythen, Mailboxen
Über den Formwandel
linker Öffentlichkeit **18**

Guido Felhölter / Wilfried Konrad
Multimedia
Zur realen Gegenwart
einer Zukunftsvision **21**

Thomas Roth
Souveräne Notlösung (Teil 1)
Zum Lokal- und Bürgerfunk
in Deutschland — anhand des
Beispiels NRW **24**

Thomas Kunz / Jürgen Roth
Harte Zeiten — leichte Beute?
Interview zum Erscheinen
der Beute **27**



JOACHIM HIRSCH

Hat die *links* noch eine Zukunft?

Die *links*-Redaktion hat in den vergangenen Monaten intensiv darüber diskutiert, ob es für die Zeitung noch eine politische Perspektive gibt. Dabei stellen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur einen Teil des Problems dar. Sie wären im Prinzip behebbar, wenn angesichts einer veränderten politischen Landschaft der Sinn des Projekts klarer definiert werden könnte. Es geht also um die Frage, welche Bedeutung ein solches Blatt heute noch haben kann, auf welche AdressatInnen es sich bezieht und für was es in einer auseinanderdriftenden linken Szene politisch einsteht. Auflagenrückgänge, Abwanderung von Teilen der Redaktion und von AutorInnen sowie eigene praktisch-politische Orientierungsprobleme bildeten den Hintergrund der Debatte.

Zweifellos hat sich der politische Kontext, in dem eine Zeitung wie die *links* gemacht wird, in den letzten Jahren entscheidend geändert. Besonders bedeutungsvoll ist, daß das politische Milieu der 'neuen Linken', wie es sich nach 1968 herausgebildet hat, heute nicht mehr vorhanden ist. Damit sind auch die alten politischen Frontstellungen verschwunden, die dem Blatt ein unterscheidbares politisches Profil verliehen haben. Die undogmatisch linke Orientierung, das Festhalten an der Verbindung von Demokratie und Sozialismus, die Kritik an sozialdemokratischen, staatssozialistischen und K-Gruppen-Positionen wurde inhaltlich umso unschärfer, je mehr diese Gegensätze verblaßt sind, alte — auch 'undogmatische' — Gewißheiten und Überzeugungen fragwürdig wurden und sich insgesamt politisch eher so etwas wie 'postmoderne' Beliebigkeit ausbreitet. Entscheidend ist, daß eine Menge einstmals für tauglich gehaltene Konzepte gesellschaftlicher Veränderung fragwürdig geworden sind, was sich sowohl auf die Formen linker Politik als auch auf die Vorstellungen einer alternativen gesellschaftlichen Ordnung bezieht. Die 'alte' *links* hatte sich nie damit begnügt, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren, sondern sie stand auch für eine bestimmte und ausweisbare gesellschaftsverändernde politische Praxis ein.

Damit ist auch der aktive politische Zusammenhang verlorengegangen, in dem die Zeitung Bestandteil eines für politische Praxis relevanten Selbstverständigungs- und Diskussionsprozesses sein konnte. Die weitgehende Identität von LeserInnen und SchreiberInnen, die Inhalt und Charakter der Zeitung lange bestimmt hatte, besteht nicht mehr. Die Zeitung muß sich immer mehr an einem politisch diffusen und zugleich höchst uneinheitlichen 'Markt' orientieren.

Dies hat schwerwiegende Folgen für die publizistische Arbeit. Von einstigen Praxiszusammenhängen abgelöst, wird es immer schwieriger, politisches Profil zu gewinnen, unterscheidbar und identifizierbar zu sein. Allgemeine kritische Berichterstattung und Diskussion findet zumindest zu einem gewissen Teil auch in etablierten Medien statt. In der Konkurrenz mit diesen fehlt es einer amateurhaft und in Nebentätigkeit produzierten Zeitung aber an allen notwendigen Ressourcen: für genaue Recherchen, gute Interviews, gut geschriebene Artikel, sorgfältig vorbereitete Debatten, anderswo kaum noch praktizierte theoretische Anstrengungen. Das Austrocknen des politischen Umfelds drückt sich in einer permanenten Arbeitsüberlastung der Redaktion aus.

Der Wegfall des alten politischen Milieus macht es darüberhinaus immer schwieriger, gute AutorInnen zu finden — und das auch noch unbezahlt. Es gibt immer weniger politische Bindungen an das Blatt, was heißt, daß tendenziell eher bei auflagenstärkeren und honorarzahlenden Organen publiziert wird, wenn dazu Gelegenheit besteht.

Eine denkbare Konsequenz aus dieser Situation wäre eine entschlossene Professionalisierungsstrategie zwecks Rückgewinnung der Konkurrenzfähigkeit auf einem inzwischen ziemlich durchgehend kommerzialisierten Medienmarkt. Dazu fehlen aber ganz wichtige personelle und finanzielle Voraussetzungen. Die Frage ist also, ob es heute für ein selbstorganisiertes, weitgehend in Nebentätigkeit gemachtes und von der typischen Kapitalknappheit alternativer Betriebe gekennzeichnetes publizistisches Projekt überhaupt noch einen Platz gibt. Diese Situation ist eine Folge der allgemeinen Erschlaffung der links-alternativen Szene hierzulande und läßt sich nicht voluntaristisch aufheben, seien die Anstrengungen auch noch so groß.

Man könnte nun einwenden, daß es angesichts des Niedergangs und der Zersplitterung kritischer Opposition, des Zerfalls theoretisch-politischer Orientierungen, der Marginalisierung und Ghettoisierung radikalerer linker Gruppierungen, dem Verschwinden einer 'alternativen Öffentlichkeit' und der gleichzeitig immer deutlicher werdenden Unhaltbarkeit der gesellschaftlichen Zustände gerade jetzt darauf ankäme, an einer auf kritisch-gesamtgesellschaftliche Analyse und praktische emanzipative Politik zentrierten Publikation festzuhalten, d.h. das Projekt radikaler Gesellschaftskritik und fundamentaler Gesellschaftsveränderung umso entschlossener publizistisch hochzuhalten. Sehr oft hören wir, daß es ange-

gesellschaftlichen und politischen Krise nur noch eine Frage der Zeit sei, bis eine 'neue Linke' sich aus der Asche der alten wieder erhebe.

Einer solchen Durchhaltestrategie stehen indessen erhebliche Schwierigkeiten entgegen, die mit der Veränderung der politischen Formen und Praxen zu tun haben. Zwar läßt sich vermuten, daß die Zahl der im weitesten Sinne 'links' oder 'alternativ' politisch arbeitenden Menschen keineswegs abgenommen hat, aber ihre Orientierungen und Zielsetzungen sind anders geworden. Mangels praktikabler Perspektiven einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse konzentriert sich 'linke', kritische und emanzipative Politik immer stärker auf Schadensbegrenzung, Abwehr von Diskriminierungen und Übergriffen aller Art, Notfallhilfe und Katastropheneinsatz. Sie wird immer sektoraler und bereichsspezifischer, defensiver, auf punktuelle Mißstände, spezifische soziale Gruppen und aktuelle Konflikte konzentriert. Was weitgehend fehlt, ist eine etwas umfassendere gesellschaftliche Perspektive. Und das hat ja auch seine 'objektiven' Gründe. Menschen, die in solchen Zusammenhängen und mit solchen Orientierungen arbeiten, haben aber ganz andere Informations- und Lesebedürfnisse als die, die *links* als eine Art kritisches Generalorgan mit auch noch 'sozialistischem' Untertitel im Zweifel befriedigen kann. Dann geht es um die Theorie und Praxis von Frauenpolitik, um gewerkschaftliche Arbeit und Sozialpolitik, um die „Dritte Welt", um die Verteidigung von Menschenrechten — aber eben im grundsätzlichen Rahmen des Bestehenden, weil jenseits dessen nichts mehr erkennbar ist.

Dies verweist auf eine Schwierigkeit, die das traditionelle thematische Feld der *links* selbst berührt. Um es konkret zu sagen: wie eigentlich eine „sozialistische Zeitung" machen, wenn niemand weiß, was dies heißen soll? Oder anders herum ausgedrückt: wenn die *links* politisch nicht mehr orientieren, sondern nur noch debattieren kann, warum muß sie dann als eigenes Organ erhalten bleiben? 'Offene Debatten' — dieser auch von der *links* des öfteren bemühte politische Notanker — können im Prinzip auch anderswo stattfinden.

Stimmt diese Beschreibung, dann bestehen für die *links* also folgende Alternativen:

Erstens eine konsequente *Professionalisierungs*strategie zwecks Eroberung einer Marktlücke im 'alternativ' kommerzialisierten Spektrum, also irgendwo zwischen „Freitag", „konkret", TAZ, möglicherweise der „Beute" und was es sonst auch immer noch gibt. Das dürfte aber schon an den mangelnden Ressourcen scheitern — auch den personellen, weil es in unserem Umkreis doch nicht so viele Menschen gibt, die eine taktische Marktlückenpublizistik oder abgehobenes kritisches Kritisieren der Mühe wert halten. Die Frage nach dem politischen Sinn wäre hier noch schärfer aufgeworfen. Wenn die *links* eine Zeitung würde, die wesentlich an Auflagenhöhe oder gar Rendite orientiert ist (und dann auch sein müßte), wäre sie ein politisch gänzlich anderes Produkt geworden.

Zweitens die Strategie der *Flaschenpost*, d.h. des wie immer modifizierten Weitermachens und des unbeirrten Hochhaltens für richtig gehaltener theoretischer und politischer Positionen in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Also: Überwintern und irgendwie Durchwursteln. Auflagenrückgänge lassen sich möglicherweise wirklich stoppen oder in Grenzen halten, das Weiterexistieren unter viel Arbeitsaufwand könnte im Prinzip durchaus gelingen. Das Problem dabei ist allerdings, daß Flaschenpost manchmal sehr lange schwimmt, oft verloren geht und daß es sein kann, daß sie den Findern schließlich überhaupt nichts mehr nützt.

Bliebe eine dritte, und — wenn das oben Dargelegte stimmig ist — auch durchaus sinnvolle Alternative: *Einstellen*. Die *links* hat mit 25 Jahren ein vergleichsweise ehrwürdiges Alter erreicht, respektable Verdienste in der politischen Entwicklung dieses Landes erworben und bräuchte daher, selbst wenn sie nun aufhörte, keineswegs als gescheitertes Projekt betrachtet zu werden. Wenn sich die politischen Koordinaten radikal verschieben, müssen auch die politischen Aktivitätsformen und Projekte anders werden. Lernunfähigkeit in dieser Hinsicht wäre ein Fehler. Die Schwierigkeit, die die Redaktion und teilweise wohl auch ihr verbliebenes politisches Umfeld mit dieser Perspektive hat, hängt damit zusammen, daß gegenwärtig kaum noch sinnvolle politische Alternativen zu erkennen sind und daher statt eines munteren Neuanfangs in anderen Zusammenhängen und Feldern eher Resignation droht. Aber selbst vor dieser eher düsteren Perspektive würde es nicht helfen, einfach die Augen zu verschließen.

Wenn die Situationsbeschreibung stimmt, zeigt sie allerdings auch die gegenwärtige Offenheit der Situation. Daß sich der weltweite Kapitalismus in einer dramatischen Umbruchsphase mit offenem Ausgang befindet, wird immer klarer. Ebenso klar ist, daß er keine übermäßig zukunftsträchtige Gesellschaftsform darstellt. Daß bei den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen die linke Szene erheblich durcheinandergewirbelt worden ist, Orientierungen und Positionen sich rasch verschieben, alte Akteure sich verabschieden und neue auftreten, daß der Generationswechsel nach '68' gerade eben vollzogen wird, auch das gehört zur Lage. Mit anderen Worten: für's Aufhören gibt es viele und gute Gründe, aber keine 'objektiv' zwingenden. Und so ist es auch für's Weitermachen. Auf der letzten Tagung sagte ein Herausgeber dazu: „Wenn eine Gruppe wie die *links*-Redaktion es richtig findet und Lust daran hat, ihr politisches Projekt zu machen, dann sollte sie es tun — ungeachtet aller 'objektiven' Situationsanalysen". Da ist etwas dran. Politik, die etwas verändern will, richtet sich immer *gegen* 'objektive' Strukturen.

Wir haben uns schließlich also dazu entschlossen, weiterzumachen, wissen aber zugleich, daß wir nicht einfach nur 'weitermachen' können. Das Blatt, wir selbst, unser politischer Zusammenhang, müssen sich verändern. Ein umfassendes Konzept dafür zu haben, wäre zu viel verlangt. Orientierungen müssen sich in der laufenden Arbeit konkretisieren. Grundsätzlich halten wir allerdings daran fest, daß eine linke politische Publikation sich nicht darauf beschränken darf, abgehoben theoretisch zu diskutieren oder ebenso abgehobene ideologische Gefechte zu schlagen. Wir werden noch stärker versuchen müssen, uns auf politische Praxis zu beziehen und deren veränderte Bedingungen und Möglichkeiten ebenso zum Thema zu machen wie die Auseinandersetzung mit ihr. Das heißt: Für die *links* wird die Verbindung mit den LeserInnen, den HerausgeberInnen, dem immer noch irgendwie existierenden politischen Umfeld, der Kontakt zu anderen Projekten und Gruppen eine ganz entscheidende Arbeitsvoraussetzung sein. Als anonyme Publikumszeitschrift macht sie keinen Sinn. ●

Archiv für Sicherheits- und Entwicklungpolitik

soeben erschienen:

Der Krieg der Apartheid in Angola und Mozambik

Eine Broschüre über die Bürgerkriege in Angola und Mozambik, deren Auswirkungen auf Bevölkerung und Entwicklung, und über die Chancen auf Frieden.

Gegen 5,-DM-Schein (keine Briefmarken!!!) plus 2,-DM Porto erhältlich bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Pf. 1219, 48348 Everswinkel.

JÖRG LAUTERBACH

Die Neue Linke — Fetisch und Alterskrankheit der *links*

Zur Redaktionsdebatte über die Zukunft der *links*

Dieser Text ist der Versuch, das Konzept der *links* weiterzuentwickeln und stellenweise neuzuformulieren. Aufgrund wesentlicher Veränderungen gerade auch der Akteure emanzipationsorientierter Politik plädiere ich vor allem für eine stärkere Orientierung und Ausrichtung der Zeitung an den Aktionen und Diskussionen der radikalen Linken. Gemeint ist damit insbesondere das Spektrum der autonomen Linken, das heißt letztendlich ein in sich heterogenes Bewegungsmilieu. Sich primär auf autonome Gruppen zu beziehen ist vor allem deshalb notwendig, weil sie derzeit am ehesten in der Lage sind, relevante handlungstheoretische Ansätze produktiv weiterzuentwickeln.

Die Krise linker Publikationen ist kein neues Phänomen mehr und daß auch die *links* von dieser Krise inhaltlich wie auch ökonomisch betroffen ist, kann nicht überraschen. Aus diesem Grund gab es auch bei uns Überlegungen, das Erscheinen der *links* einzustellen. Die Redaktion hat sich nach internen Debatten aber einstimmig dazu entschlossen, die Zeitung weiterzumachen, nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, daß es gerade angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Zerfalls radikaler linker Opposition einschließlich ihrer Publikationen und der zunehmenden Barbarisierung der kapitalistischen Gesellschaften eines theoretischen Organs bedarf, das an dem Projekt radikaler Gesellschaftskritik und -veränderung festhält. Damit daraus mehr wird, als lediglich ein publizistisches Hochhalten alter Parolen, bedarf es einer fundamentalen Neubestimmung des Konzepts und des Praxiszusammenhangs der *links*.

Entstanden ist die *links* im Kontext der Neuen Linken (NL) — kein Wunder also, daß das Verschwinden dieses politischen Milieus für sie besonders schmerzhaft ist, denn es geht einher mit dem Verlust eines aktiven politischen Zusammenhangs dieser Zeitung und ehemals eindeutiger politischer Frontvorstellungen. Da wir uns trotz dieser Entwicklung nicht für die einfachste und bequemste Lösung, nämlich die Einstellung der Zeitschrift, entschieden haben, bleiben scheinbar nur noch zwei Alternativen offen, die in der Redaktionsdebatte mit den Stichworten 'Flaschenpost' und 'Professionalisierung' charakterisiert wurden. Beide Strategien können aber für eine sich explizit politisch verstehende Zeitung, die beansprucht, in die politischen Prozesse einzugreifen und emanzipatorische Kräfte und Tendenzen soweit wie möglich zu unterstützen, keine gangbaren Optionen sein. Die Flaschenpoststrategie negiert nicht nur das Vorhandensein einer radikalen, wenngleich marginalisierten linken Opposition, sie nützt auch im Kampf gegen die zunehmende Brutalisierung der Verhältnisse hierzulande und anderswo herzlich wenig. Zumal das damit verbundene 'Weitermachen wie bisher' die Notwendigkeit einer Neuorientierung der *links* verkennt. Einer weitgehenden Professionalisierung der *links* stehen nicht nur fehlende finanzielle Mittel entgegen. Entscheidender wiegt der mit diesem Weg erwartbare Verlust kritischer politischer Inhalte und die mit der Konkurrenz auf dem etablierten Zeitungsmarkt zwangsläufig verbundene Entwicklung der *links* zu einem mehr oder weniger unkritischen Zeitgeistmagazin. Eine solche Professionalisierung würde zweifellos eine Anpassung der *links* an den ohnehin weitgehend gleichgeschalteten Zeitungsmarkt nach sich ziehen. Statt die Vielfalt der Einfalt zu bereichern, stellt sich vielmehr die Frage, wie eines der letzten noch verbliebenen Organe der links-alternativen Öffentlichkeit, das ja nach wie vor noch gewisse Aufmerksamkeit genießt, wieder an politischem Profil gewinnen kann. Dazu bedarf es einer kritischen Analyse der aktuellen Positionenbestimmung der *links*.

Sich irgendwie konstruktiv auf die letzten Reste der radikalen Linken zu beziehen, müßte für eine linke Zeitschrift eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Tatsächlich aber liegt im Bezug der *links* auf die Kämpfe der radikalen Linken vieles im argen, nicht zuletzt aufgrund einer fast ausschließlichen Konzentration und Ausrichtung des journalistischen Blickwinkels auf die Geschichte der NL. In ihrer Trauer um deren Niedergang gleicht die *links* der Kritischen Theorie in ihrer Trauer um den Verlust des Subjekts. Die Tatsache, daß ein Großteil der Redaktion in der NL sozialisiert und politisiert wurde, trug so dazu bei, daß mit dem Zerfall der NL auch die *links* zunehmend orientierungslos wurde. Wie die Schlange auf das Kaninchen starrte die *links* auf den Zerfalls- und Integrationsprozeß der NL und verlor damit immer mehr an politischer Relevanz. Der fehlende Kontakt und Austausch zu dem, was sich hier noch bewegte, trug erheblich dazu bei, daß die *links* als Bewegungszeitschrift lange Zeit nicht mehr up to date war. Nicht zuletzt in der Affinität der älteren RedaktionsgenossInnen zur NL ist der Grund dafür zu suchen, warum diese tendenziell eher als die jüngeren für die Einstellung dieser Zeitung plädierten.

Hatte die Redaktion die Entwicklungs- und Veränderungsprozesse des politischen Protests in der BRD lange verschlafen, so wurde vor gut zwei Jahren deutlich, daß die inhaltliche und altersbedingte Distanz zu den tatsächlichen Kämpfen der ra-

dikalen Linken der *links* über kurz oder lang den Garaus machen würde. Seitdem hat sich einiges getan: Junge Menschen (leider ausnahmslos Männer) konnten für das Projekt gewonnen werden, die *links* öffnete sich neuen Themen und beurteilte die Widerstandsmodelle autonomer Gruppen in neuem Licht (etwa die wohlwollenden Kommentare zum Protest gegen die Staatsdemo 'Für die Würde des Menschen' am 8.11.92 in Berlin). Damit gewann die *links* zwar wieder an politischem Profil, die Veränderungen blieben aber partiell. Denn auf das Gesamtprojekt hatte diese Entwicklung wenig Auswirkungen, die notwendige generelle Radikalisierung des Projekts blieb aus. Radikalität konnte sich lediglich in einzelnen Artikeln Gehör verschaffen. Die *links* wurde zwar für die eine oder andere Position empfänglicher, dieser Pluralismus zeigte jedoch bald repressive Züge, wollte die *links* doch lediglich Meinungsvielfalt zur Schau stellen, ohne damit die Zeitung selbst inhaltlich neu zu bestimmen. Einige befürchteten schon, ihnen würde die ganze Hand genommen, wo sie doch nur den kleinen Finger gereicht hätten; schließlich sollte aus dem Spiel mit den Schmuddelkindern kein Ernst werden. Fragen wie: Für wen machen wir die *links*, wie sieht die politische Frontstellung der Zeitung aus etc. waren auf Eis gelegt, tauchen aber jetzt in der Debatte um die Zukunft der *links* umso drängender auf. Trotz des Entschlusses weiterzumachen, ist also heute noch gar nicht ausgemacht, wie das neue Gesicht der *links* wirklich aussehen wird. In dieser relativen Offenheit liegt aber auch eine große Chance für dieses Projekt. Klar sein sollte allerdings schon, daß es primär um die Frage geht, wie wir diese Zeitung wieder in einen stärker praxisorientierten Kontext stellen können, so daß sie als Teil der radikalen Opposition in diesem Land wieder erfahr- und identifizierbar wird.

Das Hauptgewicht sollte die *links* daher auf die solidarische Kritik und Unterstützung der Aktionen und Diskussionszusammenhänge der radikalen Linken legen. Aus dieser inhaltlichen Ausrichtung des Gesamtprojekts resultiert ein identifizierbares Profil der Zeitung: radikal und undogmatisch, gegen Realpolitik, offenen und latenten Rassismus, Standortverfechter einschließlich ihrer alternativen Weißweinfraktion. Damit wäre die *links* wieder Bestandteil eines auch praktisch relevanten politischen Diskussionszusammenhangs, in dessen Kontext sie ihr eigenes Profil entwickeln kann und muß. Als intellektuelles Organ von und für die radikale Linke kann nicht nur die notwendige Abgrenzung zu den mehr oder weniger kritischen Feuilletonseiten der bürgerlichen Presse gelingen, vielmehr ist auch durch das im Umfeld der *links* vorhandene intellektuelle Potential eine deutliche Differenz zu deren alternativen Zeitschriften möglich, die oftmals aufgrund widriger Produktions- und Vertriebsbedingungen Reflexivität vermissen lassen müssen. Diese black box könnte die *links* schließen, indem sie mit fundierter Kritik im Sinne von Orientierungshilfen und Diskussionsangeboten versucht, Handlungsspielräume für die radikale Linke auszuloten. Darin liegt ihre Chance und die Möglichkeit für eine politisch relevante Zeitschrift. Daß autonome Positionen theoretisch anspruchsvoll und gut geschrieben werden können, dokumentiert sich ja nicht zuletzt in dieser Zeitung: In den Medienrandalen-Artikeln, der Debatte über offene Grenzen, der Berichterstattung über politische Gefangene und neuerdings auch in einigen kulturellen Beiträgen. Die anstehende Umstellung auf eine zweimonatliche Herausgabe der *links* bietet zudem die Möglichkeit, Artikel besser zu recherchieren und zu redigieren.

Bei einer solchen Ausrichtung der *links* wird vieles davon abhängen, ob es gelingt, einen besseren und kontinuierlichen Kontakt und Austausch zu praktisch handelnden Menschen herzustellen. Die Einbettung der *links* in einen praktisch-politischen Bezugsrahmen könnte ein lediglich passives Konsumieren der Zeitung verhindern und einen Prozeß unterstützen, von dem sowohl die *links* als auch die LeserInnenschaft profitiert. In einem derart ausgerichteten Gesamtkonzept, kann die *links* ihr eigenes Profil dann gewinnen, wenn ihr die Gratwanderung zwischen Hofberichterstattung und Kritik gelingt. Primäres Interesse muß die Unterstützung derjenigen Kräfte sein, die den Gedanken an Emanzipation und gesamtgesellschaftliche Veränderung noch nicht aus ihrem politischen Bewußtsein gestrichen haben. Wie weit die *links* in ihrem Gesamtkonzept noch von konstruktiver Kritik an der radikalen Linken entfernt ist, läßt sich an der Debatte über die Forderung nach offenen Grenzen und den aktuellen Beiträgen zur Verhinderung des Bonengel-Films exemplifizieren. Wo sonst Differenzierung zum apriori intellektueller Aura proklamiert wird, wird hier gerne mit der zivilgesellschaftlichen Keule auf die autonome Bewegung geschlagen. Einzelne, möglicherweise diskussionswürdige Einwände gegen Protestformen und -inhalte autonomer Gruppen, geraten schnell zur Generalabrechnung. In dieser Form wird der 'Aufstand der alten Männer' zum Desaster — nicht zuletzt für diese selbst. Allerdings auch für die *links*. Denn wenn wir uns nicht konstruktiv auf die Aktionen der radikalen Linken beziehen, bleibt in der Tat nur die Wahl zwischen einer Flaschenpost für eine imaginäre, sich vielleicht irgendwann einmal entwikkelnde linke Bewegung, einem Blättchen für gefrustete Sozialdemokraten und dem Entschluß, angesichts des falschen Ganzen das politische Geschäft sein zu lassen. Am linken Projekt in insgesamt widrigen Zeiten festzuhalten, bedeutet für eine Zeitung demgegenüber, sich daran zu orientieren, wie gesellschaftskritische Ansätze unterstützt und radikalisiert werden können. In diesem Sinne kann Kritik durchaus produktiven Charakter haben.

Insgesamt wäre der hier vorgeschlagene Weg für diese Zeitschrift gewiß ein anspruchsvolles und waghalsiges Unterfangen, dessen Ausgang nicht prognostizierbar ist. Will die *links* aber weiterhin auf der politischen Bühne mittanzen, bleibt ihr kaum eine andere Wahl. ●

WOLFGANG GRAMS/BIRGIT HOGEFELD

Informationsveranstaltung 24. März '94 20.00 Uhr im Volksbildungsheim Frankfurt

Am 27. Juni 1993 wurden in Bad Kleinen im Rahmen einer Festnahmeaktion Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen. Zeugen berichteten alsbald von einer Exekution des bereits kampfunfähigen Wolfgang Grams durch GSG-9-Beamte.

Die Eltern des getöteten Wolfgang Grams erstatteten Strafanzeige wegen Mordes gegen die GSG-9-Beamten. Die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin verbreitete zunächst, es sei auszuschließen, daß Wolfgang Grams sich selbst getötet habe. Inzwischen hat dieselbe Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren eingestellt. Es bestehe kein Anhaltspunkt dafür, daß Wolfgang Grams von Polizeibeamten rechtswidrig getötet worden sei. Vielmehr habe er sich selbst in Suizidabsichten den tödlichen Kopfschuß zugefügt. „Glauben Sie es oder glauben Sie es nicht", erläuterte der Schweriner Leitende Oberstaatsanwalt das verblüffende Ermittlungsergebnis während einer Pressekonferenz. Viel Glaubenskraft und wenig Wahrheitssuche sind jedenfalls notwendig, wenn das präsentierte Ermittlungsergebnis geschluckt werden soll: Die unwiderlegten Augenzeugen der Erschießung sollen unglaubwürdig sein, die Augenzeugen von BGS, BKA und anderen Staatsschutzstellen, von denen keiner den tödlichen Kopfschuß gesehen haben will, gelten trotz eingeräumter eklatanter Widersprüche und erstaunlicher Erinnerungslücken als glaubwürdig.

Das Klima für die erstrebte Verfahrenseinstellung war zielstrebig vorbereitet worden: Aus den Ermittlungsakten, die den verschiedenen Behörden vorlagen, waren der Öffentlichkeit wieder und wieder wechselnde Versionen zum Geschehensablauf präsentiert worden, die jede für sich den BGS und die vorgesetzten Behörden und Politiker von jeder Verantwortung freisprechen sollten. Den Anwälten der Familie Grams wurde dagegen auf Veranlassung des Bundesinnenministeriums rechtswidrig bis nach der Verfahrenseinstellung die Akteneinsicht vorenthalten.

Die Eltern von Wolfgang Grams haben gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens beim Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern das Rechtsmittel der Beschwerde erhoben. Der Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld ist inzwischen erweitert worden: Sie, die zu Beginn der Festnahmeaktion vom Spezialeinsatztrupp sofort „unter Kontrolle" gebracht wurde und keinen einzigen Schuß abgegeben hat, wird jetzt des Mordes an dem GSG-9-Mann Newrzella und des Mordversuchs an anderen Polizeibeamten beschuldigt.

FELIX SCHNEIDER

Das volle Beamtenprogramm

Antiflüchtlingspolitik in der BRD

Um wahrzunehmen, wie derzeit in Europa die dürftigen Reste eines Schutzsystems für Asylsuchende zusammenbrechen, muß man sich an die MINDESTSTANDARDS eines internationalen Flüchtlingsrechts erinnern:

- Das non-refoulement-Gebot (kein Flüchtling darf in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm Gefahren für Leib, Leben und Freiheit drohen)

und das Verbot der Kettenabschiebungen (Abschiebung in ein Land, das weiterschiebt in den Verfolgerstaat).

- Faire, individuelle Überprüfung des Schutzbegehrens durch eine fachlich kompetente Stelle.
- Widerspruchsrecht bei mindestens einer zweiten unabhängigen Instanz im Falle einer Ablehnung des Schutzbegehrens.
- Aufenthaltsrecht für die Dauer des Verfahrens.

Nun wird das Prinzip des non-refoulement zunehmend durch eine neue Politik des Non-entrée (kein Zutritt) ersetzt, was einen Domino-Effekt mit Schubwirkung Richtung Osten auslöst: Jeder Staat, der Flüchtlinge in den Nachbarstaat abschiebt, verführt den Nachbarstaat dazu, dasselbe zu tun.

Der wesentliche Anstoß zu dieser Politik gegen Flüchtlinge ging von der Bundesrepublik Deutschland aus. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wuchs dem vereinigten Deutschland schon aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Macht und seiner Attraktivität für Flüchtlinge eine Schlüsselstellung bei der Ausbildung einer europäischen Flüchtlingspolitik zu. Seine Politiker erwiesen sich indessen als unfähig und unwillens, das Problem adäquat wahrzunehmen. Allerdings stießen auch die — viel zu zaghaften — Versuche Deutschlands, seine europäischen Partner zu einem „burdensharing" zu bewegen, auf taube Ohren. Innenpolitisch wurden die Flüchtlinge zu Sündenböcken für all die zahlreichen Probleme gemacht, die das Land in der historisch neuen Situation quälten. Vor dem Hintergrund brennender Asylheime, mörderischer Anschläge auf „Ausländer" und pogromartiger Überfälle auf „Fremde" fand sich eine nationale Koalition aller großen Parteien zusammen, die dem Volkszorn entgegenkam und eine materiell wie symbolisch weitreichende Entscheidung fällte: Die erste Verfassungsänderung des vereinigten Deutschland bestand darin, das Asylrecht drastisch zu verstümmeln. Auf der Ebene der Länder und Kommunen sind heute auch die Grünen in die Anwendung und praktische Umsetzung des Recht gewordenen Unrechts eingebunden, zumindest vernahm man bisher nichts von einem wirksamen oder auch nur lautstarken grünen Widerstand. Zumindest das vorgeschobene Ziel, die Asylbewerberzahlen zu reduzieren, haben die Gesetzesänderungen erreicht: Die Zahl der Asylbewerber ist im 2. Halbjahr 1993 gegenüber dem 1. Halbjahr 1993 und dem zweiten Halbjahr 1992 drastisch, d.h. um ca. 60 %, gesunken.

Kern der Verfassungsänderung und eines bombastischen Wusts an juristischen Reglementierungen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 in Kraft traten oder geändert wurden, sind die Konzepte der sicheren Drittstaaten und der sicheren Herkunftsländer, sowie summarische Schnellverfahren. Ausschlaggebender Grund für die Gewährung von Asyl ist nun nicht mehr der Fluchtgrund, sondern der Fluchtweg. Charakteristisch für das neue deutsche Asylrecht ist die Abstraktion vom konkreten, individuellen Fluchtschicksal zugunsten staatlicher und zwischenstaatlicher Arrangements. Konsequenterweise wurden auch zahlreiche Einschränkungen der Justiz notwendig, da diese oft — unabhängig vom Willen der einzelnen Richter oder Anwälte — zum Fürsprecher von Flüchtlingen wird, einfach weil sie es mit konkreten Einzelfällen zu tun hat. Das Absehen vom verfolgten Individuum fördert natürlich die Illegalität, es setzt die Spirale von Illegalität und Repression in Gang.

Sichere Drittstaaten?

Vorneweg hat der deutsche Gesetzgeber sichere Drittstaaten definiert: alle EG-Staaten und alle Staaten, in denen die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt sei, also u.a. alle Nachbarstaaten der BRD. Wer über einen sicheren Drittstaat einreist, wird ohne Verfahren und unabhängig von seinem individuellen Fall sofort zurückgeschoben, ohne Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung. Seit diese Regelung mit der Verfassungsänderung vom 1. Juli in Kraft trat, haben Flüchtlinge mit der Sicherheit von Drittstaaten bittere Erfahrungen gemacht. Beispiel Belgien: Ein asylsuchender Togolese wird nach Belgien abgeschoben, weil er sich beim Umsteigen einige Stunden auf dem Flughafen Brüssel auf-

hielt. Belgien schob ihn in den Verfolgerstaat Togo ab. Oder: Österreich lehnt das Asylgesuch einer serbisch-montenegrinischen Staatsangehörigen ab, weil sie sich auf ihrem Fluchtweg zwei Tage in Kroatien und drei Tage in Slowenien aufgehalten hat. Im sicheren Drittland Tschechien, in das die Bayern auch mal gegen explizite Gerichtsbeschlüsse abschieben, müssen Asylanträge bei der Einreise gestellt werden: Flüchtlinge, die aus Deutschland zurückgeschoben werden, haben keinen Anspruch auf ein Asylverfahren. Weder in Polen noch in Tschechien gibt es die materiellen, personellen, logistischen und juristischen Grundlagen für eine größere Anzahl von Asylverfahren. Schon haben die ersten Staaten Rückübernahmeabkommen mit ihren Nachbarn geschlossen, um die völkerrechtswidrigen Kettenabschiebungen sicherzustellen: Polen mit Bulgarien, Slowakei, Tschechien, Österreich, Rumänien und der Ukraine; die Slowakei mit Tschechien, Polen, Rumänien und der Ukraine.

Jet-set-Verfahren am Flughafen

Zur Rechtmäßigkeit der Drittstaatenregelung wird sich das Bundesverfassungsgericht in Bälde, wohl noch im Frühjahr, äußern. Ob man deswegen auf grundlegende Erleichterungen für Flüchtlinge hoffen darf, oder ob das Gericht nur Detailkosmetik betreiben wird, ist, auch unter Juristen, umstritten. Unterdessen geht die militärische Aufrüstung an den Ostgrenzen des Landes weiter: Spähhubschrauber, Radar, Infrarot- und Wärmebildtechnik werden eingesetzt, freiwillige Hilfskräfte angeworben — was das bedeutet, kann ermessen, wer sich an das rechtsextreme und kriminelle Potential erinnert, das sich bei der freiwilligen Polizeireserve in Berlin angesammelt hatte.
Da auf dem Landweg, auf dem 90 % der Flüchtlinge kommen, so gut wie keine Chancen mehr bestehen, legal in deutsche Asylverfahren zu gelangen, konzentrieren sich die Bemühungen der Flüchtlinge, die es sich finanziell, zeitlich und organisatorisch leisten können, auf die Flughäfen. Allerdings auch die Bemühungen der Behörden um Abschreckung. Wer als Flüchtling ein Flugzeug besteigen will, begegnet dem deutschen Bundesgrenzschutz als „Berater der Fluggesellschaften" allerdings oft schon am Abflugort, z.B. wie der BGS selbst berichtet in Moskau, Manila, Singapur, Kuala Lumpur, Neu Delhi, Istanbul, Riga oder Lagos. Auch während des Fluges gibt es bei flüchtlingsverdächtigen Flügen schon mal Papierkontrollen. In Frankfurt wird das verdächtige Flugzeug dann weit draußen abgestellt, nun macht der Bundesgrenzschutz seine „Vorfeldkontrolle". Da sind schon mal rüde Töne zu hören: „Stell dich richtig an, oder soll ich dir helfen?!", „Ich knall dich an die Wand" — bekannt wird derlei, wenn die falschen ins Visier geraten, Geschäftsleute, die sich dann beim 'Spiegel' beklagen über das 'volle Beamtenprogramm' 'mit Duzen und Anfassen'. Bei diesen freundlichen Beaten muß der Flüchtling zum ersten Mal Asyl beantragen. Eine Hamburger Übersetzerin, die für den BGS arbeitet, berichtet von einer merkwürdigen Gehörkrankheit bei BGS-Beamten, die das Wort 'Asyl' einfach nicht hören können — die Flüchtlinge bleiben dann gleich in der Maschine. Falls der Flüchtling den einfühlsamen Beamten von seiner Not überzeugen kann, beginnt aufgrund der neuen Gesetzeslage das Verfahren vor dem Verfahren — der Kampf um die Einreise, der Kampf um die Gnade, in einem Lager unter miesen Bedingungen untergebracht und ein Asylverfahren mit ungewissem Ausgang betreiben zu dürfen. Wer nämlich keine gültigen Reisedokumente besitzt (diese stellt ja bekanntlich jeder Verfolgerstaat seinen Gegnern gerne aus) oder aus einem Land kommt, das die BRD für ein sicheres Herkunftsland hält (zur Zeit Bulgarien, Gambia, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakien, Tschechien, Ungarn) darf erst gar nicht einreisen. Er wird in einem knastähnlichen, schwer bewachten Gebäude auf dem Flughafen zwischengelagert und sofort, in wenigen Tagen, verhört: Flüchtling, aufgepaßt, erzähle alles, auch die intimsten Details der Folter — denn was du jetzt nicht sagst, kannst du später, etwa vor Gericht, nicht mehr ergänzen — so die gesetzliche Neuregelung, 'Präklusionsvorschrift' im Juristendeutsch. In drei Tagen erfolgt der Bescheid des Bundesamtes für Flüchtlinge, drei weitere Tage hat dein Anwalt Zeit Klage beim Verwaltungsgericht zu erheben, dieses entscheidet dann in 14 Tagen.

Enthemmungen

Wer hat angesichts solcher Verhältnisse noch die Kraft, sich über regelmäßige Durchsuchungen von Flüchtlingen, ihre erkennungsdienstliche Behandlung oder über hemmungslose Datenerhebungen zu erregen? Wer schützt Kurden vor Abschiebungen in die Türkei? Wer nimmt noch wahr, daß seit dem 1. November das Asylbewerberleistungsgesetz gilt, das eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen aus der Sozialhilfe herausnimmt, wo doch die Sozialhilfe dazu da ist, ein Leben in Menschenwürde zu ermöglichen, so sagt es jedenfalls der Gesetzgeber. Die Flüchtlinge sind also die erste Menschengruppe, die aus der verfassungsmäßigen Garantie der Menschenwürde ausgeklammert werden. Fast diskussions- und jedenfalls widerstandslos ging auch der Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit vom 5. März 1993 durch. Der macht ernst mit dem Vorrang von deutschen und EG-Arbeitskräften bei der Stellenbesetzung.

AKP

Alternative Kommunal Politik

Manches ist gar nicht zum Lachen . . .
. . . in der Kommunalpolitik. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zuwenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als Zeitschritftenprojekt der grün-bürgerbewegten, kommunalpolitischen Szene zeigen wir neue - bessere - Wege auf.

Die AKP berichtet laufend in Schwerpunkten über alle wichtigen Felder der Kommunalpolitik wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr, Frauenpolitik, Dritte-Welt-Solidarität, Asyl usw.

Ein Nachrichten- und Magazinteil sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6 mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 9.- DM (zzgl. 2.- Versand), das Abo gibt es portofrei für 54.- DM. Auslandsabos kosten 75.- DM. Gesamtkatalog oder kostenloses Probeheft anfordern:

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 Fax. 05 21/17 75 68

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

Deutsche Asylpolitik: Abschiebeknäste

INITIATIVE BLEIBERECHT HESSEN

Seit einem Jahr sind die Abschiebeknäste fester Bestandteil der deutschen Asylpolitik und vorläufiger Höhepunkt staatlicher Repression gegen Flüchtlinge.

Die gesetzliche Möglichkeit, Flüchtlinge in Abschiebehaft zu nehmen, ist nicht neu. Auch bisher reichte allein der Verdacht der Ausländerbehörde, 'der Flüchtling' wolle sich der Abschiebung entziehen, zur richterlichen Anordnung. Doch während diese Willkürregelung eher selten Anwendung fand, werden seit dem sogenannten 'Asylkompromiß' mehr und mehr Flüchtlinge inhaftiert. Die Haftbedingungen entsprechen im wesentlichen denen des Strafvollzugs. Verschärft ist ihre Situation dadurch, daß sie in der Regel sprachunkundig sind, kein Geld haben, ihre Rechte nicht kennen usw.

Es gibt verschiedene Gründe, in einen Abschiebeknast zu kommen:

- Der Instanzenweg ist ausgeschöpft, die Abschiebung ist angeordnet.
- Es fehlen noch einige Papiere, der Flug muß noch gebucht werden.
- Die Ausländerbehörde sieht im Falle eines Folgeantrages die Gefahr des Untertauchens und ordnet eine Präventivhaft an.

Zur Ungewißheit über die Haftgründe und Haftdauer gesellt sich bei Flüchtlingsfamilien die quälende Ungewißheit über den Verbleib der Angehörigen. Das Auseinanderreißen von Paaren und die Trennung der Eltern von den Kindern gehören zum Alltag der Abschiebehaft. Häufig trifft sich die Familie erst an der Abschieberampe am Flughafen wieder.

In Nordrhein-Westfalen wurden im vergangenen Jahr prototypisch verschiedene Abschiebeknäste installiert. Das 'Modellprojekt Lichtscheid' in Wuppertal ist in dieser Hinsicht zukunftsweisend. Auf dem streng abgeschirmten Gelände der Wuppertaler Bereitschaftspolizei wurde dieser Pilotknast aus zweistöckigen im Quadrat aufgestellten Containern aus dem Boden gestampft. Bewacht wird er neben 18 Justizvollzugsbeamten von 30 'Schwarzen Sheriffs', die eine kostensparende Alternative zum herkömmlichen Knastpersonal darstellen. Das Land Hessen beschloß nun ebenfalls die Installierung eines ersten zentralen Abschiebeknastes. In der seit 1986 unbenutzten JVA in Offenbach sollen zukünftig ca. 100 Abschiebehäftlinge untergebracht werden. Die Umbaumaßnahmen, für die das Land bereits 4 Mill. bewilligte, werden voraussichtlich im April beginnen. Weiterhin ist geplant, Gewahrsamsräume direkt auf dem Frankfurter Flughafen einzurichten.

Gegen diese neuesten Formen praktischer Umsetzung von institutionellem Rassismus in Folge des 'Tag X' ist Widerstand geboten. Am 26.2. fand die erste Kundgebung am Abschiebeknast in Offenbach statt.

Keine Gefängnisse für Flüchtlinge in Offenbach und anderswo!

Selbst wenn das Arbeitsverhältnis weiterbestehen soll, wird die auslaufende Arbeitserlaubnis erst nach einer Mindestprüfzeit von 4 Wochen verlängert. Mindestens vier Wochen lang muß der Arbeitgeber einen bevorrechtigten Arbeitnehmer suchen und nachher begründen, daß und warum er einen solchen nicht gefunden hat. Da es im Bereich der allgemeinen Arbeitserlaubnis für Ausländer zumeist um niedrige, schlecht bezahlte Jobs geht, wird selbst ein gutwilliger Arbeitgeber kaum vier Wochen warten können, bis er seinen ehemaligen Arbeitnehmer wieder bekommt. In der Praxis sieht das zum Beispiel so aus: Ein junger Afghane arbeitet seit Jahr und Tag bei einer afghanischen Putzfirma in Frankfurt. Seine Arbeitserlaubnis läuft aus und wird nicht verlängert. Der Chef, ebenfalls Afghaner, will den Landsmann weiterbeschäftigen, muß jetzt aber vier Wochen lang einen Ersatzmann aus Deutschland oder der EG suchen. Ihn zu finden wäre in Frankfurt nicht schwer, deswegen kann der Arbeitgeber nach vier Wochen dem Arbeitsamt auch nur Ausflüchte bieten. Das Arbeitsamt verlängert die Prüffrist und versagt schließlich die Arbeitserlaubnis. Der Erlaß des Arbeitsamtes ist ein geradezu klassischer Fall für strukturellen Rassismus und für politisch gewollte Förderung der Schwarzarbeit. Unnötig zu betonen, daß mittlerweile landauflandab jeder Beamte, der nicht ein bewußter Flüchtlingsfreund ist (die gibt es auch!) seinen Auftrag begriffen hat: die Flüchtlinge diesseits und jenseits der Legalität zu schikanieren.

Der Krieg, der keiner ist Schlagzeilen wird es in nächster Zeit am ehesten noch um die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien geben. Ihnen wird der Status des Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlings verweigert, weil dieser, so will es die trickreiche, ebenfalls 1993 beschlossene Neuregelung des Ausländergesetzes (§ 32,a) nur vergeben wird, wenn Bund und alle Länder dies einvernehmlich beschließen — was bisher nie der Fall war. Warum auch sollte sich ein Land wie Brandenburg mit seinen etwa 100 Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien dafür einsetzen, daß dieses Land als (Bürger)Kriegsgebiet anerkannt wird? Zwar haben die Innenminister beschlossen, die etwa 100 000 Flüchtlinge aus Kroatien nicht alle am 30. April 1994 zurückzuschicken, wie das bis vor kurzem vorgesehen war, sondern die Abschiebungen zeitlich bis Juni 1995 zu strecken und nach Härtefallgruppen zu staffeln. Eine Politik aber, die Flüchtlinge nicht nur zu Objekten staatlicher Aktionen degradiert, sähe anders aus: gesichertes Bleiberecht in der BRD, Förderung materieller Rückkehrmöglichkeiten, Rückkehr auf freiwilliger Basis. Zu Recht hat man auch darauf hingewiesen, daß die Abschiebung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern, die in Kroatien sehr wahrscheinlich wieder eingezogen werden, nicht nur inhuman ist, sondern auch eine Beförderung des Krieges darstellt.

Immer dramatischer wird die Situation für die Flüchtlinge aus Bosnien: Sie sind hier in Deutschland, sie sind Bürgerkriegsflüchtlinge, erhalten aber den Status nicht. Die Kommunen und Länder, in denen sie leben, fühlen sich finanziell und organisatorisch allein gelassen, sie versagen und reduzieren ihre Unterstützung wo immer es geht. Rechte und Perspektiven dieser Flüchtlinge sind teils unklar teils nur gerichtlich durchzusetzen. Da es sich oft um große Gruppen handelt, die unter unhaltbaren Zuständen, etwa in Kaserenen, überleben, braucht es keine prophetische Gabe, um zu prophezeien, daß hier eine Zeitbombe tickt. ●

JÜRGEN ROTH

Unkengesänge

Neueste Mutmaßungen des Günter Grass

Er muß verrückt geworden, vergreist sein. Die Haarpracht zwar noch immer nicht gänzlich ergraut, hält er doch steinalte, restlos altvordere Reden nun. Vergessen sein in Frankfurt anno '90 vorgetragenes Plädoyer gegen die „Wiedervereinigung"; vergessen und verdrängt wohl nur zu Recht seine ganz persönliche, genau besehen auch schon massiv lärmende Oppositionsfehde gegen's strahlend neue Deutschland: die Zeiten, sie wechseln beständig, die Bedingungen, an vorderer Front als politisch aufrechter Orakler zu reüssieren, ebenfalls. Und so mag es kommen, wie es kommen mag, laut und vernehmlich, ganz in des Günters Art. Nun, was trug sich zu?

Es war an der Zeit, daß die Frankfurter Rundschau am 29. Jänner des neuen Jahres dem Unvermeidlichen ein Plätzchen bereitete, auf dem er sich nieder- und herzlich auslassen mochte. Gesprächig wie sonst kaum einer, fiel ihm dort auf, daß man „Demokratie nicht auf den Standortfaktor verkürzen" darf. Exakt: nicht auf jenen, dafür aber auf hinlänglich anderes. So etwa auf „nationale Identität". Die nämlich, schändlich alleine gelassen von seinen „Genossen", sei nun als Thema neu zu besetzen. Fragt der Rundschau-Frager noch, wie eine „solche Hausbesetzung eines Themas denn aussehen" solle, und fragen wir uns beklommen, ob gar an den horrendleeren Nachkriegstopos vom „Haus ohne Hüter" und dergestalt an eine längst überfällige Fortsetzung des Böllschen Unfugs gedacht werde, so nimmt uns Grass die Sorgen und den Atem gar. Er, der frühe Seher und stets Mißgeachtete und späterhin postprophetisch in sein Recht Gesetzte, nämlich habe bereits in den sechziger Jahren darauf aufmerksam gemacht, „daß dieses Land seinen Nachbarn und sich selbst nur dann erträglich ist, wenn es stark föderalistisch ist". „Das", so der Unerträgliche, „gehört zum ersten Selbstverständnis". Zu wessen? Zu weiland Willy Brandts bedauernswerterweise halt nicht, dafür zu jenem des muffelnden Hanseaten Helmut Schmidt, der nun dem Grass'schen Drängen und Sehnen, eine „Nationalstiftung in Aussicht" gestellt (und, mag sein, von dieser den Posten des obersten Nationenwächters angedient) zu bekommen, irgendwie am echt passablen 20. April festaktlich nachkommen wird, wenn's schon der abgehalfterte Engholm Björn nicht mehr packt. Der war aber halt auch gar zu unausstehlich.

Grass, gediegen am Ringeltänzchen der Es Pe De-Führer teilnehmend, entdeckt daher sogleich, „daß eine Menge Dinge in der deutschen Geschichte, die sich sehen lassen können", einem „aufgeklärten Patriotismus" dienen werden, den — wer hätt's gedacht — schon Lessing zu forcieren gedachte. Der alte Lessing, alldieweil Statthalter des patriotisch-erträglichen, sich selbst in sein Gemüt schließenden und für alle, die ihn gern haben, schmackhaften Föderalismus, hätte „die schwache Weimarer Republik, dann die Nazi-Zeit" nicht gewollt. D'accord, ganz und gar nicht gewollt. Hingegen Traditionen, in denen „ohne Hysterie von Deutschland als Nation zu sprechen" ist, genoß er schon in vollen Zügen. Wie der Dichter Grass, so der Denker Günter: Wenn „wir die Nation nicht zuallererst politisch benennen, sondern von unserer geschichtlich kulturellen Vielfalt ausgehen", wird sich „die Kulturnation politisch versteh(en): in der Mitte Europas". Daß ein solcher kulturalistischer Brei aber nicht formlos werde und nur regionale Identität als föderalistisch gebundene, kulturell observierte und gemächlich-gemütliche nationale Einkehrbesinnung und -friedensversicherung noch zulasse, da seien die „politischen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, zum Beispiel der Verzicht auf die deutschen Ostprovinzen" vor. „Allein das ist schon ein Grund, ein staatlich, politisch übergreifendes Verhältnis festzumachen. Sonst wird aus der kulturellen Vielfalt ein Muspott." Auch dies, Günter Grass, ein echter Grass: ein großer-kleiner erträglicher Föderalismus mit klarem Kopf und Grenzen zuzüglich. Nation und, bald werden wir's sehen, Verfassung. Reimt sich das noch? Stimmt das, geht das? Starker alter Mann also, was tun? Die Nation, sie will so recht sich nicht bescheiden, und die Nationenmenschen mögen's zeitweilig auch nicht und dito keinesfalls erträglich sein. Verpflichtet aber wenigstens? Verpflichten die sich, oder Du? (Oder Lessing?)

„Tito war ein großer Mann", überraschst Du jetzt, weil der antizipierte resp. praktizierte, „daß wir grenzübergreifend, gemischt und dennoch mit einem großen Bewußtsein unserer selbst zusammenleben." Deutschland und Polen also Jugoslawien abzgl. den Polen, bis die Grenze nach Polen überschritten und dortige dann gemischt und zum Bewußtsein unserer selbst kommen? Klar ist, daß wenn „diese Hausaufgabe" (der ordentlichen Entdeckung des nationalen Sonderwegs vor der europäischen Integration) unerledigt bleibt, ein Einspruch fällig wird: „Ich würde sogar unsere Nachbarn davor warnen, uns in Europa aufzunehmen". Es sei denn, die Verfassung verleiht dem Aufbruch zur Erträglichkeit einen festen Stand, einen Grund, ein Standbein. Lessing, Künder und Wortführer des Vormärz, „setzte auf Verfassung, der ganze Vormärz ging um Verfassung". Andernfalls werde weiterhin „so leichtfertig das Ganze wie ein Abbruchunternehmen betrieben."

Grass' Liebe zur deutschen Kulturnation mit festen politischen Konturen und grenzübergreifenden Vermischungen mutmaßt sich ergo voran an die Grenzen des heutigentags Möglichen, Diskutierbaren, Wagbaren. Gar will es einem schwindeln ob aktueller Sinnenschärfe, Beobachtungswut, jetztzeitbezogenem Konstruktionswillen. Was wird, was soll sein? Die schwer wünschenswerte „geistig-moralische Erneuerung", von Kohl verspielt, kündet gleichwohl, ästimiert man staatsbürgerlichen Frohgemut als den „Wille(n) dazu, Spannung, Unterhaltung, Interesse aus der Demokratie zu ziehen", vom Kontinuum der „europäischen Aufklärung", in dem sich jene hoffnungsvollen Jugendlichen tummeln, die sich „bei Reisen im Ausland" „dazustehend äußern (...), daß man ein Deutscher ist". Die wissen ihrerseits, wieso trotz bzw. aufgrund eigener Geschichtsblödigkeit die genossene „wunderbare, ununterbrochene Schul- und Universitätsausbildung" geraden Weges ins Bewußtsein hineinpeilt, die „Nation" sei jetzt rundherum lustiger zu „definieren" als durch jene, die „dann einfach Faschisten (sind), und fertig". Was dergestalt zum Guten und Erträglichen sich zu wenden vermag, ist andererseits aber auch wiederum verspielt, töricht verhindert worden. Wäre nach „Genschers geschickte(m) Verhandeln" und der „Rückgewinnung der Souveränität" die „Einigung" nach Artikel 146 vonstatten gegangen, die „Farce", ja „Beleidigung des Grundgesetzes", zumal jene „schreckliche Entscheidung" wäre den Aufrechten und Jugendlichen erspart geblieben, die traumatischen Erfahrungen der konsequenten Rückgabepolitik wären verhindert worden. Der „Einigungsvertrag", urteilt's präzise, wurde folglich „dumm", und die Vereinten dito. „Das waren meine Vorstellungen (...) nicht". Eher schon, so Grass in einer erneuten Zwischenbetrachtung, in der Tradition Lessings, des Vormärz, der Gotik, Joyce' und der Renaissance stehend, Walt Whitmans Inschrift „Dich singe ich Demokratie". Wohlan, sie sei kirchentäglicher, vulgo erträglicher.

Das Missen rechter nationaler Angebote tönt vielstimmig und -gedanklich. Kultur zu ideologisieren: geht nicht, ihrem Begriff gemäß nicht, nein, die Kultur-Nation wäre nicht

mehr zu retten. Hingegen schändlich wabert weiter die „Ideologisierung der Marktwirtschaft". Vor dieser warnst Du bei Strafe des Verlusts jenes „Ansehens" der Bundesrepublik, das sich „in den vierzig Jahren" „auch mit Hilfe vernünftiger Ansichten von Erhard" hat etablieren können. Die besonnen-kapitalistische Orientierung am „Gemeinsinn" nämlich drohe sonst in das „Aufgeben dieses Zivilisationsprozesses in unserem Umgang mit der Marktwirtschaft" zu münden. Ein anderer Umgang, eine neue Nation, ein gesamterträgliches Maß an Deutschsein: das sei kapiert. Allein, wie paßt das, was soll das? Nun: „ständiger Revisionismus als Grundlage des demokratischen Sozialismus (...) auch von den nationalen Befindlichkeiten her" bestimmst Du als zielgerechte Einheitsbefindlichkeit im „Zusammenhang von föderalistischer Vielfalt, historischer Verantwortung und auch kulturellem Verbund". Jessusmaria, unsere Begriffsstutzigkeit kennt doch kein Maß! Günter Günter, was munkelst, was unkelst Du da, fragten wir, und sichtlich erhellt verstehen wir nun, am Ende unserer Expedition, wie es sich so schreibt und denkt trotz aller fehlender „Lebenshilfe". Dein Unkeln und Munkeln, Zittern und Beben, Beten und Trompeten macht uns dämmern, daß eh das fortgesetzte Quäken und Hinein-Palavern betriebsaffiner und diskursopportuner ist, als einst doch einmal den Rand zu halten. Es gilt daher, Günter, in Fortsetzung Deiner großen Frühstücksromane, einen Deut kongenialer noch als ehedem das Hin- und Herzitieren, Verwursteln und Anbiedern als besinnungslose Faselei und finales Mahnertum zu intensivieren. Ob die „Intellektuellen unsicher geworden" seien, hakt — deutlich innerviert — der Rundschau-Frager nach; sicher nicht, versicherst Du im auratischen Dunst wahnhafter Mitteilungsfreude: „Was die Lähmung betrifft: Für mich kann ich das nicht sagen." In der Tat: „Die Behauptung, die deutschen Intellektuellen schwiegen, ist eine Schutzlüge". Denn im übrigen ist es ja so, daß Du, neben „Jens, Habermas" wortreich wie je, jeden Tag „mit Obsession schreibst" und dabei „Ansätze von Glück" empfindest. Bedenke uns fortan mit Dir, wir halten's aus. Denn „Ideen klopfen an", und Trost und Rat sei mit uns, wenn es wieder heißt: „Ich kann nur raten, nicht auf Widerstände zu verzichten". Und auf Widersprüche schon mal gar nicht. ●

Demokratischer Patriot und Kosmopolit

Das Wort Patriot hat in Deutschland einen konservativen, ja oft sogar fremdenfeindlichen Sinn. In anderen Ländern, mit besseren Traditionen ist das keineswegs der Fall. Mein Versuch, über den von Jürgen Habermas propagierten Begriff 'Verfassungspatriotismus' hinaus für einen 'demokratischen Patriotismus' zu plädieren, galt der Bemühung, den Anschluß des politischen Denkens in Deutschland an die aufgeklärte und demokratische Welt der westlichen Demokratien zu vollziehen. Um das zu erreichen, mußte in erster Linie der ethnisch-kulturelle Nationbegriff durch den politischen ersetzt werden. Zum 'politischen Volk' gehören alle Personen, die einem (demokratisch verfaßten) Gemeinwesen angehören und sich diesem als Citoyens verbunden fühlen. Im Fall der Bundesrepublik heißt das, daß selbstverständlich alle zu uns gekommenen Menschen, die ihre Arbeitskraft diesem Land zur Verfügung gestellt und hier Steuern und Sozialabgaben gezahlt haben, als Citoyens aufgenommen ('eingebürgert') werden sollten. Die Verfassung von 1793 (die freilich nie in Kraft trat) sah außerordentlich großzügige Einbürgerungsrechte für alle diejenigen vor, die ein Jahr in Frankreich lebten und arbeiteten, einen Alten oder eine alte Frau pflegten usw. Ähnliches müßte — selbstverständlich — auch für das faktisch seit langem auf Einwanderung angewiesene Deutschland gelten.

Demokratische Patrioten kann es nur in einem Land geben, das jedem Erwachsenen reale und erfahrbare Möglichkeiten der Mitgestaltung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse gibt. Auch in der klassischen deutschen Philosophie zur Zeit der Französischen Revolution und während der Reformen in Preußen und Bayern wurde dieser Zusammenhang zwischen Mitwirkung — Mitsprache und Patriotismus deutlich gesehen. Eine feindselige Abgrenzung gegenüber 'Ausländern' kannte Heinrich Heine für diesen 'wahren' Patriotismus nicht. Selbst Fichte formuliert einmal, ein Patriot sei ein Mensch, der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zunächst in seinem eigenen Lande, darüber hinaus aber — als Kosmopolit — auch in allen anderen Ländern zu verwirklichen strebt. Daß hier *zuerst* von den freiheitlichen Verhältnissen im *eigenen* Lande die Rede ist, hängt lediglich damit zusammen, daß hier die größeren Wirkungsmöglichkeiten bestehen. Jean Jacques Rousseau hat einmal die entgegengesetzte Haltung ironisch wie folgt karikiert: „Mancher liebt die Tartaren nur, um sich nicht um seine Nachbarn kümmern zu müssen."

Um den krassen Unterschied zwischen meinem Konzept des 'demokratischen Patriotismus' und konservativ-volkstümelnden Auffassungen zu verdeutlichen, darf ich meine Rede vom 1.12.1994 zitieren: „In modernen, heterogenen Staaten fällt das Staatsvolk, der populus, nicht mit einer homogenen ethnischen Gemeinschaft zusammen. Dem Staatsvolk gehören Personen an, die zu unterschiedlichen ethnischen (religiösen usw.) Gruppen gehören... Die Angehörigen dieser unterschiedlichen Gruppen können in den demokratischen Verfassungsstaat integriert werden, soweit sie sich zu universellen Menschenrechten und zur Teilhabe an der verfaßten Ordnung bekennen. Um politisch integriert zu werden, müssen sie sich aber nicht kulturell assimilieren. Ein demokratischer Patriot im heutigen Deutschland sollte für eine großzügige Einwanderungspolitik eintreten... Zugleich aber sollte er auch für die Gleichberechtigung aller Menschen, aller Völker im Sinne der Kantschen 'weltbürgerlichen Sicht' eintreten."

Mir ging es in meiner Rede um zwei Ziele: einmal um die ideelle Begründung der Verpflichtung zur Solidarität gegenüber den Mitbürgern innerhalb Deutschlands, eine Solidarität, die sich kaum anders als aus einem demokratischen Patriotismus ableiten läßt und um die dadurch *nicht* ausgeschlossene Verpflichtung zur Hilfe für Angehörige anderer Völker — insbesondere wieder in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Aus diesem Grunde halte ich z.B. die entschiedene Unterstützung Polens und der Tschechischen Republik angesichts innen- und außenpolitischer Gefahren für vordringlicher als die zuweilen von bundesdeutschen Politikern erneut aufgegriffene Orientierung auf Rußland, eine Orientierung, die unangenehme Erinnerungen an frühere preußisch-russische Allianzen auf Kosten des freiheitlichen Polens weckt.

Endlich sollte nicht vergessen werden, daß die wahren demokratischen Patrioten während der Weimarer Republik für die Erhaltung und den Ausbau der Demokratie und zwischen 1933 und 1945 oft unter Einsatz ihres Lebens gegen das Regime gekämpft haben, das von der Mehrheit der Bevölkerung blindköpfig gestützt wurde. Den blindgläubigen Chauvinisten sollten wir den Ehrentitel 'Patriot' verweigern!

IRVING FETSCHER

Die Idee des Verfassungspatriotismus orientiert sich gemeinhin am französischen, d.h. demokratisch-politischen und universalistischen Nation-Begriff, der als Gegenstück zum deutschen, ethnisch-kulturell bestimmten gesehen wird. Diese Entgegensetzung ist in Wirklichkeit kaum haltbar, weil gezeigt werden kann, daß jede Vorstellung von Nationalität letztlich auf Ausgrenzung, Partikularismus und Diskriminierung beruhen muß. Lesenswert dazu ist immer noch das Buch von Leopoldo Mármora, "Nation und Internationalismus. Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffs", Bremen und Lüdinghausen 1983.

UWE FAHR

Moral, was denn sonst?

Das ganze Geschwätz dient natürlich nicht der Sorge um die Moralität, d.h. in letzter Instanz dem Seelenheil des Nachbarn. Wäre dem so, so müßten diese falschen Moralisten gleich eingestehen, daß ihre Rede nur Sinn macht, wenn man an den lieben Gott glaubt. Denn niemand kann mit solcher Selbstüberheblichkeit und Arroganz anderen versuchen seine Tugenden aufzudrängen, der nicht irgendwie eine strafende und übermächtige Instanz im Hintergrund hat. Und weil sie dies nicht eingestehen, wurden die Strafen Gottes säkularisiert. Die alltägliche Gewalt sei der Lohn, so wird suggeriert, für die zerfallende substantielle Sittlichkeit. Und natürlich ist auch immer latent die Aufklärung schuld an dem Desaster. Nein, es geht in Wahrheit weder um die Aufklärung, noch um die moralische Integrität des Individuums, die schlichtweg kein sinnvolles politisches Ziel sein kann, sondern um den Zustand einer Gesellschaft, die ihre ideologische und ökonomische Integration verloren hat. Was kann schließlich wichtiger sein als Gesetzestreue, wenn die Arbeitslosenquote des neuen Deutschland der der Weimarer Republik entspricht? Die selten dämliche Beschwörung der Familienbande, dieser Hort des alltäglichen Kleinterrorismus, wird konterkarriert durch die reale Unmöglichkeit, ein ökonomisch abgesichertes Gemeinschaftsleben zu führen. Es sind allesamt Zyniker die von Moral labern und mit ihren politischen Untaten die realen Lebensbedingungen verschlechtern.

In München hat man sich jüngst Gedanken über die Kriminalität gemacht, von der unklar ist, inwieweit sie tatsächlich angestiegen ist (die herumgereichten absoluten Zahlen lassen noch keinen zwingenden Schluß auf ein Ansteigen zu). Dort jedenfalls stieg die Kriminalität zwar nicht an, jedoch scheint es so, als ob die Brutalität bei Straftaten stetig im Wachsen begriffen ist. Der zuständige Oberpolizist war denn auch flugs mit der Erklärung zur Hand, daß eben das allgemeine Absinken der Moral Schuld daran tragen würde. Kaum rationaler, aber sympathischer ist die Erklärung eines Wissenschaftlers, der statt dessen glaubt, daß es am Wetter liegen würde. Unser Oberpolizist jedenfalls hat mit seinem Spruch bewiesen, daß er sich noch nie besonders mit den sogenannten Kriminellen beschäftigt hat. Die haben zwar ihre eigene Moral, die in der Tat von der der meisten anderen abweicht. Aber Vernunft und Weitsicht, um die Fest'sche Bestimmung dessen, was die Moral angeblich so alles beinhaltet hier heranzuziehen, wird vielen wohl nicht eben fehlen, zumindest wenn z.B. ein Einbruch mit Planung durchgeführt wird. Verläßlichkeit und Mut, die Fest so gerne sieht, sind hier wohl in hohem Maße zu finden. Und die Toleranz ist, wie im Bankenwesen und in der Industrie, unter den 'Kriminellen' wohl oft eher größer als im Rest der Bevölkerung: man ist ja oft genug auf internationale Verbindungen angewiesen ist. Bleibt also die Gesetzestreu, auf die sich Fests Moral reduziert. Womit allerdings das von unserem Oberpolizisten beklagte Absinken der Moral mehr ein Absinken der Gesetzestreue wäre. Was kann dann noch mit all dem gemeint sein? Überlegt man, daß drei fünftel der Straftaten in der Bundesrepublik Eigentumsdelikte sind, könnte man glatt auf die Idee kommen, daß der Kern der geforderten Moral der legale Weg zur Bereicherung sein soll, statt dem illegalen. Und die, die's nicht haben, sollen sich wie eh und je in Demut und Opferbereitschaft üben.

Wer nun darauf hofft, daß das ganze Geschwätz in einigen Monaten vorbei sein wird, wird wie ich vermute enttäuscht werden. Moral ist überall gefragt und der Nachwuchs in der Wirtschaft beginnt sich allen Ernstes mit moralischen Fragen zu beschäftigen. Schließlich wird in den Betrieben so viel Steuern hinterzogen, betrügerisch bankrott gemacht, geklaut, Spesen abgerechnet die es nie gab usw., daß der Bedarf nach der angemessenen Motivation wächst. Es ist wahrscheinlich der deutschen Tradition zum Tiefsinn zu verdanken, daß die meisten hiesigen PhilosophInnen noch nicht auf die Idee gekommen sind, sich derart in der Industrie eine neue Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Aber der Schein trügt. Einige gibt es bereits:

Was also soll das Geschwätz von der Moral? Es ist am Ende wieder nur die mythische Kategorie des Opfers, die aufgewertet werden soll. In der Stunde der, von den Eliten mitverursachten Not soll das Volk sich auf seine Gemeinschaft besinnen, um geschlossen dem Feind entgegentreten zu kön-

Kaum eine andere philosophische Forschungsrichtung ist gegenwärtig so populär wie die Ethik. Gerade so, als wären sie das Allheilmittel für die politischen und ökonomischen Probleme, werden überall neue Tugenden gefordert, die stets die Tugenden von vorgestern sind. „Vernunft und Weitsicht, auch Verläßlichkeit, Mut, Toleranz und Gesetzestreue", so Joachim Fest seien wieder angesagt. Fest, der sowieso kein Freund der Freigeisterei ist, ist nur einer unter vielen und nie fällt der Tugendkatalog intelligenter aus. Auch bei den Grünen, die sich schon immer durch die ewige Betroffenheit auszeichneten, scheinen die verbliebenen politischen Inhalte hinter die Forderung nach einer neuen Moral zurückgetreten zu sein. Daß alle diese Spießbürger dem Rest der Menschheit ihre Spießbürgertugenden aufdrücken wollen, wäre noch hinnehmbar, wenn sie nicht im Ernst glaubten, damit Politik machen zu können und, schlimmer noch, damit tatsächlich 'Politik' machen.

nen. Im großen Wirtschaftskrieg, den Piech zum Entsetzen seiner Klassenangehörigen so offen ausgesprochen hat, ist das Opfer wieder ein gefragter Begriff. „Krieg", so legte Max Horkheimer 1914 der Protagonistin einer seiner Novellen in den Mund „— was schließt dieser Begriff nicht alles ein, wie viele ungeahnte Kräfte und Fähigkeiten, die tief in der Menschenbrust ruhten, lockt nicht der Klang dieses Wortes ans Tageslicht: Mut und Liebe, heiligste Empörung und unerschütterliche Treue paaren sich in den Herzen, und ein hohes Ziel steht vor den Augen des ganzen Volkes. Alle kleinlichen Interessen, alle kleinlichen Menschen sind verschwunden, alle Standesunterschiede ausgeglichen, Arbeiter und Fürst, Bettler und Millionär, Jude und Christ, jeder hat denselben Gedanken, dasselbe Ideal: Sieg!". Und daß die Spießbürger davon träumen, daß aus den materiellen Opfern (der anderen) auch bald die wirklichen Opfer im Krieg werden, davon zeugt all das Gerede von der gewachsenen Verantwortung. Ein Begriff, der eben auch eine moralische Kategorie ist und keine politische.

Philosophisch gesehen, sind Moral und Politik sowieso denkbar weit auseinanderzuhalten. Kant, der die moderne Ethik begründet und begrifflich durchdacht hat, hat stets zwischen der Moralität und der Legalität unterschieden. Für Kant ist der Mensch ein Wesen, das zugleich an der sinnlichen wie an der übersinnlichen Welt teil hat. Es ist eben ein intelligentes Tier. Es sei nun eben dieser Aspekt der Tierheit, der die Intelligenz, die rationale Einsicht dazu anhält, als eine Pflicht aufzutreten. Entgegen der langen Tradition der spießbürgerlichen Auffassung, wonach diese Pflicht der blinde Gehorsam ist, und so vor allem das Opfer miteinschließt, meint der Begriff bei Kant schlicht, daß das intelligente Tier seinen Willen an seine Einsicht binden kann. Bildet sich das Individuum so, daß es seine Handlungsregeln stets in der Perspektive auf eine mögliche Verallgemeinerung der Regel als Gesetz hält, ist es moralisch. Von dieser Moralität ist die Legalität insofern zu unterscheiden, als daß der Handelnde die gesellschaftlich notwendigen Handlungen aufgrund irgendwelcher, nicht aufgrund spezifisch moralischer Motivationen vollziehen kann. Und in der Politik genügt nun Kant die Legalität vollkommen. Womit aber auch nicht schlicht das Einhalten der per Tradition geltenden Gesetze gemeint ist, sondern die Verwirklichung der Autonomie im Politischen. Darüber hinaus kann man vermuten, daß das moralische Niveau gar nicht gesunken ist. Zumindest gibt es, soweit ich weiß, keine wissenschaftlich zuverlässige Langzeitstudie, die darauf hinweisen würde. Was sich verändert hat ist das Erscheinungsbild der kapitalistischen Gesellschaft. Sozialisationsprozesse vollziehen sich bekanntlich über einen langen Zeitraum, so daß die 'Moral' wohl kaum innerhalb kurzer Zeit zerfallen kann. Es ist daher eine politische Frage, warum zu manchen Zeiten Menschen, die besonders skrupellos sind, gesellschaftliche Macht erlangen können und es nicht einmal nötig haben, ihre Skrupellosigkeit zu verstecken. Die ganzen alten Nazis, die in den fünfziger und sechziger Jahren die Politik dieses Landes mitbestimmten, sind auch nicht plötzlich bessere Menschen geworden, sondern haben ihre Gesinnung mit anderen Mitteln fortgesetzt und weiter umgesetzt. Aber sie waren wenigstens gezwungen, sich den Deckmantel der Moralität umzuhängen.

Aber es macht einen großen Unterschied aus, ob der Souverän von seinen vermeintlichen Vertretern verlangt, sich zumindest dem Schein nach moralisch korrekt zu verhalten, oder ob die Herrschenden von ihrem 'Volk' verlangen, sich moralisch zu verhalten. Gerade in dem Moment, in dem der reaktionäre Gegenangriff auf die sozialen Errungenschaften der letzten einhundert Jahre beginnt, erklären die Herrschenden diesem 'Volke' wieder einmal, daß die Legalität nicht mehr genügen soll und das 'Volk' endlich wieder moralisch werden müsse. Der Versuch, diese Errungenschaften moralisch zu wollen, scheint allerdings unnütz, denn diese waren *moralisch* sowieso noch nie zu begründen. Zumindest war es für dieses Wohlstandsmodell immer schon wichtig, daß die Bananen und der Kaffee zu Billigstlöhnen hergestellt werden. Und wenn es den Europäern in den Kram paßt, werden die Bananenimporte aus Südamerika drastisch beschnitten, selbst dann, wenn die wenigen Tagelöhner vor Ort zugrunde gehen.

Daß auch in den linken Kreisen der Grünen diese Wende zur tradierten substantiellen Sittlichkeit stattfindet, qualifiziert diese Partei einmal mehr als eine neokonservative. Da kann dann schon mal eine Grüne zur Freude aller Wertkonservativen daherschwadronieren: „Es ist die oberste Aufgabe der Schule, Werte zu vermitteln". Andere glauben dabei sosehr an ihre eigene moralische Integrität, daß ihre Empörung allein schon als eine ausreichende Legitimation für eine Intervention in Bosnien erscheint. Auf Argumente wird Verzicht geleistet. Wer über Bosnien empört ist, muß auch über Afghanistan, Sudan, Angola, Georgien empört sein, von den tausend anderen Konfliktherden zu schweigen. Und konsequent muß dann die Intervention in allen Bürgerkriegen gefordert werden. Sicher, man kann sich politische Gründe für eine Intervention denken, obgleich eine genuin linke Politik stets gescheitert ist und kontraproduktiv wurde, wenn sie sich mit den Herrschenden im Kriegsfall zusammengetan hat. Der katastrophale Zerfall der internationalistischen Arbeiterbewegung am Vorabend des ersten Weltkrieges ist nur das hervorstechendste Beispiel dafür.

Jedenfalls, wer aus einer vermeintlich oder tatsächlich gefühlten moralischen Betroffenheit gleich nach der Intervention schreit, ist auf dem Niveau der Bildzeitung. Diese verkündete jüngst: „Bombt die Mörder nieder!" In einer intakten Öffentlichkeit hätte eine solche Schlagzeile wohl einen ungemein aufklärerischen Effekt und müßte alle betroffenen Grünen zum Schweigen bringen. Wird doch die ganze Lächerlichkeit, das Ressentiment und die Rachsucht derartig motivierter Forderungen deutlich.

Man muß demnach die eigene moralische Motivation, die zur Politik treibt, von der Politik deutlich unterscheiden. Denn hier geht es nicht um die Verwirklichung von Moralvorstellungen, sondern darum, wie in einem von Macht durchzogenen Bereich konfligierende Interessen und divergierende Moralvorstellungen vereinigt werden. Demokratie ist daher ja auch so formal zu halten, daß sie nur die Prozeduren umreißt, wie diese Konflikte geschlichtet werden. Moralvorstellungen gehören in den Katechismus, nicht in die Verfassung.

Aber nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wissenschaftlich wird gründlich Schindluder getrieben mit der Moral. Die gerade in der Wissenschaft wieder stärker werdende Relevanz einer Ethik, die sich von der Politik abkoppelt und so tut als gäbe es Fragen, die sie allein aufgrund spezifischer wissenschaftlicher Methodik lösen könnte, aktualisiert sich gegenwärtig in dem dubiosen Institut für Wissenschaft und Ethik, das vor kurzer Zeit in Bonn eröffnet wurde. Seit dem Zusammenbruch der Hegelschen Philosophie leiden die Philosophen an einer Identitätskrise. Der Zug zur Verwissenschaftlichung läßt dieser Spezies

von Menschen immer weniger Raum für eigenständige Forschung. Und wenn sie etwas eigenständiges zu sagen hatten, waren sie meistens unbeliebt. Daß unter diesen Umständen auch die Pfründe kleiner werden, ist nur verständlich. Willkommen ist daher, — man denke etwa auch an die Akademikerarbeitslosigkeit — einer genügend großen Anzahl von Wissenschaftlern (und immerhin einer Wissenschaftlerin) die schlagartige Schaffung von zweiundzwanzig Arbeitsplätzen. Der Preis der Legitimation politisch problematischer Entscheidungen wird unter diesen Umständen bereitwillig gezahlt. Und an Leuten mit der nötigen Gesinnung fehlt es gewöhnlich auch nicht. Oder, um nochmals Max Horkheimer zu zitieren, dem es auch nicht gelang, das Verhältnis von Moral und Politik theoretisch angemessen zu formulieren, aber als Zeitgenosse der präfaschistischen Ära reichlich Material hatte das Avancement zu studieren: „Der Verstand der Massen hat in Europa mit der großen Industrie so zugenommen, daß die heiligsten Güter vor ihm behütet werden müssen. Wer sie gut verteidigt, hat seine Karriere schon gemacht; wehe dem, der mit einfachen Worten die Wahrheit sagt...“ Aber selbst die Fragen von Genforschung, Organentnahme, künstliche Verlängerung des Lebens usw. dürften in erster Linie politische Fragen sein. Die entscheidende Frage jenseits aller moralischen Problematik ist ja zunächst einmal: Wessen Macht wird durch die neuen Techniken gesteigert und wer verfügt wie über sie? Daß die WissenschaftlerInnen in ihrem Institut besonders relevante Ergebnisse erzielen werden, ist nicht zu erwarten. Ärgerlich daran wird vielmehr sein, daß man sich später mit dem Sermon auseinandersetzen muß, um das Feld nicht einer konservativen Hegemonie zu überlassen. Philosophie kann nur lebensweltliche Vorstellungen präzisieren und bestenfalls in ihrer Problematik aufzeigen. Philosophie ist die Kunst, Selbstverständlichkeiten zu einem Problem zu machen und alltägliche Gewißheiten zu erschüttern. Geht sie über diese Funktion hinaus, wird sie schlicht ideologisch. Die Philosophen und Philosophinnen maßen sich dann Problemlösungskompetenzen an, über die sie nicht verfügen. Mir scheint, daß nur jene PhilosophInnen ehrlich sind, die sagen: alles was du sagst, ist voller Probleme, aber alle meine Vorstellungen, die ich zu dem Problem habe, sind mindestens genauso problematisch. Und in Zeiten, in denen einem überall jeder seine neueste Moral aufschwatzen will, ist Skeptizismus ein Stück geistigen Widerstands.

Daß viele Menschen heute verzweifeln, ist kein Wunder. Erstaunlich ist vielmehr, daß diese Verzweiflung bisher noch keine schlimmeren Früchte getragen hat, oder so selten in einen aktiven politischen Widerstand umschlägt. Das intelligente Tier ist eben noch Tier genug, um in Panik zu geraten, wenn es in Verzweiflung gerät. Mit Moral kommt man da nicht weiter. Die Philosophen haben die Welt halt seit jeher nur verschieden interpretiert. Es käme einmal darauf an, sie zu verändern. Oder, wie Marx ein anderes mal sagte: „wenn ihr wollt daß der Mensch menschlich ist, dann macht die Umstände zu menschlichen.“ ●

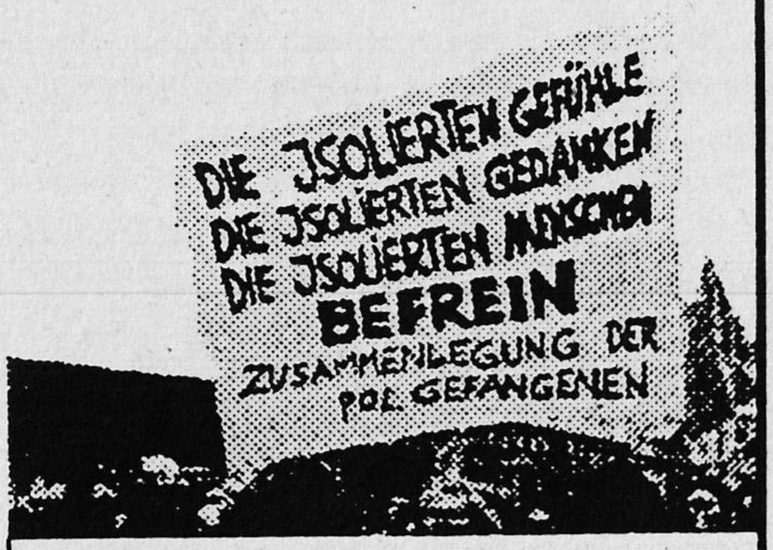
HELMUT REINICKE

Gegengewalt

“Judenverbrennung”, Holzschnitt von Michael Wohlgemuth aus Hartmann Schedels Weltchronik, 1493

Von jenen, die auszogen, um andere das Fürchten zu lehren ist hier die Rede. Und von einem wirkungsvollen Geheimnis der Machtausübung: dem Tot-Schweigen des Widerstands, der Gegengewalt.

Der Beitrag von Beitrag von Helmut Reinicke ist stark gekürzt. Zur weiteren Lektüre empfehlen wir die beiden Bücher des Autors: 'Wilde Kälten', IKO-Verlag + medico, 1992 und 'Gaunerwirtschaft. Die erstaunlichen Abenteuer hebräischer Spitzbuben in Deutschland', Transit-Verlag 1983.



POLITISCHE GEFANGENE: „ES WIRD ZEIT, DASS SIE RAUSKOMMEN!"

„Seit über 20 Jahren befinden sich politische Gefangene in bundesdeutschen Gefängnissen." Mit dieser Einleitung beginnt ein Aufruf zur Unterstützung politischer Gefangener durch Kollektive, Projekte, Initiativen. Die Monatszeitung für Selbstverwaltung, CONTRASTE, hat dazu ein Sonderdruck herausgegeben. Inhalt: Gespräch über politische Gefangene, Solidarität und was tun? Aufruf zur Unterstützung. Zur Geschichte der Sonderhaftbedingungen gegen politische Gefangene.
4 Seiten Berliner Format. (Gegen 2 DM in Briefmarken, 100 Exemplare 10 DM, Vorkasse)

Plakatmappe: Stadtguerilla

16 verschiedene Plakate aus England, Frankreich, Italien, BRD, Niederlande. Ein Plakatüberblick der Geschichte der letzten 25 Jahre zum Thema Stadtguerilla in der BRD. Aus dem Beständen des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu.
DIN A3 - zweifarbig, Mappe. (Gegen 30 DM + 10 DM Porto u. Verpackung, nur gegen Vorkasse - Scheck, Bargeld)

CONTRASTE-Schnupperabo

Zum dreimonatigen Kennenlernen CONTRASTE zum Preis von 10 DM (Vorkasse). Die Monatszeitung für Selbstverwaltung berichtet über Arbeiten ohne Chef, Alternativmedien, Frauenprojekte, Kommunen, Kultur von unten, Projekte in der Dritten Welt, Ökonomie ohne Geld und vieles mehr...

CONTRASTE
Postfach 104520
69035 Heidelberg

Mit Haß reagierten die weißen Götter bei ihrer Eroberung Mexikos auf die ungeheuren Kunstschätze — die wenigen verbliebenen Preziosen hätten alles übertroffen, was er bisher gesehen hätte, rühmte dann Dürer — Architektur, Plätze zum Müßiggang für 100 000 Menschen mit glänzendem Muschelwerk, Blumengebinden und unübertrefflichen Goldschmiedearbeiten, wie sie die reichsten Städte Europas nicht aufweisen konnten; die erlesensten Viktualienmärkte, Hohe Schulen, Blumen und zahme Tiere überall. Es war ein anderer Planet, der Europa gegenübertrat. Nach den lichten Inseln mit ihren schönen Bewohnern, ihrer Freundlichkeit und üppigen Schätzen der Natur begegnete den bleichen Europäern auf dem Festland die herausfordernde Gefahr einer kunstreichen Kultur.

In diesem differenzierten Alltagsleben mit allen Segnungen des Kunsthandwerks und des Müßigganges fanden die spanischen Eroberer das Ziel ihres Hasses. Als Aufsteiger und Knechte waren sie ausgerückt, Deklassées, welche die zivilisatorischen Formen des Verkehrs als Affront ihrer eigenen sozialen, kulturellen und politischen Jämmerlichkeit wahrnahmen. Diese ausziehenden SA-Schwadronen killen aus kompensatorischer Bestätigungswut. Die Ausfahrten der underdogs aus dem Inneren der Herrschaft zu ihrer Reconquista fiebern nach der Zerstörung des Ungleichen, Nichtidentischen, des kulturell Fremd-Autonomen; den Eigenheiten der Vernunft und des Schönen, um diese selber auszulöschen.

Greueltaten mögen faszinieren; sie mögen gerade jene psychischen Territorien besetzen, welche das Menschlichste zulassen, — wenn wir es zulassen. Große Kunst läßt dies zu, deshalb ist in solcher ein Revolutionäres. Sie beschaut, bedenkt oder stellt sich vor diese zur terra inkognita gewordenen psychischen Ländereien der Gattungsgeschichte. Greuel sind derart menschlich, daß sie verdrängt werden müssen. Die Gattung müßte sonst aus Scham verzweifeln. Die „Scham ist schon eine Revolution", schreibt Marx 1843 an Ruge, „Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrten. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht." In der Scham steckt dieser Stachel, dieses letzte vor dem Abgrund, der Ausweglosigkeit. (...)

Auschwitz ist das Außerordentliche. Die Mordbrennereien von Rostock, Mölln und Solingen sind Verlängerungen einer Geschichte von über tausend Jahren; Gewaltausübungen von Herren, aber auch von Knechten, Bütteln der Herren, die, wie im 'Meier Helmbrecht' beschrieben, die Bauern folterten, blendeten und vierteilten. Als Negativbild herrschaftlicher Gewalt lassen Knechte ihre Wut aus an den Anderen, Fremden, gleichermaßen Unterdrückten. Sartre hat im Vorwort zu Fanons 'Die Verdammten der Erde' auf diese Eigentümlichkeit der Gewaltausübung der Unterdrückten selber hingewiesen. Wie gewaltförmig die Geschichte den Menschen eingeschrieben wird und wurde, zeigen gerade die weißen Flecken auf dieser Karte von Macht und Herrschaft. Formen des Widerstandes und der Gegengewalt dürfen nicht weitergegeben werden. Dies gehört zu den Geheimnissen der Machtausübung: Daß über die Gewalt von unten geschwiegen wird. Auch dieses Verschweigen einer Subgeschichte von Gegengewalt macht die Menschen wehrlos, hilft, die freiwillige Knechtschaft scheinbar gewaltlos einzubleuen. (...)

In der Einübung von Gewalt und Knechtschaft haben die wechselnden Herrschaften die Oberhand behalten — die Revolutionen waren immer zu schwach, um sich der Unterdrückung zu entledigen, sie erfaßten nie die Wurzeln, die freiwillige Knechtschaft; die Gewalt im Alltag blieb erhalten, nur die Form änderte sich. Die Genealogie der Gewalt in der Geschichte der Bauern, Plebejer oder Proletarier gibt einige Erklärungen für das Ausbleiben der Revolte und Revolution durch Selbstbehinderung. Für die Herrschenden war die Einübung von Gewalt und die freiwillige Knechtschaft der Objekte eine selbstverständliche Bedingung der Ausbeutung. Die Obrigkeit stempelte sich die Sozialcharaktere der Individuen nach ihrem Bilde und prägte so den Moralkodex der Unterdrückten.

Diese von der Herrschaft projizierte Moral war siegreich: Den unteren Klassen wurde durch Jahrhunderte hindurch die Fähigkeit ausgebleut, sich auf ihre Stärke besinnen zu können — selbst die Einsicht in die Macht ihrer gesellschaftlichen Subjektivität, die produktive Arbeit wurde ihr erfolgreich ausgetrieben. Selbstunterdrückung schafft Passivität, eine geknebelte Sinnlichkeit. Die Freiheit hat noch keine gefiederten Schwingen, sie trägt die Bleisohlen ihrer Unterdrückung mit sich herum. So waren die unteren Klassen immer gelähmt, sie wurden gelähmt und haben sich selber gelähmt. „Kein Stück Vieh, kein Schwein, kein Hund haust jämmerlicher als in Waldenburg der Mensch", so berichtete Graf Stenbock-Fermor in 'Deutschland von unten' aus Schlesien Ende der zwanziger Jahre. „Aber die Not formte aus den Arbeitern keine Rebellen. Das jahrhundertelange Elend, die jahrhundertelange Ausbeutung sitzen in den Knochen, machen den Menschen mürbe und zerbrechen den Widerstand. Der niederschlesische Proletarier ist klein und geduckt. Er ist schwatzhaft, mißtrauisch und unaufrichtig. Vor dem 'Vorgesetzten' kriecht er, der Haß wird auf den Nachbarn gelenkt, der ebenso ein armer Teufel ist."

Im Gegensatz zu den unteren Klassen hatte der Staat in der frühbürgerlichen oder faschistischen Form nie Legitimationsprobleme. Sehr wohl die Unterdrückten, die meinten, sie müßten die bürgerliche Moralität besser ausweisen als die Bourgeoisie. Ohne die Reproduktion der Unterdrückung in

den Reihen der Unterdrückten selber hätte es die Niederlage in der Schlacht bei Frankenhausen zum Ende des Bauernkrieges nicht gegeben, als einige tausend Bauern mit Gebeten auf den Lippen sich von einer Handvoll Soldateska niedermachen ließen. Warum haben sie nicht ihre eigene Stärke gezählt?

Vorab hat Gewalt diese herrschaftliche Geschichte strukturiert. Das gesellschaftliche Mehrprodukt wurde nach der Auflösung der germanischen Markgenossenschaft — mit der karolingischen Verordnung der bäuerlichen Hörigkeit — nach Maßgabe des Gewaltmonopols verzehrt. Wer dieses innehatte, bestimmte die Ökonomie des Alltags. Manchmal wurden mehr Menschen gebraucht, um größere Gütermengen für den herrschaftlichen Verzehr zu produzieren; dann wiederum weniger, damit mehr zu konsumieren war. Zu der Naturgeschichte der Arbeit gehört somit Fronen, Verstümmeln und Totschlagen. Diese Formen direkter Ausbeutung und Gewalt wurden schließlich im kapitalistischen Produktionsprozeß entsinnlicht. Die persönliche Herrschaft konnte in den Hintergrund treten. Bis auf die Überbleibsel direkter Gewalt in Kriegen und paternalistischer Ausbeutung konnten gewaltmäßige Verstümmelungen dem Arbeitsprozeß selbst angelastet werden. Der Alltag wurde auf der Oberfläche zivilisiert.

Dennoch besorgte dieser zivilisatorische Prozeß und seine ökonomische Form weiterhin eine Naturgeschichte von Gewalt. Wie im Mittelalter das Gewaltmonopol des Feudalherren Pogrome gegen Juden einrichtete, um sich die Kassen zu füllen, Schuldscheine zu verbrennen oder neue Schutzzölle den Juden aufzuerlegen, so richtete sich das faschistische Gewaltmonopol im abgewirtschafteten Kapitalismus ebenfalls vorerst gegen die Juden. Die ökonomische Aussaugung der Juden schuf einen Gewaltapparat, der selbst ökonomisch nicht mehr erklärbar ist. Aus der Ökonomie allein, zumal der kapitalistischen, lassen sich nicht notwendigerweise Massenmorde ableiten.

Nach dem Faschismus hat der kapitalistische Alltag sich wieder in zivilisiertere Formen gehüllt. Die Gewalt ist unsichtbar geworden; Bad Kleinen ein peinlicher Störfall. Sie ist in alle Poren gedrungen, hat sich in die Psychen gesetzt und in die vorläufigen Formen von Freiheit und Glück eingenistet. Von den großen Völkerschlachten — Faschismus, Vietnam — über den Arbeitsprozeß bis in die Reproduktionszeit, in 'freie' Zeit und Ferien, sedimentiert sich Geschichte gleichwohl als Massaker. Während einer Feriensaison gibt es mehr Tote als zu einer anständigen Schlacht im Mittelalter gehörten. Die großen Kriege selber scheinen anachronistisch geworden; sie werden in die Peripherie abgeschoben, wo sich Völkerschaften in einer exotischen Ästhetik gegenseitig umbringen dürfen. Dennoch sind sie präsent; sie haben sich totalisiert, in den Alltag hineinverlängert und das Getümmel unüberhörbar und unübersehbar werden lassen. Es wird deshalb nicht mehr gesehen und nicht mehr gehört. Die Leiber sind dabei ebenso traktiert wie die Seelen. Nur in den Randzonen der Metropolen öffnen sich die Ritzen, und die modernen Schlachtopfer werden in den Rinnstein gespült, Junkies, die Opfer psychiatrischer Kuren, die Vereinzelten der Arbeitslosen- und Wohlfahrtskultur — das abgewirtschaftete 'Menschenmaterial' der großen Städte. Die Ausbeutung der „Dritten Welt" produzierte eine neue Form Fahrender; ein Feldzug großer Koalitionen lagert sie aus — Gewaltformen, die sich zurückvermitteln in die Metropolen.

Die Geschichte läßt sich ökonomischen Formen subsumieren, die das jeweilige gesellschaftliche Mehrprodukt bestimmt haben. Sie läßt sich auch als Phänomen von Gewalt nachzeichnen, deren Formen jenen korrespondieren. Wie die sinnlichen Vorformen des Kapitals — Ware und Geld — mit der Kapitalform nicht verschwunden sind, sie vielmehr tragen und von ihr neu produziert werden, so sind auch die konkreten Formen der Gewalt mit dem abstrakteren kapitalistischen Arbeits- und Reproduktionsprozeß nicht erloschen: sie werden auf jeweils neuer Stufe wieder erzeugt. Im Namen des Fortschritts ist diese Formengeschichte den Menschen schlecht überliefert: sie sollen vergessen wie präsent die Vergangenheit noch ist, damit die Gegenwart um so reibungsloser befördert wird.

Die Anwendung übernommener Gewalt und Unterdrückung untereinander und gegeneinander hatte die Unterdrückten unfähig gemacht, den Kapitalisten, SS-Mann oder Ritter auch als Einzelperson sehen zu können und sein Syndikat als Minorität. Ohne die terroristische Entwürdigung der Juden wären die Vernichtungslager nicht möglich gewesen. Die Juden glaubten sich nicht gestraft, sagt Hegel, wenn sie der Christ die Treppe hinunterwirft. Die meisten Christen glaubten sich beim Hinunterwurf ebenso wenig gestraft, da sie bei den Juden noch nachhelfen durften.

Freiwillige Knechtschaft, Übernahme von Gewalt und jene Sittlichkeit der Unterdrückten gehören zusammen. Die gewaltmäßige Aufbereitung des Alltags war für die unteren Klassen Überlebenschance; sie mußten sich das Fell selber gerben, damit sie die Stockschläge von oben aushalten konnten. Die Rockmusik schlägt mit ihrem harten Beat nicht nur Befreiung in die Luft. Sie wappnet auch für das Stakkato des Fließbandes. KZ-Häftlinge ahmten die Schlagrituale ihrer Schergen nach — um zu überleben. Die Praktiken der Gewalt wurden den Untertanen eingehämmert, aber sie wurden von diesen auch praktiziert. So brandmarkte man die Indianer schließlich als Skalpabhäuter, obwohl fromme Pietisten für Hautgeld — Frauen- und Kinderskalps waren gesucht — diesen Sport vorher gepflegt hatten.

Die Ambivalenz von Gewalt, Instanz von Herrschaftsausübung zu sein wie von den Unterdrückten selber auch getragen und zur moralischen Instanz gemacht, markiert eigene kulturelle Formen der Einheit von Anpassung und Widerstand zugleich. Das Gaunertum vereinigt die Übernahme von herrschaftlicher Gewalt, von unterdrückender Gewalt und Resistenz; es stellt eine Gegengewalt dar, welche die unterdrückende Gewalt inkarniert hat und sie als Widerstandsform anwendet. Das Gaunertum akzentuiert somit neben der Anpassung die zweite Seite der subversiven Geschichte der unteren Klassen: Widerstand und Gegengewalt im Alltag. Beide Seiten, der jahrhundertelange gewaltmäßige Alltag der Einübung von Unterdrückung sowie das Aufbegehren im Alltag können nicht getrennt behandelt werden. Freilich bleibt diese Resistenz kupiert, wenn sie nicht im Reproduktionsprozeß einer eigenen Kultur die Gewalt selber transzendiert. ●

THOMAS KUNZ

Medien, Mythen, Mailboxen

Über den Formwandel linker Öffentlichkeit

Ein politisches Milieu verschwindet und die gewohnte 'altbekannte' linke Öffentlichkeit mit ihm. Verbliebenen Publikationen der „Neuen Linken" geht es schlechter, und nicht zuletzt die *links* hat ihre Probleme, wie aus den zahlreichen Editorials der letzten Monate hinlänglich zu erfahren war. Finanzkrisen allerorten und — als wenn das nicht schon genug wäre — kollektive, redaktionelle Sinnkrisen.

Die wenigsten wissen wie weiter, aber zumindest das wissen fast alle.

Ihrer ursprünglichen Praxiszusammenhänge verlustig gegangen, fristen die Reste der traditionellen linken Öffentlichkeit ein fast freischwebendes Dasein. Trotzdem läßt sich damit nicht behaupten, es gäbe keine politischen Praxiszusammenhänge, im Gegenteil. Vielmehr ist es so, daß die vorhandenen Zusammenhänge nicht länger mit den verbliebenen 'Organen' korrespondieren.

Am Beispiel der *links* lassen sich einige Punkte dieses Problems veranschaulichen. Die *links* ist entstanden aus einer spezifischen, geschichtlich-politischen Konstellation. Sie war ein Blatt der 68er — und somit vor allem der universitären Linken. Eine Zeitschrift für und von Menschen mit ganz eigener politischer Sozialisation und natürlich auch mit einer bestimmten Art und Weise, sich politische Informationen anzueignen, zu 'konsumieren' und weiterzugeben. Das ist mehr als zwanzig Jahre her. In der Zwischenzeit ist nicht nur die Zahl der Publikationen im linken Blätterwald geschrumpft, gleichfalls abgenommen hat die Spezies derer, die sich hauptsächlich/nur auf diesem Wege informieren. Auf der einen Seite verlor auch die *links* AltabonnentInnen (was relativ normal ist), auf der anderen kamen jedoch nur wenige neue LeserInnen hinzu. Zu fragen bleibt: warum?

Eine Lösung des Rätsels scheint in der Annahme zu liegen, es handele sich beim 'Zeitschriftensterben' um einen „Funktionswandel linker Öffentlichkeit". Der Niedergang im linken Printmedienbereich sei das Sympton eines Funktionswandels, sprich einer Veränderung der gesellschaftspolitischen 'Aufgaben' linker Öffentlichkeit. Das stimmt allenfalls auch, aber nicht ausschließlich.

Die neuen Funktionen ließen sich dementsprechend analytisch herausschälen. Ein neues Konzept könnte entwickelt werden, und sobald es zeitungstechnisch umgesetzt wäre, ginge es dann munter weiter, funktionsgewandelt ins nächste Jahrhundert!?

Die Funktionen linker Öffentlichkeit sind aber nachwievor: Vernetzungszusammenhänge herzustellen, Selbstverständigungs- und Diskussionsprozeße zu ermöglichen, Informations- und Koordinierungsforum zu sein, schließlich auch: Ort der Identitätsbildung und -bindung.

Die These vom Funktionswandel linker Öffentlichkeit lenkt somit von anderen Erklärungsansätzen ab, die die Krise ebenso verständlich machen und die zu anderen Konsequenzen führen. Sie läßt wichtiges unbeachtet, zumindest aber sekundär erscheinen. Vor allem den Aspekt, daß die Wahrnehmung einer Zeitschrift immer auch gekoppelt war/ist an die Kommunikationsgewohnheiten bzw. -bedürfnisse möglicher LeserInnen. Ein Aspekt, der zentral für die Analyse der 'Krise' ist. Selbige ist nämlich vor allem eine des traditionellen, linken Printmedienbereiches. Es handelt sich also auch um einen Formwandel linker Öffentlichkeit.

Abseits der bekannten Medien (Printmedien, Radio, Fernsehen) haben sich im Verlauf der letzten Jahre neue Kommunikationstechniken etabliert und mit ihnen bislang unbekannte Aneignungsverhalten von MediennutzerInnen.

Dieser Formwandel steht in engem Zu-

sammenhang mit der Entwicklung und Einführung neuer, elektronischer Medien. Neue Aufzeichnungs-, Speicher-, Sende- und Empfangstechniken (Stichwort: digitale Kompressionstechniken) sind entstanden. Deren Umsetzung und 'marktmächtige' Einführung stehen erst noch, zumindest für die EndverbraucherInnen, bevor. Fachleute gehen davon aus, daß die Telekommunikations- und Informationsbranche in den kommenden Jahren eine volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen wird, die noch über der der Automobilbranche liegt. Als technischer Tatort dieser 'Verheißungen' kündigt sich ein Gerät an, welches heutzutage noch ganz profan als 'Fernseher' beschrieben werden kann.

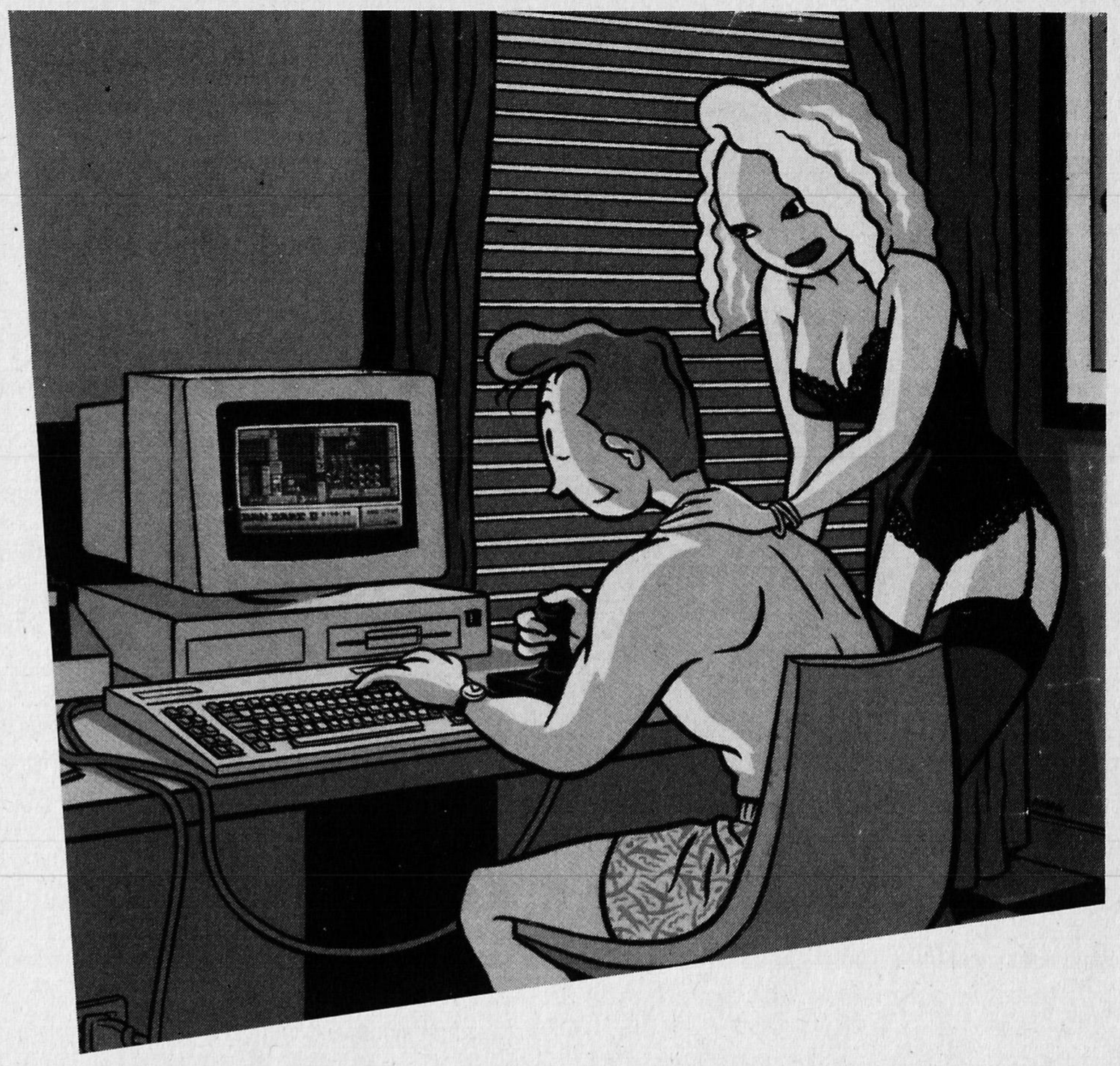
Die Auswirkungen auf gesellschaftliche Kommunikationsgewohnheiten durch die angedeutete Entwicklung sind, wenn überhaupt, nur zu erahnen. Schlagworte wie „Tele-Banking", „Screen-Shopping" und „interaktives Fernsehen" künden davon, was uns möglicherweise noch alles bevorsteht. In diesem Sinne bedeuten neue Medien lediglich eines: die Elektronisierung von Kaufverhalten — und sei es nur, daß der Samstagabend-Spielfilm käuflich erworben wird.

Zwar mögen die Wahlmöglichkeiten der ZuschauerInnen zunehmen, die 'richtige' Wahl setzt jedoch voraus, alle zur Verfügung stehenden Optionen zu kennen: eine Farce in Anbetracht der von Insidern erwarteten ca. 500 Fernsehsender.

Ein anderer Kritikpunkt ist indessen evidenter: all diesen Techniken ist die relative Einbahnstraße des Informationflußes gemein! Trotz der scheinbaren Zunahme von Wahlmöglichkeiten — euphemistisch: Meinungsvielfalt — bleiben die Beteiligten vor der Glotze vor allem eines: 'ZuschauerInnen'! Die Trennung in KonsumentInnen und ProduzentInnen bleibt bestehen.

Die Basis all dieser Anwendungen ist die Computertechnologie. Der Computer taugt zum Rechnen und — vermutlich für viele von uns — zum Schreiben. Der PC hat sich, selbst bei eingefleischten TraditionalistInnen, einen festen Platz als Arbeitsinstrument erobert, aber nicht nur als Standalone-Gerät, sondern auch durch Vernetzung und Datenaustausch über große Entfernungen hinweg wird mit Computertechnik operiert.

Ihre arbeitsweltliche Anwendung findet bereits täglich statt. Ob Ticketbuchungs-Terminals, Kontoauszugsdrucker, Bankautomaten, Wertpapierbörsen oder auch Tankstellen — die weltweite (Daten)vernetzung ist für 'das' Kapital bereits Realität, dessen 'eine' Welt längst installiert, als virtuelle allemal. Erfindungen und Entwicklungen wurden natürlich nicht getätigt, um den UserInnen in deren Heimstatt zu dienen, sondern um Firmen zu vernetzen, um wirtschaftliche und technische Daten schneller zu verarbeiten mit dem Ziel der Entscheidungsvorbereitung und -hilfe sowohl im Forschungs- wie im Verwaltungsbereich, im staatlichen wie im privatwirtschaftlichen Sektor.



Software-Werbung aus: El Pais

Diese Chronologie des technischen 'Fortschritts', der einem zu guter letzt doch immer die Wohnungstüre eintritt, ist nicht unbekannt. Die Teflonpfanne ist noch das beste Beispiel. Gemeint ist der 'Pfannenregen' des High-Tech-Werkstoffes 'Teflon' — seinerzeit ein Abfallprodukt der Weltraumforschung. Heimcomputer und Privat-Modem sind sozusagen die Teflonpfannen der 'dritten industriellen Revolution', Abfall- und 'Folgeprodukte' der vorangegangen Umwälzungen fordistisch geprägter Produktionstechniken und Arbeitsorganisationsformen.

Abgesehen von diesem 'klassischen' Anwendungsgebiet haben sich in den letzten Jahren, von den sporadischen NutzerInnen unbemerkt, Computer (in Form von Mailboxen) auch im Bereich der politischen Arbeit etablieren können (siehe Kasten). Hier soll nicht die Rede vom Einsatz bei der „Forschungsgruppe Wahlen" sein, sondern vom Computer als möglichem Kommunikationsmittel von privaten UserInnen. Die Rede ist von Datenfernübertragung, kurz: DFÜ.

Die Aufhebung der Trennung des o.g. KonsumentInnen-ProduzentInnen-Gegensatzes ist hierbei Dreh- und Angelpunkt auf dem Weg zu einem „emanzipatorischen Mediengebrauch" (Enzensberger).

Mailbox und DFÜ besitzen das Potential dieses Kriterium zu erfüllen. Denn „während traditionelle Print- und Sendemedien auf einem 'one-to-many' (einer-zu-vielen) Modell beruhen, wo die Informationen tendenziell nur in eine Richtung vom Verfasser zu den Lesern/Zuschauern gehen, sind die computergestützten Kommunikationsformen der neuen Sorte 'many to many' (viele-zu-vielen) Modelle..." (BüroBert) Doch bei der Bewertung ist Vorsicht angebracht. Der Bezug auf diese Technologie schwankt oft zwischen vorschneller Begeisterung und pauschaler Verteufelung. Es kann jedoch lediglich um das Ausloten der Potentiale gehen. Linke Technikfeindlichkeit reproduziert hier oftmals pauschale Vorurteile. Boykottaufrufe sind allenfalls kontraproduktiv, und die Sabotage neuer Technologien sollte wenigsten die Einzelfallprüfung voraussetzen. Die unüberlegte Ablehnung führt zur Selbstmarginalisierung. Bereits 1970 konstatierte ein noch-nicht-gewendeter H.M. Enzensberger: „In Westeuropa tritt die sozialistische Bewegung hauptsächlich mit sprachlich, inhaltlich und formal exklusiven Zeitschriften an eine Öffentlichkeit von Einverstandenen. Diese Korrespondenz- und Mitteilungsblätter setzen eine Mitglieder- und Sympathisantenstruktur und eine Mediensituation voraus, die etwa dem historischen Stand von 1900 entsprechen".

Die Forderung eines „Dial locally, act globally" bzw. der Ruf „Vernetzt Euch!" wird nicht nur von den Kids der Amiga-C64-Generation erhoben. So drang

Zwei Beispiele für politisch arbeitende Mailboxnetze in der BRD sind: 'SpinnenNetz' und '/CL-Netz'

SpinnenNetz

Das 'SpinnenNetz' (Mainz/Wiesbaden) ist ein 'autonomer' Mailboxverbund. Das Netz ist nicht in allen Bereichen öffentlich. Die Kriterien für die Arbeit im Spinnen-Netz sind durch die politischen Ziele der Beteiligten bestimmt.

„Datenkommunikation ersetzt keine persönlichen Auseinandersetzungen, kann diese aber unterstützen, wenn sich Genossen z.B. wegen räumlicher Distanz selten sehen können, zwischenzeitlich aber auf dem laufenden bleiben wollen. Die Technik ist das Hilsmittel, während die eigentlichen Auseinandersetzungen und Diskussionen durch Treffen und Zusammenarbeit zustande kommen. Organisierung/ Koordinierung entsteht nicht automatisch durch Information. Aber Kommunikation ist Voraussetzung dafür."

„Der Vorteil der Vernetzung ist nicht die Menge der Informationen oder die Masse der LeserInnen, die erreicht werden. Wir wollen vielmehr eine Struktur schaffen, die unsere verschiedenen Informationen in einen übersichtlichen Rahmen stellt. Erst dann wird es möglich sein, Politik da wo wir arbeiten, in einem größeren Zusammenwirken zu organisieren und zu vermitteln." (aus: BüroBert, copyshop)

Computernetzwerk Linksysteme (/CL-Netz)

„Öffentlichkeit für soziale, politische, ökologische und kulturelle Themen zu schaffen, ist Ziel der Mailboxen im /CL-Netz. Sie dienen der aktuellen Recherche und als Archivsystem für Texte und Informationen zu Antifaschismus, Behinderten, Bildung, Datenschutz, Energie, Frauen, Frieden, Gesundheit, Kultur, Medien, Recht, Soziales, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft, von Pressediensten, Greenpeace und amnesty international.

Das /CL-Netz funktioniert nicht nur als Pressedienst oder Zeitung, als Angebot von Informationen und Texten, sondern auch in umgekehrter Richtung. Das heißt: Die Teilnehmer können übers /CL-Netz ihre eigenen Texte, Nachrichten und Informationen verbreiten und damit zum Inhalt des /CL-Netzes beitragen...

Nachrichtenaustausch mit internationalen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen besteht mit den USA, Lateinamerika, Afrika, Asien Australien und der GUS... Über 150 Mailboxen im alten und neuen Bundesgebiet, in Österreich und der Schweiz, in Italien und Jugoslawien verbreiten diese aktuellen Nachrichten im Verzeichnis /CL; rund 20000 Teilnehmer, Gruppen und Verbände sind übers /CL-Netz erreichbar." (Information von „Kommunikation und Neue Medien e.V.")

auch Pierre Bourdieu 1991 auf die Bildung einer 'Internationale der vernetzten Intellektuellen': „Diese Internationale der Intellektuellen müßte Informations- und Kommunikationsnetze aufbauen (vor allem mit Hilfe von Computern)... Es wird sehr schwierig sein, so etwas zu verwalten. Es darf kein Zentralismus entstehen. Mit Hilfe von Computern müßte man eine umfassende Kartei einrichten, über die Leute Verbindung miteinander bekommen könnten, kommunizieren können. Wenn jemand etwas beobachtet, kann er das ins Computernetz eingeben. So werden andere informiert und können ihre eigenen Beobachtungen überprüfen, sie können auch ihre Möglichkeiten nutzen, um diese Informationen weiterzuverbreiten... Andere, sonst nicht so zimperliche Gruppen haben da weniger Berührungsängste, die „Internationale der Rechten, der Technokraten existiert..." bereits (P.Bourdieu). Eine Position, die zumindest belegt, daß nicht nur eingefleischte „HackerInnen" den Nutzen des neuen Mediums erkennen.

Im direkten Vergleich zwischen Printmedium und Mailbox ist letztere der Zeitschrift insofern überlegen, als daß jedeR EmpfängerIn auch potentielleR SenderIn ist. Die mögliche Interaktion der TeilnehmerInnen überwindet potentiell die gewohnt passive Konsumhaltung und mit ihr die Immobilisierung der isolierten Individuen. Es handelt sich hier um die Möglichkeit eines dezentralisierten Informationsangebotes im Gegensatz zu zentral vorgegebenen bzw. gesteuerten. Doch die Isolation der Individuen wird nicht notwendigerweise aufgehoben. Exklusiv ist die Nutzung des Computers/der Mailbox durch die Notwendigkeit BesitzerIn zu werden (materielle Schranke) bzw. über spezielle Kenntnisse zur Bedienung der Hard- und Software zu verfügen. In diesem Punkt sind bereits Re-Hierarchisierungstendenzen angelegt. Zwar bedeutet 'Kommunikation via Modem' Kontakt mit anderen Individuen, aber es handelt sich dabei um einen reduzierten. Informationen, die sich durch Kleidung, Geschlecht, Dialekt usw. mitteilen, fallen weg. Zudem greift durch die Datenmengen eine 'Unkontrollierbarkeit' der Informationen um sich, die bestenfalls in Beliebigkeit endet. Daß fast jedeR alles verbreiten kann, zeigt sich an dem Auftauchen rechtsradikaler Propaganda auch in Mail-Netzen.

Doch damit sind die Kritikpunkte nicht erschöpft. Zu entwickeln wäre ein technologiekritscher Ansatz, der, bezogen auf die 'alltägliche' 'Technikverwendung von DFÜ, die Prozesse der Erzeugung von Technologie und ihrer gesellschaftlichen Durchsetzung angemessen berücksichtigt.

Die Rede von der Mailbox als universelles Medium erweist sich vollends als Mythos, wenn der Austausch von Daten und politischen Informationen zum puren Selbstzweck wird, falls diese sich am Ende nicht in politischer Praxis materialisieren. Das bedeutet: die Anwendung dieser neuen Technologie (für sich genommen) erreicht nichts! Ein noch so breiter Datenfluß mag imposante virtuelle Welten entstehen lassen. Es gilt am Ende jedoch immer, die materiellen Verhältnisse zu verändern. Mailbox und DFÜ können dabei nur Hilfsmittel sein.

Mit anderen Worten: *„Durch immer fortgesetzte, nie aufhörende Vorschläge zur besseren Verwendung der Apparate im Interesse der Allgemeinheit* haben wir die gesellschaftliche Basis dieser Apparate zu erschüttern, ihre Verwendung im Interesse der wenigen zu diskutieren", so Brecht in seiner Radiotheorie.

Und Zeitschriften? Selbstverständlich haben auch sie weiterhin ihren Anteil, an der Konstituierung linker Öffentlichkeit. Mailboxen und Printmedien schließen sich nicht notwendigerweise aus, eher ergänzen sie sich. Aktionen lassen sich mit dem neuen Medium flexibler und besser organisieren und koordinieren. Es gilt allerdings, den Funktionsverlust eines Teilbereiches linker Öffentlichkeit zu erkennen. Treffender läßt sich dieser Verlust als 'Aufgabenverschiebung' des linken Printmedienbereichs präzisieren. ●

Literaturhinweise:

H.M. Enzensberger, „Baukasten zur Theorie der Medien", Kursbuch 20, Suhrkamp Frankfurt/M. 1970

B. Brecht, „Radiotheorie" in: Schriften zur Literatur und Kunst I, Suhrkamp Frankfurt/M. 1967

P. Bourdieu, „Die Intellektuellen und die Macht", VSA, Hamburg 1991

BüroBert: „Copyshop. Kunstpraxis und politische Öffentlichkeit. Ein Sampler", Edition ID-Archiv, Berlin 1993

Widersprüche Heft 49, „Steuerzeichen — Über EDV-Mythen", Verlag 2000, Offenbach 1993

Goldmann u.a.: „Computer im Telenetz", Rowohlt, Reinbek 1993

Goldmann u.a.: „Politisch arbeiten mit dem Computer", Rowohlt, Reinbek 1991

Kontakte:

Kommunikation und Neue Medien e.V., Postfach 520, 80605 München (insbes. /CL-Netz)
SpinnenNetz, Hintere Bleiche 20, 55116 Mainz
Kontaktadresse: links-Redaktion

GUIDO FELHÖLTER / WILFRIED KONRAD

Multimedia

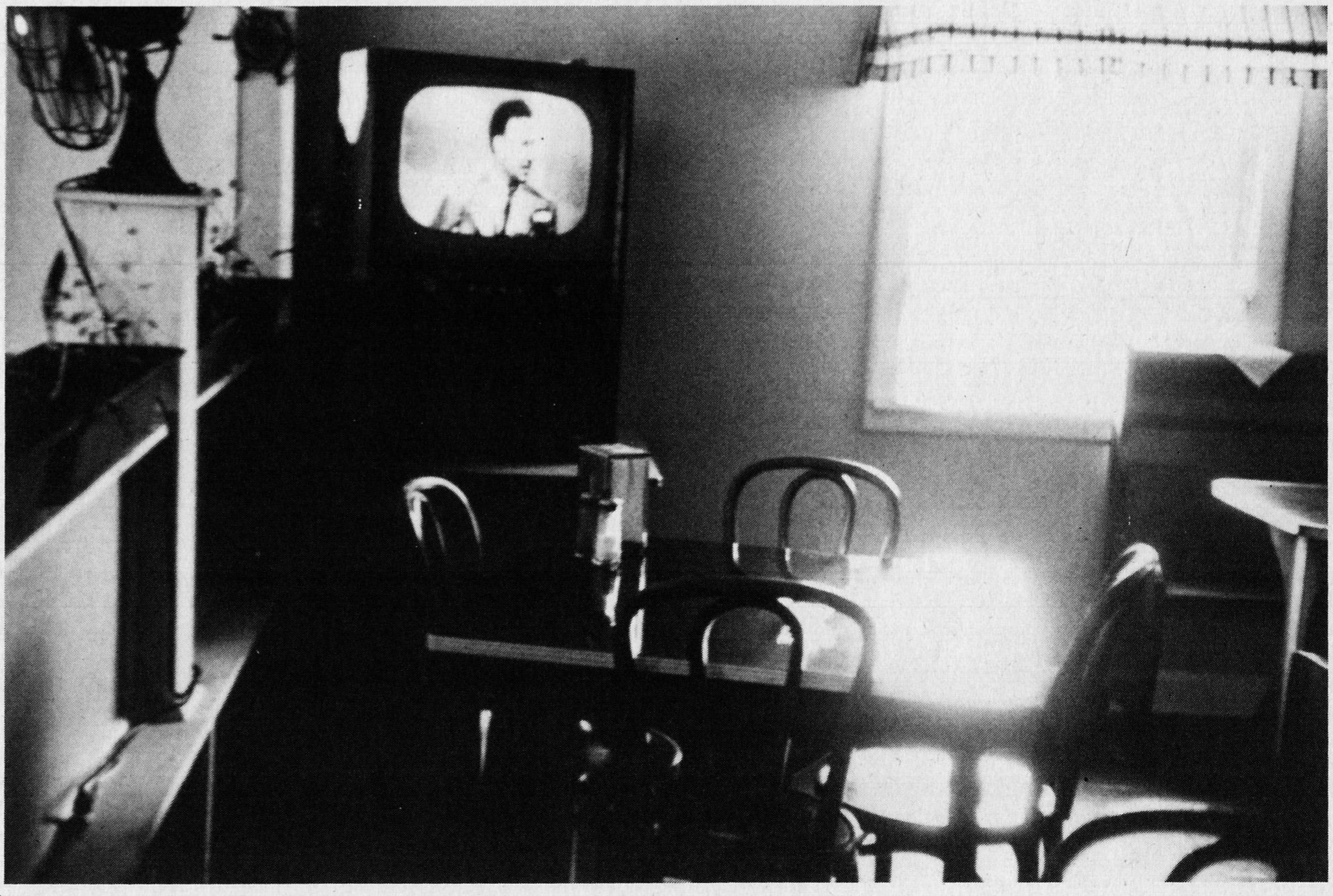
Zur realen Gegenwart einer Zukunftsvision

Während politische und gesellschaftliche Zukunftsentwürfe offenbar ihren Sinn verloren haben, scheint es nun wissenschaftlich-technischen Visionen überlassen zu sein, die Bedingungen auszumalen, wie es sich in diesem Zustand möglichst bequem einrichten läßt. Dieser Eindruck drängt sich zumindest dann auf, wenn man sich mit den zur Zeit aktuellen Szenarien beschäftigt, die sich gesellschaftlichen Möglichkeiten und Auswirkungen multimedialer Technologien widmen.

Vertraut man einem von dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Sony Deutschland GmbH mitverfaßten Buch (vgl. Brauner/Bickmann: Die multimediale Gesellschaft. Ffm 1994), so ist der Weg in die multimediale Gesellschaft, d.h. einer „Gesellschaft, in der unterschiedliche Medien miteinander verknüpft zum »Megamedium« werden" (21), bereits eingeschlagen. Dort angekommen, ist nichts mehr so wie es vorher war, denn die multimediale Gesellschaft ist „eine »andere« Gesellschaft", in der „»andere«, neue Regeln für das Zusammenleben" gelten. (23) Mensch und Technik pflegen dort ein gedeihliches Miteinander, weil es zwischen ihnen keine Widersprüche mehr gibt, sondern nur noch ein Verhältnis technischer Möglichkeiten und menschlicher Bedürfnisbefriedigung. Wenn die flächendeckende multimediale Vernetzung vollbracht ist, wird die Menschheit Erstaunliches erleben, nämlich die Geburt einer Gesellschaft der Freien und Gleichen: Herrschaftsfreies Wissen für alle? Kein Problem, denn der „Einzelne wird in einen umfassenden Interpretationszusammenhang aufgenommen. Dieser Zusammenhang erschließt dann Natur, Gesellschaft und Kosmos und gibt dem Einzelnen die Chance, in ganz anderer Weise als bisher aktiv zu werden." (44) Kunst und Kultur für alle? Mit „Picturetheken" keine Frage, denn „die einzelnen Kunstwerke — selbst ein alter »van Gogh« — liegen digital vor und können in das Wohnzimmer abgerufen und an die Wand projiziert werden. Nach zwei Wochen z.B. kann das Werk »abbestellt« und ein neues »ausgeliehen« werden." (68)

Wenn das Erstaunen über die ungeahnten Qualitäten deutscher Spitzenmanager als science fiction-Autoren nachgelassen hat, drängt sich die Frage auf, welche revolutionären Umbrüche im Gange sind, die zur Formulierung von solchen euphorischen Erwartungen verleiten. Welche Entwicklungen stecken also tatsächlich hinter den vielfach reproduzierten Schlagwörtern wie 'Multimedia', 'Datenautobahnen' oder 'Informationsgesellschaft'?

Zunächst einmal hat es den Anschein, als



Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1993
Schwerpunkt:
Straflos glücklich?
- Warum *nicht* strafen?
- Organisierte Kriminalitäts-Politik
- DDR vor Gericht:
  Rache statt Vergeltung
- Mit Recht gegen Rechts II
- Deutsche Strafen
  — Deutsches Geld

Weitere Themen:
- Polit. Justiz, §ammel§urium

u.v.m.

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

handele es sich vor allem um eine technische Entwicklung. Basis dieser Entwicklung ist eine explosionsartige Ausdehnung des Potentials zur digitalen Speicherung, Verarbeitung und Übertragung aller denkbaren Formen von Informationen. Ausgangspunkt davon ist der in den 70er Jahren einsetzende Trend einer radikalen Miniaturisierung elektronischer Bauelemente und deren Integration zu immer leistungsfähigeren Speicherchips und Mikroprozessoren. Damit wurde einerseits ein Prozeß der technischen Dezentralisierung der elektronischen Datenverarbeitung eingeleitet, andererseits konnten weitere technologische Bereiche als Anwendungsgebiet elektronischer Komponenten erschlossen werden. Als ein Bereich mit besonders hohem 'Informatisierungspotential' galt dabei die Fernmeldetechnik. Stimuliert durch den schon vorhandenen und durch die Dezentralisierung der Computertechnologie noch steigenden Bedarf an Kapazitäten für Datenübertragungen zwischen Rechnern, die zunächst über besondere Leitungen und Datennetze abgewickelt wurden, entstand der Impuls, durch die Digitalisierung der existierenden flächendeckenden Fernsprechnetze die Daten- und Sprachkommunikation zu integrieren und so praktisch jeden Telefonanschluß zu einem potentiellen Computeranschluß zu machen. Die so aus der Verschmelzung von Telekommunikation und Informatik entstehende Telematik (vgl. Nora/Minc: Die Informatisierung der Gesellschaft. Ffm 1979) sollte darauf allerdings nicht beschränkt bleiben, sondern langfristig einschließlich der Übertragung und Vermittlung bewegter Bilder alle erdenklichen Nachrichtenarten umfassen.

Prinzipiell läßt sich zwischen zwei aufeinander aufbauenden Telematikszenarien unterscheiden, nämlich der schmalbandigen Strategie, wie sie sich etwa im bereits eingeführten ISDN-Netz darstellt und der Strategie der Integrierten Breitbandkommunikation. Mit dem Begriff 'Schmalband' werden Fernmeldeinfrastrukturen bezeichnet, die dazu in der Lage sind, Datenmengen im Kilobit-Bereich zu transportieren und die daher für Anwendungen wie Sprachübertragung, langsamen Datentransfer oder Telefax geeignet sind. Breitbandige Übertragungskapazitäten, die im Mega- und Gigabit-Bereich liegen, bieten außerdem die sehr schnelle Weiterleitung großer Datenmengen und ermöglichen den Transport von Fernsehbildern.

Die in den letzten Jahren aufgetauchten Multimedia-Visionen zielen nun im Kern darauf ab, jeden Haushalt und jedes Unternehmen an interaktive Breitbandnetze anzuschließen. Über ein einziges Endgerät, einer Mischung aus Fernseher und Personal Computer mit angeschlossenem Telefonapparat und Faxgerät, sollen die Teilnehmer zukünftig ihren gesamten Telekommunikationsverkehr abwickeln können. Die Interaktivität über das gesamte Dienstespektrum hinweg soll dabei aus passiven couch potatoes kreative Individuen machen, die sich bspw. ihr Unterhaltungsprogramm selbst zusammenstellen, in den Ablauf von Filmen oder Musikvideos mit eigenen Ideen eingreifen oder über dialogfähige Lernprogramme ihr Bildungsniveau überprüfen und erweitern. Wo immer möglich, sollen in den Wohnungen der Arbeitnehmer eingerichtete Telearbeitsplätze deren regelmäßige Anwesenheit im Büro durch ihre Präsenz in den Datennetzen ersetzen, multimediale Videokonferenzen sollen die Unternehmen von teuren und zeitraubenden Geschäftsreisen entlasten und und und — die Palette der erwarteten telekommunikativen Heimsuchungen ist schier unerschöpflich. Bei genauerer Betrachtung entpuppt sich Multimedia also nicht als genuin neue Technisierungsvision, sondern als Neuauflage des 'alten' Telematikkonzepts, das in der langfristigen Orientierung ja auch die Integration audiovisueller Medien vorsah, in der Phase seiner technologischen Realisierbarkeit.

Von all dem ist zwar noch nicht viel zu bestaunen, aber die Realisierungsvorbereitungen laufen mittlerweile auf Hochtouren. State of the art der Diensteintegration in den meisten europäischen Ländern ist derzeit das ISDN, das auf einer Umrüstung des bestehenden Telefonnetzes basiert und an das sich mittlerweile fast jedeR anschließen lassen kann. Damit ist es möglich, an eine 'Kommunikationssteckdose' bis zu acht verschiedene Endgeräte anzuschließen und zwei Dienste gleichzeitig über eine gewählte Verbindung zu betreiben, also z.B. während eines Telefongesprächs korrespondierende Daten über die gleiche Leitung aus dem PC zu übertragen. Die Versorgung der Privathaushalte mit breitbandigen Telekommunikationsanwendungen beschränkt sich dagegen bislang auf das Kabelfernsehen, einem reinen Verteilnetz, das nur eine einseitige Verbindung vom Sender zum Empfänger vorsieht. Breitbandnetze, die auch interaktive Dienste ermöglichen, haben das Entwicklungsstadium jedoch bereits verlassen. Was bislang in Forschungsprogrammen ausgearbeitet und in regional begrenzten Pilotprojekten getestet wurde, steht nun vor der flächendeckenden Einführung. Das heißt zunächst, daß mit dem Aufbau der für den Einbezug kapazitätsintensiver Bewegtbilder in die interaktive Multimediawelt notwendigen „information superhighways" begonnnen worden ist. Das sind leistungsfähige Hochgeschwindigkeitsnetze auf Glasfaserbasis, die ein weit höheres Übertragungspotential als die bereits verlegten Kupferkoaxialleitungen der Breitband-Kabelfernsehnetze bereitstellen. An diese Datenautobahnen sollen tendenziell alle Unternehmen, Schulen, Behörden, Privathaushalte etc. angeschlossen und so in einem nie dagewesenen Ausmaß miteinander vernetzt werden.

Den weltweit beachteten Startschuß für die flächendeckende, bis in die Ebene des

privaten Teilnehmeranschlusses reichende Installation solcher hypermoderner High Tech-Infrastrukturen gab die neue amerikanische Clinton/Gore-Administration im Frühjahr letzten Jahres. Seit dieser Zeit steht im Zentrum einer mit 17 Mrd. $ ausstaffierten nationalen Technologieinitiative die Förderung des Aufbaus eben einer solchen Kommunikationsinfrastruktur, wobei es, glaubt man Presseberichten, um die Initiierung von privaten Investitionen von nicht weniger als 500 Mrd. $ in den nächsten 15 Jahre geht (Wirtschaftswoche 25, 1993). Bislang ist unklar, welche Eigentums- und Betreiberstruktur die Datenautobahnen in den USA haben werden. Vielmehr ist heiß umkämpft, ob die Breitbandnetze von privaten Unternehmen getragen oder vom Staat gebaut und betrieben werden sollen. Der größte US-Kabelnetzbetreiber Tele-Communications Inc. (TCI) hat im April vergangenen Jahres versucht die Initiative an sich zu reißen, indem das Unternehmen ankündigte, für den Aufbau eines Glasfaserübertragungsnetzes in den folgenden vier Jahren insgesamt 2 Mrd. $ aufwenden zu wollen. (FAZ 14.4. 93) Mit weit weniger internationaler Resonanz arbeitet derweil auch die Deutsche Telekom an der interaktiven Glasfaserzukunft. Im Zuge der Modernisierung des Telekommunikationsnetzes in den Neuen Bundesländern macht man Nägel mit Köpfen und legt als weltweit erster Netzbetreiber Glasfaseranschlüsse bis ins Haus — 1,2 Mio. sollen es allein bis 1995 sein. Mit der vollständigen 'Verglasung' aller Haushalte wird bei der Telekom allerdings erst nach dem Jahr 2015 gerechnet. Mit der Glasfaserverkabelung werden die Grundlagen für die Erweiterung des bestehenden ISDN-Netzes zur Breitband-Kommunikation geschaffen.

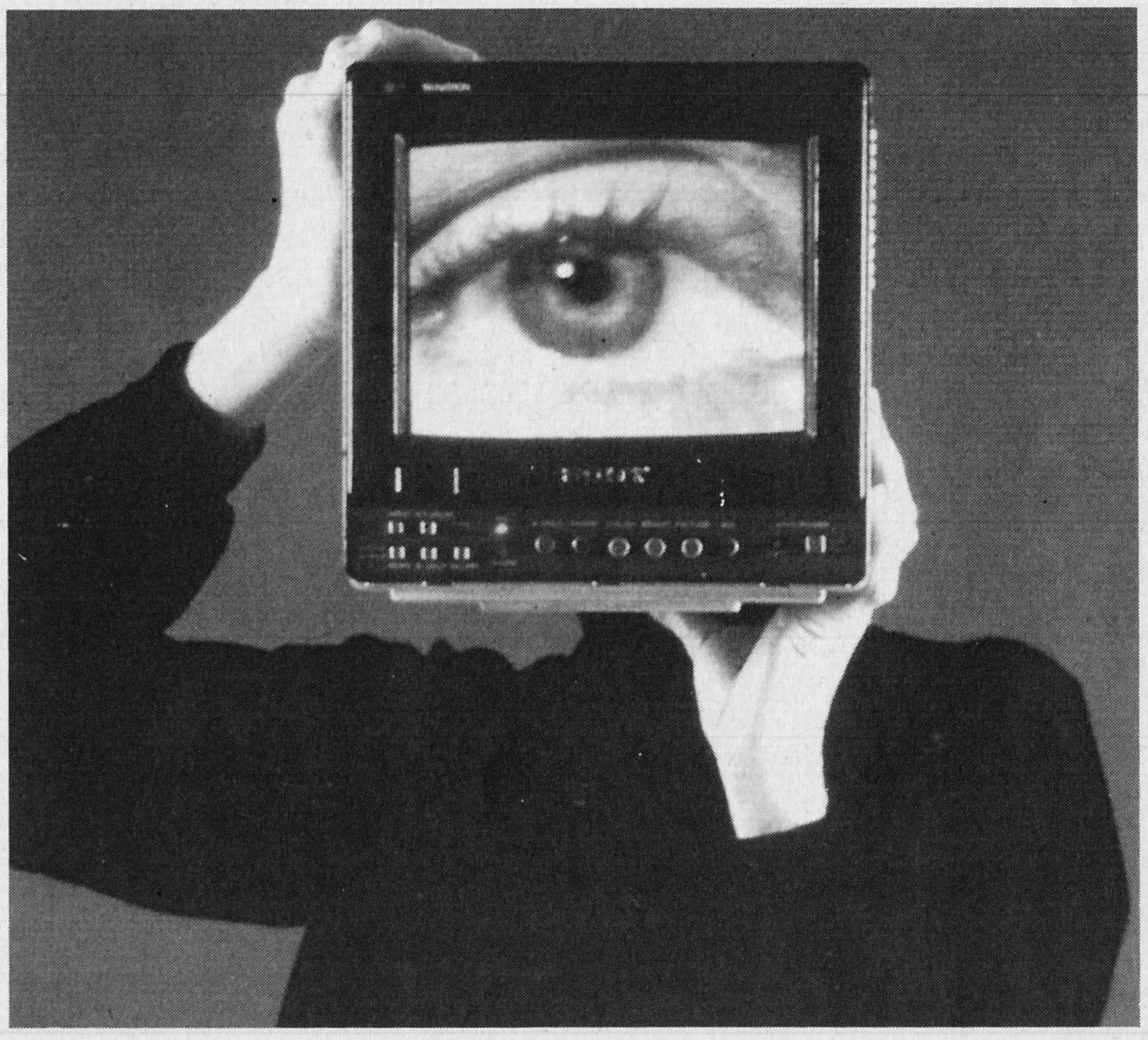
Multimedia ist aber auch insoweit handfeste Realität, als sich mittlerweile eine Reihe machtvoller Bewegungen zur Herausbildung neuartiger Akteurskonstellationen im Spannungsfeld der Industriesektoren Telekommunikation, Kabelfernsehen und Medien ereignet haben. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand dabei die Vielzahl von Fusionen von Telefon- und Kabelfernsehgesellschaften in den USA. Der spektakulärste Deal in diesem Kontext war die Ankündigung der Übernahme von TCI einschließlich deren Beteiligung an dem Programmzulieferer Liberty Media durch das Telekommunikationsunternehmen Bell Atlantic für 18 Mrd. $ (Financial Times v. 14.10.1993). Hohe Publizität erhielt auch die 2,5 Mrd. $ teure 25 %ige Beteiligung der Telefongesellschaft US-West an dem global größten Medienkonglomerat Time Warner, nach TCI zweitgrößter Kabelbetreiber im amerikanischen Markt und Besitzer eines der großen Hollywoodstudios (Die Zeit v. 29.10. 1993).

Ende dieses Jahres beabsichtigt das Unternehmen über gewöhnliche Telefonkabel video-on-demand anzubieten und hat deshalb mit einer Reihe von Programmanbietern, darunter die BBC, Kontakt aufgenommen. Außerdem werden BT in der Wirtschaftspresse Bestrebungen nachgesagt, über eine Verbindung mit dem Programmanbieter BSkyB in den Markt für Satellitenfernsehen einzusteigen. In Deutschland steht der staatliche Netzmonopolist Telekom einerseits in Verhandlungen mit dem Medienkonzern Bertelsmann, der Kirchgruppe (Filmhandel, Privatfernsehen]SAT 1Œ, Pay-TV]PremiereŒ) und dem ZDF über die Gründung einer Gesellschaft für Fernsehdienste. Andererseits arbeitet man in der gemeinsamen Firma VideoTel mit dem Springer Verlag an Diensten wie home shopping per PC und Fernbedienung (Handelsblatt v. 5.1.1994). Betrachtet man diesen Kreis der an den Multimediakooperationen beteiligten Akteure sowie die von ihnen anvisierten Dienste, wird schnell klar, daß sich die in diesem Zusammenhang artikulierenden Visionen tatsächlich darauf reduzieren, einem Massenpublikum eine unüberschaubare Fülle von Film- und Fernsehangeboten zu bieten und gleichzeitig die Multimediastationen zu elektronischen Warenhäusern zu machen.

Darüber, ob diese Entwicklungen, wie vielfach prognostiziert, die Konvergenz von Telekommunikations-, Kabelfernseh- und Mediengesellschaften (plus, wie häufig vermutet: Computerfirmen, Softwareproduzenten und Unterhaltungselektronikkonzerne) zu einer neuen industriellen Branche ankündigen, soll hier nicht diskutiert werden.

So viel kann allerdings festgestellt werden: Die „neuen Regeln für das Zusammenleben", wie sie vom Vorsitzenden der Geschäftsführung der Sony Deutschland GmbH so plastisch gezeichnet werden, entpuppen sich bei genauerer Betrachtung nur als neue Formen altbekannter Gesetze kapitalistischer Konkurrenz.

Mit den skizzierten Umbrüchen ist ein erheblicher Bedarf an politischer Auseinandersetzung gegeben. Notwendige Debatten lassen sich auch dadurch nicht vermeiden, daß mit ideologisierenden Harmoniesierungsvisionen den realen ökonomischen Umbrüchen und absehbaren kulturellen Veränderungen ein von Widersprüchen bereinigter Zukunftsentwurf übergestreift wird. Die parteipolitischen Querelen um die Postreform II zeigen, mit welchen Verkürzungen die anstehenden Probleme derzeit in der öffentlichen Debatte verhandelt werden.



Allein über Fragen von Privatisierung oder Deregulierung kann auf die Gestaltung zukünftiger Kommunikationsinfrastrukturen im globalisierten Kontext kaum Einfluß genommen werden. Im Bereich der Multimedia- und Breitbandkommunikation finden genau jetzt die ökonomischen Prozesse und technologischen Entwicklungen statt, mit denen die Weichen für eine zukünftige Entwicklung gestellt werden. Über deren mögliche Auswirkungen kann nur noch geklagt werden, wenn sie erst einmal zu machtvollen „Tatsachen" geworden sind. ●

Für Hinweise und Anregungen zu diesem Text danken wir Ronald Noppe und Karin Waringo.

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Frankfurt.

THOMAS ROTH

Souveräne Notlösung (Teil I)

Zum Lokal- und Bürgerfunk in Deutschland — anhand des Beispiels NRW

Die Entstehung des lokalen Rundfunks in der BRD unterlag von Beginn an spezifischen wirtschaftlichen Interessen und politischen Legitimationszwängen. Im ersten Teil der Analyse wird die Entwicklung von Lokal- und Bürgerfunk in Nordrhein-Westfalen nachgezeichnet. Teil zwei wird (in der April-Ausgabe) die daraus resultierenden Realisierungschancen linker Gegenöffentlichkeit im Radio darstellen.

Während in den meisten der westlichen Industrienationen schon Anfang der 70er Jahre Versuche mit lokalen Hörfunkangeboten unternommen wurden und bisweilen in der Installierung eines Netzes von Lokalfunk-Stationen resultierten (Vgl. Otfried Jaren, Lokaler Hörfunk für die Bundesrepublik, in: Lokalradio für die Bundesrepublik, hrsg. v. Otfried Jaren und Peter Widlok Berlin 1985, S.18.), blieb die Rundfunklandschaft der BRD bis Mitte der 80er Jahre zentral und öffentlich-rechtlich organisiert. Ansätze und Versuche einer Veränderung gab es zwar auch hier, sei es von Seiten einer linken Kritik an dem praktizierten Modell bürgerlicher Öffentlichkeit und der sich daraus ableitenden Medienzuteilung, sei es von Seiten einer mit Legitimationsproblemen zu kämpfen habenden Medienpolitik, oder sei es aus dem Interesse heraus, einen marktwirtschaftlichen Zugang zum Rundfunkwesen durchzusetzen, doch fanden sie alle keine politische Umsetzung.

Der Grund für den stattdessen eingeschlagenen 'deutschen Sonderweg' ist sicherlich in den medienpolitischen Vorstellungen der sozialliberalen Koalition zu suchen, die, den allgemeinen Grundsätzen von Steuerung und Zentralisierung folgend, ein Festhalten an der öffentlich-rechtlichen Verfaßtheit des Rundfunks und einen solcherart herzustellenden Binnenpluralismus favorisierte. Nicht unwichtig erscheint die wirtschaftspolitische Anbindung dieses Arguments: Eine lokale Neugestaltung des Rundfunkgeschehens hätte einen Konkurrenzmarkt zu dem auf lokaler Ebene oligo- bis monopolistisch organisierten Pressemarkt entstehen lassen, eine Entwicklung also hervorgerufen, die die SPD bei ihren damaligen pressepolitischen Auseinandersetzungen mit der deutschen Verlegerschaft sich und anderen nicht leisten wollte. (Vgl. Jaren, Lokaler Hörfunk, S.21)

Die aus marktwirtschaftlicher Sicht längst fällige Neuorientierung ergab sich erst mit der sog. Bonner Wende. Schon länger hatte die CDU die Brechung des öffentlich-rechtlichen Sendemonopols propagiert und sich der Unterstützung der Wirtschaft versichern können. In dieser Hinsicht hatte sich die SPD falsch orientiert gezeigt: Den Verlegern ging es nicht so sehr darum, den lokalen Hörfunk zu unterbinden, sondern sie waren daran interessiert, diesen ansichzuziehen und zur Basis eines bundesweiten privaten Rundfunks zu machen. (Vgl. Tanja Hellwig, Claus Peter Simon, Der Griff zum Mikrofon, Bochum 1990, S.31) Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1981, das die grundsätzliche Ablehnung einer privatwirtschaftlichen Organisation des Rundfunks aufhob, ließ die Mehrheit der CDU-regierten Länder 1984 die ersten privaten Veranstalter zu. Die 1984 initiierten Lokalfunk-Pilotprojekte fanden fast folgerichtig — bis auf eines, das als öffentlich-rechtliches Alternativmodell gedacht war (Offener Kanal 'Radio Dortmund') — unter Beteiligung der Verlegerschaft statt und wurden weitgehend kommerziell aufgezogen. Der Erfolg dieser Pilotprojekte und die Umsetzung technischer Neuerungen via Verkabelung und Einrichtung neuer Sendefrequenzen schufen die faktischen Voraussetzungen für den rechtlichen Vollzug: Die duale Rundfunkordnung mit dem Zusammenspiel öffentlich-rechtlicher und privater Veranstalter wurde 1986 im sogenannten 'Niedersachsen-Urteil' des Bundesverfassungsgerichtes rechtlich anerkannt und 1987 im Rundfunkstaatsvertrag durch die Länder verankert.

Wirtschaftliche Interessen und politische Legitimation

Über die Beweggründe für die Einführung des Lokalfunks kann es keine großen Zweifel geben. Die Umstrukturierung der Rundfunkanstalt war v.a. eine wirtschaftliche Angelegenheit: Privater Rundfunk eröffnet ein Marktsegment, das keinesfalls den Pressemarkt ersetzt, sondern diesen ergänzt; als lokaler Rundfunk erlaubt er es, Sekundärbranchen (z.B. Nachrichten- und Fernmeldetechnik) zu fördern und die Standort- und Verbraucherpolitik zu intensivieren. (Vgl. Christian Schröter, Radio von unten contra Radio von oben, in: Jaren/Widlok, S.185 f.). Es spielt dabei zunächst keine Rolle, ob diese Bewertung den tatsächlichen wirtschaftlichen Prozessen Rechnung trägt oder lediglich eine Ausgeburt der Marktwirtschafts-Ideologie entsprechender Politiker und wirtschaftlicher Interessenverbände ist,

sie entwickelte sich jedenfalls zur eigentlichen Triebkraft hinter den Lokalfunk-Projekten. Den Visionären schwebte ein Medienmarkt ohne Zulassungsbeschränkungen vor, auf dem durch die Konkurrenz der privaten Anbieter Informationen optimal verteilt werden und ein (Außen)Pluralismus der Meinungen sich automatisch einstellt (Vgl. den Antrag der CDU zum Landesmediengesetz von Nordrhein-Westfalen, 3.12.1985. Zit. nach Hellwig/Simon, Der Griff, S. 57f.), oder — noch unverblümter — eine ,,Informations- und Kommunikationsgesellschaft, in der die Medien und damit natürlich auch Informationen als Ware (...) eine besondere Rolle spielen". (Äußerungen des damaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Achim Rohde aus dem Plenarprotokoll 10/19 des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Zit. nach Hellwig/Simon, Der Griff, S.60.) Diese allein wirtschaftsliberalistische Begründung, das wird schon aus dem Bezug zum Pluralismus-Konzept deutlich, ließ und läßt sich in der Diskussion als ausschließliche nicht halten. Lokalfunk ist zwar letztlich eine wirtschaftliche Angelegenheit, doch soll er nicht als solche erscheinen.

Den eigentlichen Ausgangspunkt der Diskussion um den Lokalfunk bildeten Legitimationsprobleme demokratischer Systeme. Angestoßen von der kritischen Revision des bürgerlichen Öffentlichkeitsbegriffes von Seiten der Linken und zunehmenden Forderungen nach einer Neuorganisierung der Massenmedien, kam es bereits in den 60er und 70er Jahren zu einer breiten Thematisierung der Medien- und Kommunikationspolitik und ihres Verhältnisses zum Selbstverständnis eines sich demokratisch nennenden Staates. Man verständigte sich darüber, daß die Herstellung von pluralistischer Öffentlichkeit, kommunikativer Partizipation und Transparenz von Meinungs- und Willensbildungsprozessen (Vgl. die Auflistung in Hellwig/Simon, Der Griff, S.13ff.) zum ,,immer wieder erneuerbaren Legitimationsbeweis des Systems gegenüber den Bürgern" wird. (S. Wolfgang Bergsdorf, Aufgabe der Medien, in: MUT Nr. 304 (1992), S.15.) Es kann nicht verwundern, daß in den Lokalfunk-Initiativen anderer westlicher Industrieländer dieser Beweis erbracht werden sollte. Lokaler Hörfunk wurde dort unter wohlfahrtsstaatlichem Anspruch als lokale Dienstleistung organisiert, die Dezentralisierung der medialen Kommunikation und die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen wurden ein probates Mittel zur Beförderung der gesellschaftlichen Integration und Identitätsstiftung. (Als Beispiel vgl. Peter Widlok, 'Community radios' in Kanada, in: Jeren/Widlok, S. 239.)

Die in diesem Konzept enthaltene Idealisierung des Lokalbezuges weitete sich in Deutschland oftmals zu einer ,,Ideologie des Nahraumes" (S. Richard Sennett, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens, Frankfurt/M. 1983. Zit. nach Willi Teichert, Bürgerschaftlicher Rundfunk — von den Zwecken einer Fiktion, in: Jaren/Widlok, S.244f.), in der die politische Bedeutung lokaler Kommunikation psychologistisch gewendet wurde. Die lokalen Medien sollten die 'Orts- und Orientierungslosigkeit', Unübersichtlichkeit und Vereinzelung des Menschen durch die Einführung vertrauter Bezüge aufheben und in 'sozialen Optimismus' und emotionale Sicherheit überführen. (Vgl. Teichert, Bürgerschaftlicher Rundfunk, S.244) Genauer: Die Errichtung des lokalen Bezuges sollte für die lokal organisierte Öffentlichkeit einstehen, die Idee der Mitbestimmung in die Förderung des Lokalpatriotismus überführt und auf diese Weise die Privatisierung des Hörfunks gut an die Bürger verkauft werden.

Daß ein solches Konzept noch relativiert wurde, verdankt sich u.a. den Ansätzen einer sich formierenden kritischen Öffentlichkeit, die sich im Bereich des Hörfunks aktivistisch in der Bewegung der sogenannten 'Freien Radios' niederschlug. Unter diesem Etikett formierten sich Gruppen, die ihren Anspruch auf einen genossenschaftlich organisierten, gemeinnützigen und nicht kommerziellen Hörfunk nicht nur durch kurzfristigen auf eher symbolische Wirkung abzielenden Piratenfunk, sondern in regelrechten 'Frequenzbesetzungen' anmeldeten. (Vgl. Busch, Wenn man mit den Fingern, S. 237f. Als Beispiel Traudel Günnel/ Karlheinz Grieger, 'Radio Dreyecksland' — Geschichte und Entwicklung eines 'Freien Radios', in: Jaren/Widlok, S.173ff.) Zwar wurde die Entstehung freier, selbstorganisierter Radios zum großen Teil unterbunden oder unterblieb aufgrund wirtschaftlicher und anderer struktureller Zwänge, die Legitimationsproblematik wurde jedoch zunehmend ernst genommen. Das Konzept der 'Offenen Ka-

1926, 3 Jahre nach der 'Geburtsstunde' des Radios

näle', von den inzwischen gegründeten gemeinnützigen Lokalfunkvereinen in der Öffentlichkeit vertreten und ab Ende der 70er Jahre offiziell zur Kenntnis genommen, verschaffte sich in der Diskussion um den Lokalfunk unter dem Stichwort 'Bürgerfunk' medienpolitische Präsenz. In der Mitte der 80er Jahre verabschiedeten Landesmediengesetzen wurde die Installierung offener Kanäle für Hörfunk und Fernsehen bindend festgeschrieben. (Die Ausnahme bildete das Land Bayern. Vgl. Hans Preinfalk, Hör doch mal Radio, in: Zukunft 1/94, S.13.) Den Landesmedienanstalten wurde die Aufgabe übertragen, freie Frequenzen für ein lokales Verbreitungsgebiet zur Verfügung zu stellen und die technischen Voraussetzungen zu liefern, mit deren Hilfe dann der einzelne Bürger unter Beachtung der medienrechtlichen Vorgaben eigene Sendungen erstellen und verbreiten kann. Einen Sonderfall des 'Offenen Kanals' schuf das Landesrundfunkgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), indem es den entstehenden privaten Lokalradios vorschrieb, einen Anteil von 15 % der eigenen Sendezeit Bürgergruppen zur freien Verfügung zu stellen. Durch diese Integration des Bürgerfunks in das Lokalradio ergab sich eine Verbindung von ökonomisch ausgerichteter und im einfachsten Sinne politisch motivierter Medienpraxis, die die grundsätzlichen Probleme einer linken Medienstrategie überdeutlich werden ließ. Im Folgenden werde ich mich deshalb primär auf das Modell Nordrhein-Westfalen (NRW) beziehen — es entspricht im Übrigen dem Erfahrungshorizont des Autoren.

Rechtliche Form des Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen (NRW)

In dem 1987 verabschiedeten Landesrundfunkgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) wird der Versuch unternommen, das Rundfunkrecht für private Anbieter zu öffnen, gleichzeitig aber gesellschaftliche Steuerungsmechanismen zur Kontrolle der Marktteilnehmer zu installieren. Um eine Gemeinwohlorientierung der privaten Sender zu garantieren, werden sie per Gesetz auf Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsvielfalt verpflichtet. Daneben besteht ein Wirtschaftlichkeits- und Akzeptanzgebot: Lokaler Hörfunk soll wirtschaftlich leistungsfähig sein und von den Hörern angenommen werden.

Die Organisation der einzelnen Sender erfolgt mit Hilfe eines sogenannten 'Zwei-Säulen-Modells', das als Säulen des Senders die gemeinwohlorientierte Veranstaltungsgemeinschaft (VG) und die gewinnorientierte Betriebsgesellschaft (BG) ausweist. Die VG soll als eingetragener Verein die Programmhoheit erhalten und somit Gemeinwohlorientierung und Binnenpluralismus des Programms garantieren. Ihre Zusammensetzung aus Vertretern lokaler Verbände, der Kirchen und Kulturgemeinden, des Kreises, der größten gewerkschaftlichen Organisation des Einzugsgebietes, der Arbeitgeberverbände, des Sportbundes, der Wohlfahrtsvereine, des Verbraucherschutzes, der Journalistenverbände und der örtlichen Verleger ein privilegiertes Zugangsrecht, das festgeschrieben wird, um eine Verdrängung der lokalen Presseverlage durch andere Hörfunkbetreiber zu unterbinden. Um eine Sendelizenz zu erhalten, müssen VG und BG einen Vertrag schließen, in dem der VG die Ausstattung mit finanziellen und technischen Mitteln durch die BG garantiert wird.

Programmgestaltung des Lokalradios

Was das Programm betrifft, so darf es max. 20 % Werbung enthalten. Die tägliche Sendezeit eines lokalen Hörfunksenders muß mindestens 8 Std. betragen. 15 % dieser Sendezeit (max. 2 Stunden) werden sog. 'Gruppen mit kultureller Zielsetzung' zur freien Verfügung gestellt. Diese Gruppen dürfen keine kommerziellen Zielsetzungen verfolgen und nicht die Interessen der in der VG sitzenden Verbände, von Parteien oder staatlichen Instanzen vertreten. Um Gleichberechtigung unter den 15 %-Gruppen zu gewährleisten, werden die Beiträge nach der Reihenfolge ihrer Einreichung ausgestrahlt und Höchstsendezeiten für aktive Gruppen festgelegt. Dem Bürgerfunk wird produktionstechnische Unterstützung durch die Veranstaltergemeinschaft und finanzielle Förderung durch die zur Überwachung des Lokal- und Bürgerfunks eingesetzte Landesrundfunkanstalt zugesichert.

Im konkreten Sendebetrieb erledigt sich die Beschränkung der Marktmechanismen durch rechtlich eingesetzte Kontrollinstanzen (VG, Landesrundfunkanstalt) recht schnell. Die ökonomische Konkurrenzsituation zwingt den Sender, die 'Grundtatsachen des Hörerverhaltens' (S. Preinfalk, Hör doch, S.14) zur Kenntnis zu nehmen und der tiefgreifenden Veränderung des Rezeptionsverhaltens, die dem Radio nurmehr die Rolle eines Sekundärmediums und Beschallungsapparates überläßt, Rechnung zu tragen. (Vgl. Preinfals, Hör doch, S.14ff. Vgl. e. Rainer Mahtes, Albrecht Kuteroff, Uwe Freisens, Private Hörfunkprogramme auf dem Prüfstand, Eine quantitative Inhaltsanalyse des Programmangebots ausgewählter privater Hörfunksender in Baden-Württemberg, in: ZUMA-Nachrichten, 27. S.69f. Was bleibt, ist die Reproduktion des vermuteten Massengeschmacks, wie sie sich in Sendeschemata, Format-Programmen, computergestützter Musiksteuerung u.ä. manifestiert. Die Nivellierung der Programme unter Marktbedingungen erscheint sozusagen notwendig, weil Werbung und Produktrepräsentation das beherrschende Prinzip sind: Das Programm muß für die Werbung werben, es muß sich selber den Werbekunden empfehlen und möglichst auch den Zuhörer, den man vorher durch Marktforschung kenntlich gemacht hat, an den Werbenden verkaufen.

Was formal gilt, gilt allenthalben inhaltlich. Der redaktionelle Teil wird nur so weit bestritten, soweit er zur Aufrechterhaltung eines erkennbaren 'Programmes' dient. (Vgl. dazu eine Äußerung Karl Büchers 1921: „Sonst (wird der redaktionelle Teile nur deshalb mitgeführt, weil ohne ihn Abonennten und in deren Gefolge Inserenten überhaupt nicht zu haben wären." Zit. nach Bernd Jansen, Öffentliche Aufgabe und wirtschaftliche Interessen der privaten Presse, in: Kapitalismus und Pressefreiheit, am Beispiel Springer, Frankfurt/M., 1969, S. 172) Journalismus beschränkt sich i.d.R. auf die sog. 'Anmoderation' von Musik — und seltener — Magazinbeiträgen sowie den allzu bekannten 'Termin- und Protokolljournalismus'. (S. Teichert, Bürgerschaftlicher Runfunk, S.245)

Der Programmauftrag, der den Lokalfunkstationen von den Rundfunkgesetzen der Länder mitgegeben wurde, erschöpft sich in Leerformeln. Die geforderte 'Darstellung des öffentlichen Geschehens', Erfüllung 'des kulturellen Auftags des Rundfunks', Berücksichtigung der 'Vielfalt der im Verbreitungsgebiet vorhandenen Meinungen' und der 'bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen' (Vgl. die 'Programmlichen Mindestnormen, für ein lokales Rundfunkprogramm' in §24, §11, Satz 1 und 2, §12, Abs. 1,2, und 4 des Landesrundfunkgesetzes Nordrhein-Westfalen.) wird — so zeigt die Praxis — nur unter Vorbehalt der Betreiber geleistet.

Die Verdoppelung der Mono- und Oligopole lokaler Verleger in den Betriebsgesellschaften des lokalen Hörfunks suspendiert den Rest dessen, was man Meinungsfreiheit nennen könnte. Nach Gesetz soll die Veranstaltergemeinschaft für die Erfüllung des Programmauftrages einstehen, doch bleibt zu fragen, ob diese mehr errreichen will als einen den 'Konsens aller Demokraten' findenden 'tendenzfreien Rundfunk'. Ihre im Landesrundfunkgesetz festgelegte Kontrollfunktion ist im übrigen so stark eingeschränkt, daß sie oft zur reinen Legitimationsfigur verkommt. Die Betriebsgesellschaften haben über ihr Budgetrecht ein Instrument in der Hand, mit dem sie effektiv in die Programmplanung der Veranstaltergemeinschaft eingreifen können. Das Engagement überregional operierender Verlagshäuser in verschiedenen Betriebsgesellschaften wird zu einer Koordinierung und Ballung der Mittel, die die Bedeutung der Veranstaltergemeinschaften noch weiter herabmindert. ●

THOMAS KUNZ / JÜRGEN ROTH

Harte Zeiten — leichte Beute?

Interview zum Erscheinen der Beute

Im März '94 erscheint die erste Nummer der Vierteljahresschrift 'Die Beute' im Verlag ID-Archiv. Ihre Redaktion setzt sich weitgehend aus ehemaligen MacherInnen der Frankfurter StudentInnenzeitung 'Diskus' zusammen. Es beteiligen sich aber auch Leute aus München, Köln, Zürich, Hamburg, Berlin usw. daran. *links* sprach mit Sabine Grimm und Jost Müller.

BEUTE: Sabine Grimm und Jost Müller

Wer macht was, wie, wann, wo und warum? Zu welchem Zwecke also diese neue Zeitschrift?

Sabine: Ist das nicht ein bißchen viel auf einmal? Ich kann ja einfach mal den Hintergrund erzählen. Erstmal macht die BEUTE zum großen Teil die ehemalige DISKUS-Redaktion, darüber hinaus auch Leute in anderen Städten, die zur Endredaktion hierher kommen. Es gab im letzten Jahr, nachdem wir keinen DISKUS mehr gemacht haben, verschiedene andere Aktionen, z.B. die Bundestagsblockade, Wohlfahrtsausschuß-Veranstaltungen mit Leuten aus Köln und aus Hamburg, und in diesem Kontext ist das nochmal vorangetrieben worden. Der reicht vom autonomen Spektrum bis hin zu subkulturellen Szenen. In der Musikszene, in der Kunstszene gibt es Leute, die ein Interesse daran haben, über ihre eigenen speziellen Magazine hinaus gemeinsam so was zu machen, und da versuchen wir, mit der BEUTE das zu bündeln.

Jost: Es gibt hier Überschneidungen, aber trotzdem laufen die Diskussionen ja dann doch eher getrennt voneinander. Sie wieder zusammenzuführen, ist das Hauptanliegen.

In eurer Einstiegsbroschüre setzt ihr euch ab von sogenannten theoretischen, feuilletonistischen und politischen Vierteljahresschriften der Neuen Linken, die, nach euren eigenen Worten, sich auf konservative Moralvorstellungen kaprizieren und der bürgerlichen bzw. Zivilgesellschaft das Wort reden. Nun ist die Frage: 1. Es ist nicht ganz klar, welche Vierteljahresschriften ihr meint, und 2. was unter diesem hier anklingenden Alleinvertretungsanspruch im Zusammenhang mit dieser versuchten Synthese aus Zeitschriftenprojekt und aktiver Politik zu verstehen ist? Entweder eine Marktlücke zu suchen, die Marktchance zu ergreifen, oder ist es tatsächlich Euer eigenes Selbstverständnis, sich so stark gegenüber allem anderen, was an 'restintellektuellen Zeitschriften' vorhanden ist, abzugrenzen?

Jost: Die Abgrenzung ist so stark nicht. Es geht aber schon darum, daß die meisten Zeitschriftenprojekte, die noch aus dem Kontext der Neuen Linken stammen, sich in den 80er Jahren mit dem rot-grünen Projekt verbunden haben. Inzwischen gibt es wieder die Möglichkeit, Leute zusammenzubringen, die diesen Politikansatz nicht teilen. Sie distanzieren sich von solchen Formen der Politik wie Parteiaufbau, von der Fixierung auf die Parlamente und die Regierungsbildung. Und sie lassen sich nicht als die Anständigen kassieren und in einen nationalistischen Konsens pressen. Ein wichtiges Anliegen unserer Zeitschrift ist es, daran anknüpfend eine radikale Gesellschaftskritik zu ermöglichen, die die Dignität des staatlichen Gewaltmonopols ebenso infrage stellt wie die Beschönigung der herrschenden Machtverhältnisse durch Begriffe wie Zivilgesellschaft, Lebenswelt und dergleichen.

In einem Beitrag Eurer Einstiegsbroschüre bezieht Ihr Euch auf „die revolutionäre Linke": Wer ist das?

Sabine: Was? Ja gut, es geht um eine künstlerische Linke in historischer Anknüpfung an bestimmte Traditionen wie die Situationisten und andere Avantgarde-Gruppen. Wir haben vorhin ja schon gesagt, daß es uns nicht nur um das autonome Spektrum und die im herkömmlichen Sinn politisch Aktiven geht, sondern auch um Kultur. Wir wollen nicht, wie etwa die KOMMUNE, den Kulturteil hinten dran hängen, sondern so verfahren, daß auch bestimmte Aspekte der Alltagspraxis hervorgehoben werden. Sei es jetzt in der Rezeption von Musik, in der es um mehr geht als um bloße Musikkritik, eben darum, daß gegen bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse angegangen wird. Wir hatten uns nicht vorgestellt, daß vorne der Politikteil und hinten der Kulturteil kommt. Insofern ist auch die Anknüpfung an diese Traditionen nicht unbedeutend.

Jost: Es ist der Bezug auf die Traditionen, die sich historisch doch eher diskontinuierlich geäußert haben. Ohne sozusagen einen revolutionären Popanz aufzubauen, gibt es natürlich gegenwärtig wieder die Möglichkeit, über Formen von Politik nachzudenken, die nicht einfach nur darin bestehen, daß man Mehrheiten hinter sich bringen will.

Sabine: In den Zeitschriften, die sich in den 80'ern eher auf Rot-Grün ausgerichtet oder zumindest am Rande dessen existiert haben, spielte eine ganz wichtige Rolle die Debatte um Politikfähigkeit. Ich habe in der letzten *links* [Dez/Jan-Nr.] diese immer noch geführte Debatte um offene Grenzen verfolgt, und derjenige, der da schrieb [Jens Winter], hat am Ende nochmals seine Position zusammengefaßt, indem er davon sprach, daß die Forderung nach offenen Grenzen zu einer Selbstmarginalisierung der Linken führen würde. Wir interpretieren das genau umgekehrt. In den 80'er Jahren hat nämlich dieser Prozeß, sich auf eine politikfähige, also auf eine bestimmte schon begrenzte Öffentlichkeit zu beziehen, genau diese Selbstmarginalisierung der Linken mitverschuldet. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wir selbstverständlich auch Öffentlichkeit herstellen wollen. Aber wir beziehen uns nicht nur auf dieses begrenzte Feld, auf die in ihm zugelassenen Positionen und versuchen auch nicht nur, die in diesem Feld vermeintlich linkeste Position zu unterstützen.

Das veranlaßt mich zu einer Nachfrage. Inwieweit ist damit eine Rückkehr an die Ursprünge der 68'er Revolte gemeint? Denn in den jüngsten Rekonstruktionsversuchen, gerade dann, wenn man sich die Geschichte der Kommune I ansieht, sind genau diese Prinzipien der ästhetischen Subversion und Verbindung öffentlichkeitswirksamer Texte und Formen wieder hervorgehoben worden. Inwiefern spielt dann eine gegen die Überlieferung der 68'er gekehrte Wiederanknüpfung an die ästhetischen Avantgarden für das Politikverständnis eine Rolle, die sich nicht darin erschöpft zu sagen, man läßt auch Künstler schreiben? Wie soll diese Aneignung der Ursprünge der 68'er Revolte fortgeführt werden, ohne daß es nur heißt, es kommen hier, nicht in einem abgegrenzten feuilletonistischen Apparat, sondern im Zentrum der Zeitschrift BEUTE, Künstler und ästhetische Konzepte von Revolte zur Geltung?

Sabine: Das kann man nur im Einzelfall beschreiben. Ein Konzept gibt es da erstmal nicht. Es geht nicht darum, jetzt an die Traditionen in dem Sinne anzuknüpfen, daß man wiederholt, was unter gegenwärtigen Bedingungen nicht wiederholbar ist. Es gibt aber auch bestimmte Formen solcher ästhetischen oder künstlerischen Praxis, die als aktualisierbar zu verstehen wären. Auf eine konzeptuelle Linie kann man das nicht bringen. Wir haben zum Beispiel im nächsten Heft einen Text von Paul S. Beatty, einem schwarzen Künstler aus L.A., der über die Gangs in L.A. schreibt und in dessen Perspektive HipHop eine bedeutende Rolle spielt. Er beschreibt, wie die Leute sich darauf beziehen — das läßt sich schwer mit der situationistischen Internationale vergleichen, aber der Einsatz ist doch ähnlich.

Jost: Zum einen gibt's bei den Situationisten die Ironie des Umgangs mit den eigenen Politikkonzepten, die wichtig ist für eine Verbindung von künstlerischen und politischen Praxisformen, zum anderen findet sich in der Geschichtsschreibung über die Avantgarde das Wort von der „Aufhebung der Kunst in die Lebenspraxis". Das wäre genau die Art von Vereinnahmung, die wir nicht anstreben, sondern die Lebenspraxis müßte überhaupt erst einmal in den Blick rücken für das, was man an Politik machen kann. In diesem Zusammenhang können dann ästhetische und künstlerische Fragen eine subversive Rolle spielen.

Der Begriff Avantgarde ist bereits gefallen, und in der Einführungsbroschüre bezieht Ihr Euch explizit auf kritische Intellektuelle, KünstlerInnen und politische AktivistInnen. Ihr formuliert damit einen Anspruch, das auf unterschiedlichen Terrains Stattfindende zusammenzuführen, was impliziert, daß eine Gruppe existiert, die durch eine Zeitschrift wie die BEUTE wieder einen gewissen Einfluß gewinnen kann. Wollt ihr Leute erreichen, die bislang nicht Teil der jeweiligen Szenen waren, oder dient die Beute mehr den 'enttäuschten' Szeneangehörigen als ein 'familiäres' Kommunikationsvehikel? Anders gesagt, mutet dieses Konzept ziemlich elitär an!

Jost: Huh...(Lachen) Es ist insofern nicht elitär, als Leute schon anfangen, sich darauf zu beziehen, ohne daß Formen wiederholt werden wie Betroffenheitsschreiberei und anderes. Der Vorwurf des Elitismus ist immer dann recht einfach, wenn man versucht, mit seinen eigenen Mitteln das massenmediale Definitionsmonopol zu brechen. Dann wird man ganz schnell in diese Ecke gestellt. Aber ganz klar ist, daß es uns nicht um eine Selbstbezüglichkeit geht. Es geht nicht darum, sich etwa auf eine Szene zu beziehen und sie so zu belassen, wie sie ist, sondern Ziel ist es, Entwicklungen, die sich in den verschiedenen Szenen zeigen, so zu verknüpfen, daß die Grenzen überschritten werden, die sie sich wechselseitig setzen. Es war sicher ein Problem in den 80er Jahren, daß die Linke sich sehr eng in ihren Presseorganen immer nur auf das bezogen hat, was die jeweilige eigene Szene interessierte. Das ist für uns kein Ansatz.

Sabine: Bezogen darauf haben wir ja auch Veranstaltungen gemacht mit Leuten, die eher mit Musik zu tun haben. Sicher gab es die Auseinandersetzung darum, ob Leute, die in den 80ern z.T. auch durchaus elitär sich damit beschäftigt haben, eine Subkultur selbst zu setzen, im Laufe der letzten Jahre Kontakt zu Leuten aufgebaut haben, die politisch tätig waren oder die eher politische Zeitschriften machten. Diese Auseinandersetzung gab es auch innerhalb des DISKUS.

Ihr formuliert den Anspruch, ein Publikum z.B. durch diesen Bezug auf Subkultur zu erreichen, daß den traditionellen Organen der Ex-, Alt- oder sonstwie Neuen Linken bislang kritisch, skeptisch oder in Unkenntnis gegenüberstand. Wenn, was wir aus eigener Erfahrung kennen, ein Printmedium von Leuten gemacht wird, die letztlich in der Universität politisch sozialisiert wurden, reproduziert man dann nicht mit ihm auf 150 Seiten, egal in welch' aufgelockerter Form die nun daherkommen mögen, bereits aufgrund der Wahl des Mediums den kritischen Intellektuellen der 70er und 80er Jahre?

Sabine: Es gibt ja mehr Leute, die Texte lesen, als Leute, die an der Uni sitzen. Aber klar ist, daß wir jetzt vermutlich nicht von irgendwelchen Kids gelesen werden. Darüber hinaus gibt es eine Auseinandersetzung von Szenen, die in den 80er Jahren sehr getrennt waren und die sich jetzt aufeinander zubewegen, der wir ein Forum bieten. Es gibt die Auseinandersetzung mit den Autonomen auf der einen Seite, es gibt selbstverständlich auch Verbindungen zu Intellektuellen aus dem universitären Bereich, und es gibt die Verbindung zu eher Subkultur-SchreiberInnen. Gerade wenn es auch um Kunst oder kulturellen Fragen geht, dann gibt es jetzt in der Kunstszene Leute, die sich da mitreinhängen.

Was darf sich der oder die potentielle LeserIn darunter vorstellen, die BEUTE sei „einigermaßen lesbar", etwa so wie der DISKUS?!

Sabine: Das, was da steht, lesbar eben. Wir haben kein Interesse an akademischen Texten. Wir haben sehr wohl Interesse an theoretischen Texten. Aber es gibt bestimmte Schreibweisen, die gar nicht nötig sind, um Theorie zu betreiben.

Jost: Lesbarkeit macht sich ja auch daran fest, daß die Dinge angesprochen sind und über die Dinge reflektiert wird, die die Leute interessieren, für die sie beim Lesen Interesse entwickeln.

Eure Ankündigung, die dezidiert darauf abzielt, innerhalb der Linken — was immer die noch sein mag — gerade zu einem Zeitpunkt, an dem es heißt, die Linke existiere nicht einmal mehr als Rest-Linke, sich zu profilieren, kündigt sozusagen den kritischen Gesamtdenker an, der die Abdriftungen und ideologischen Wendungen der Rest-Linken kritisiert und damit eigene Kontur gewinnt. Wie sieht das aus?

Sabine: Es geht nicht nur um eine Kritik der Rest-Linken. Wir wollen, auch wenn wir eine Dreimonatszeitschrift sind, bestimmte Informationen zugänglich machen, die sonst nicht zugänglich sind. Zugleich sollen Themen gesetzt werden, um nicht nur defensiv zu reagieren, sondern bestimmte Themen wieder in den Vordergrund zu stellen, durch

die Bearbeitung, durch bestimmte Arten, darüber zu schreiben usw. Das hat aber nichts mit ideellem Gesamtdenkertum zu tun. Dieser Alleinvertretungsanspruch ist, glaube ich, wirklich ein Mißverständnis.

Jost: Allerdings nehmen die ideologischen Wendungen, von denen du sprichst, absurde Züge an. Das beste Beispiel hierfür ist diese neue Art des Anti-Antifaschismus einiger Ex-Linker. In einer Situation, in der Nazischläger Flüchtlingen und MigrantInnen nach dem Leben trachten, fällt ihnen nichts Besseres ein, als auf die autonomen Antifa-Gruppen einzuschlagen, die versuchen, den Aktionsradius der Nazis einzuengen. Sie greifen eine defensive Politik der radikalen Linken und autonomen Gruppen an, dramatisieren Dogmatisierungstendenzen hier, aber bagatellisieren die rechte politische Offensive. Manche meinen sogar, daß ein bißchen Nationalismus nichts schaden kann. Dagegen brauchen wir uns nicht zu profilieren. Wenn wir das kritisieren, können wir keine eigene Kontur gewinnen, obwohl die Kritik wahrscheinlich notwendig bleibt. Es ist uns wichtiger, uns da einzumischen, wo noch eine Auseinandersetzung um linke und linksradikale Politik stattfindet.

Wenn ich dies ernst nehme, dann müßte gefragt werden, auf welchem Politikverständnis der Anspruch, Themen zu besetzen, zu entdecken und meinetwegen verschüttete Zusammenhänge zu — wie es immer heißt — desartikulieren und damit neue Zugänge zu ermöglichen, ruht? Und da scheint mir, daß Gesellschaft sehr stark von diskursiven Formationen her gedacht wird und damit eine Wirkungsmöglichkeit dann auch gerade dort vermutet wird, wo gar nicht mehr die unmittelbaren materiellen Verhältnisse der Gesellschaft kritisiert werden müssen. Stimmt diese Einschätzung?

Jost: Oh Gott... nein, es ist natürlich so, daß wir jetzt nicht für die ganze Redaktion sprechen können, hier werden verschiedene theoretische Ansätze vertreten. Aber es ist doch auch so, daß Entwicklungen im Bereich der Diskursanalyse auch Möglichkeiten geschaffen haben, das Ideologische anders zu fassen, darauf würde ich es wirklich beschränken. Es geht in der Zeitschrift darüber hinaus gerade darum, das, was Du mit materiellen Verhältnissen angesprochen hast, zu thematisieren, ohne daß man in ökonomistischen Reduktionismus verfällt. Ohne daß man also, was all' die Theorien ja letztlich kennzeichnet, die in den 70er Jahren von der Linken entwickelt wurden, sich damit begnügt, soziale Verhältnisse über Zahlen und über Berechenbarkeit herzustellen. Das ist ein herrschender Modus. Wir verstehen soziale Verhältnisse eher in der Perspektive, daß die Subjekte — und deshalb spielt das Ideologische eine wichtige Rolle, weil es in gewisser Weise von den Subjekten direkt gelebt wird — soziale Verhältnisse als den Aktionsraum ansehen, in dem sie bestimmt werden und sich selbst bestimmen. Das muß in den Blick kommen gegenüber Herleitungen, Ableitungen von politischen und ideologischen Verhältnissen aus dem Ökonomischen, und der Begriff von Materie ist vor allem nicht eng zu binden an das, was man gemeinhin Kapitalverhältnis nennt.

Sabine: Der Begriff der Materie ist auch nicht an das Biologische zu binden. Ich kann diesen Bezug auf Ideologietheorie und Diskurstheorie aus feministischer Perspektive vielleicht nochmal stärken, weil dort diese Ebene des Ideologischen besonders wichtig wird, die Ebene der Subjektkonstitution. Viele feministische Ansätze schreiben die herrschenden Geschlechterverhältnisse fest und reproduzieren ihre Evidenzen — wie etwa Theorien über das sogenannte weibliche Arbeitsvermögen oder moralphilosophische Beschwörungen der anderen weiblichen Moral — gerade weil sie diese Ebene des Ideologischen ausblenden und dabei gängige Weiblichkeitsbilder affirmieren, die konstitutiv dafür sind, wie Frauen Weiblichkeit leben. Uns geht es darum, einen Rückfall in Essentialismen zu vermeiden, ohne uns auf der anderen Seite an den derzeit gängigen akademischen Feminismus à la Judith Butler anzuhängen — der Frauenunterdrükkung noch auf die Ebene des Diskursiven, der Sprache reduziert und die materiellen Gewaltverhältnisse, die Frage der Arbeitsteilung etc. aus dem Blick verliert.

Das würde dann im wesentlichen in der Kritik europäischer Subjektivität bedeuten, einen Standpunkt des Außen einzunehmen...

Sabine: Nein, darum geht es nicht. Es geht

Spendenaufruf
Aufklärung der Ereignisse in Bad Kleinen

„Jeder lügt sich seine Wahrheit." So faßt der *Spiegel* im Oktober dieses Jahres den Verlauf der Ermittlungen im Fall Bad Kleinen zusammen. Die Aktion zur Festnahme der beiden mutmaßlichen RAF-Mitglieder Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld muß inzwischen als einer der größten Geheimdienst- und Polizeiskandale in der Geschichte dieses Landes gelten.

Allein die bis jetzt bekannten „Pannen" bei der Spurensicherung sind mit individueller Schludrigkeit nicht mehr erklärbar. Spuren sind bewußt beseitigt, vorliegende Beweisstücke vernachlässigt worden. Schon im Vorfeld wurden Zeugen unglaubwürdig gemacht. Die offiziellen Erklärungen wechselten ständig. Gutachten wurden gesteuert und taktisch häppchenweise veröffentlicht.

Alles weist darauf hin, daß am Ende nichts mehr übrigbleiben wird als der behauptete Selbstmord von Wolfgang Grams und eine Mordanklage gegen Birgit Hogefeld. Auch die kritischere Presse scheint vor den staatlichen Verschleierungs- und Vertuschungsmanövern inzwischen kapituliert zu haben.

Das würde bedeuten, daß die Hintergründe und Motive des Vorfalls endgültig unaufgedeckt bleiben. Schwerwiegend ist dies deshalb, weil der Fall Bad Kleinen deutlich gemacht hat, in welchem Umfang hierzulande Sicherheitsapparate ohne jede wirksame politische und öffentliche Kontrolle agieren können, und wie diese Verselbständigung eines „Staates im Staate" auch noch politisch gedeckt wird. Es geht längst nicht mehr allein um den polizeilichen und justiziellen Umgang mit der RAF, sondern um die Grundprinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überhaupt.

Deshalb versuchen wir, die Aufklärungsarbeit weiter zu unterstützen. Nachdem alle politischen und öffentlichen Kontrollen unwirksam geblieben sind, geht das nur noch auf dem Wege einer Unterstützung einer Nebenklage der Eltern von Wolfgang Grams und der Verteidigung von Birgit Hogefeld. In diesem Verfahren kann eine Aufklärung der Ereignisse weiter verfolgt werden.

Die dabei entstehenden Kosten sind beträchtlich. So ist es z.B. vorrangig notwendig, mehrere unabhängige Gutachten erstellen zu lassen. Die vorliegenden Zeugenaussagen allein füllen bereits 18 Aktenordner. Auch die Arbeit der Verteidigung ist angesichts der Haftbedingungen von Birgit Hogefeld sehr viel aufwendiger als üblich. Wir bitten daher darum, die dringend notwendige Aufklärung durch Spenden zu unterstützen.

Die „Bunte Hilfe" Frankfurt ist bereit, das Sammeln und Verwalten der Gelder zu übernehmen, wie sie das im Laufe ihrer jetzt zwölfjährigen Tätigkeit schon in vielen Fällen getan hat. Da ihre vorhandenen Mittel zweckgebunden sind, werden neue Spenden unbedingt benötigt. Selbstverständlich werden alle Spenderinnen und Spender über den Verlauf der Verfahren und die Verwendung der Mittel informiert werden.

Spendenkonto:
Sonderkonto Volker Luley,
„Bad Kleinen"
Postgiro Frankfurt (BLZ 500 100 60),
Konto-Nr.: 160 72-603

um die analytische Perspektive darauf, wie bestimmte Subjekte unter bestimmten Unterwerfungsverhältnissen leben und sich mit ihnen identifizieren. Gegebenenfalls und gleichzeitig geht es natürlich auch darum, bestimmte politische Positionen zu schaffen, die dagegen stehen. Gerade nicht ideologiekritisch in dem Sinn, daß man darüber steht und selbst darin keine Position einnimmt, sondern man hat darin eine Position, um die man auch kämpft. Das hat ganz entscheidend damit zu tun, daß es nicht stimmt, daß der Intellektuelle nicht auf Popkonzerte geht.

Diederichsen tut das, das ist klar... Umgekehrt stellt sich aber die Frage, ob der HipHoper die BEUTE liest?

Sabine: Wer ist der HipHoper?

Wer ist der Intellektuelle?

Sabine: Na gut, es gibt ja auch HipHoper, die Intellektuelle sind und umgekehrt. Es ist immer die Frage, inwieweit man damit tatsächlich Leute erreicht. Wir haben das festgestellt bei Veranstaltungen, die wir dazu gemacht haben. Als wir diese HipHop-Veranstaltung vor anderthalb Jahren hier in Frankfurt machten, waren Leute da, die sich sonst sowas nie anhören würden, und das war ein Nebeneffekt, den man gerne hingenommen hat. Aber was sich daraus entwickelt, können wir überhaupt nicht absehen. Wir schreiben nicht für ein festbestimmtes Publikum, das ist klar.

Da will ich einhaken. „Im Frühjahr 1994 erscheint in der Edition ID-Archiv eine neue Zeitschrift für die politische und künstlerische Opposition". Euer Anspruch ist nicht mehr primär sich auf althergebrachte ideologiekritische Modelle zu beziehen, sondern Ihr wollt intervenieren in, wie ihr das nennt, Phantasieräume, Bildfelder und ähnliche Konstellationen, in denen so etwas wie Antizipation oder gar Praxis von Befreiung schon stattfindet. Da stellt sich natürlich Frage: wie sind die Abnehmer, um das mal so despektierlich, marktökonomisch zu nennen, da gedacht. Wer liest dann diese Zeitschrift?

Jost: Ich kann nur nochmal wiederholen, daß es nicht die eine Zielgruppe gibt, sondern daß wir auf verschiedene Leute, die sich schon bewegen, abzielen. Wir wollen verschiedene Positionen produktiv in eine wechselseitige Auseinandersetzung bringen, nicht nur politische AktivistInnen theoretisch kritisieren, sondern auch eine Aufmerksamkeit für die Praxis, die die Theoriebildung kritisiert. Deshalb hat unser Projekt auch Zulauf aus einer Reihe von solchen Szenen, in denen sich was bewegt. Es gibt eine große Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, man stellt eine Vereisung, eine Versteinerung fest, und dort Bewegung reinzubringen, ist mal das erste, was so eine Zeitschrift dann aufnehmen und weitertreiben kann. Daraus resultiert wahrscheinlich auch der Vorwurf des Elitismus, weil der Bruch mit dem, was an Konventionen sich auch links schon rausentwickelt hat, ganz klar und deutlich gemacht wird. So ist für mich nach wie vor unbestreitbar, daß man mit Formen von Ideologiekritik Dinge in Bewegung setzen kann. Da läßt sich nicht marktökonomisch auf Zielgruppen schielen. Und Zeitung muß, wenn man sie macht, für einen selber Spaß machen, ohne daß man nur auf sein eigenes Ego schaut.

„Die BEUTE — Politik und Verbrechen vierteljährlich." Wessen Beute, welche Politik und welches Verbrechen?

Sabine: (Lachen) Dazu machen wir keine Aussagen...

Böse Zungen behaupten, der Titel künde von den Sprachspielen der Postmoderne, weil er entschieden auslegungsfähig ist?

Sabine: Ich wüßte nicht, was ist die postmoderne Interpretation davon?

Es gibt Beutejäger und es gibt Erbeutete oder Erbeutetes, und wer nun was ist, ist dann nicht mehr auf Anhieb zu entscheiden. Sozialistische Zeitung im Untertitel nennt ihr euch ja nicht.

Sabine: (Lachen) Tja, das ist wahr...

Jost: Daß wir uns nicht sozialistische Zeitung nennen, ist ein Ansatz, der etwas damit zu tun hat, daß wir dieses Programms, eine zukünftige Gesellschaft schon in der Tasche zu haben, überdrüssig sind.

Daß sich jeder zum Titel denken kann, was er möchte, widerspricht doch der Beliebigkeitskritik, die ihr selbst artikulieren wollt?

Sabine: Darum geht es nicht, vielmehr gibt es kein Konzept, das hinter dem Titel steht, im Sinne einer Programmatik.

Aber dann hättet Ihr Euch ja auch 'das Fahrrad' nennen können...

Sabine: Zeitschriftennamen funktionieren nicht darüber, daß man sich etwas einfallen läßt, was dann alle nachvollziehen, sondern daß sie besetzt werden, mit der Zeit, also mit der Praxis, die darin stattfindet...

Eine weitere Frage ist natürlich auch, wie das Projekt perspektiviert ist. Es wird ein Jahr laufen, soweit wir gehört haben, mit einer Auflage von 5000. Wie sieht dann die weitere Erwartung aus?

Jost: Ja, bisher gibt es nur eine Vorfinanzierung durch die Edition ID-Archiv. Wir sind ganz entscheidend davon abhängig, daß es Abonnements gibt. Im Moment sieht es so aus, daß die Resonanz auf unser Konzept zwar positiv ist, aber die Bereitschaft zu abonnieren ist noch gering. Mit dem jetzt erschienen ersten Heft hoffen wir darauf, auch Leute zu erreichen, die sich überlegen, unser Projekt kontinuierlich mit einem Abo zu unterstützen. Es wird dann auch Veranstaltungen geben, auf denen Heftkritik ansteht. Aber es stimmt, wir planen erstmal nicht über ein Jahr hinaus, weil man sich nicht hinstellen und ein Projekt ankündigen kann, das dann in die Hose geht. Es ist ein Versuch...

Ihr habt erwähnt, bestimmte Szenen zusammenführen zu wollen. Gibt es aber nicht die Tendenz im LeserInnenverhalten, die so einem Gesamtkonzept eher zuwiderläuft? Die autonome Szene hat ihre eigenen Printmedien, die bestimmte Sachen besser machen können als eine Zeitschrift, in der jemand V.i.S.d.P. zeichnen muß. Ihr bezieht Euch desgleichen thematisch auf die internationalen Gewaltverhältnisse, es existieren bereits Zeitschriften, die sich auf dieses Gebiet spezialisiert haben. Ist das nicht ein Hinweis darauf, daß die Zeiten der sogenannten 'gesamtdenkerischen Zeitschriftenprojekte' dämmern, aber eher im Sinne von Abenddämmerung?

Sabine: Nein, wir gehen ganz im Gegenteil davon aus, daß genau so eine Zeitschrift nicht existiert. Im Prinzip bis auf KONKRET gibt es keine Zeitschrift, die in der Tendenz vom Konzept her...

Und die links...

Sabine: Na ja gut, die *links* ist aber durch ihre organisatorische Tradition vor allem auf ein bestimmtes Spektrum fixiert. Ich habe zwar im letzten Jahr auch mitgekriegt, daß sich das geändert hat, inhaltlich, aber es ist natürlich was anderes, wenn Du ein Projekt von vornherein so ansetzt und aus anderen Zusammenhängen heraus agierst, also gar nicht diese Tradition im Rücken hast, die Dich dann auch gegebenenfalls behindert...

Jost: Du hast diese Erscheinung der Dislozierung von verschiedenen Printmedien, aber auf der anderen Seite hast Du auch neue Zeitschriften, die in den letzten zwei Jahren erst entstanden sind und die genau solche Bündelungen wieder vornehmen. Ein Projekt in diesem Zusammenhang ist auch unser Zeitschriftenprojekt; geboren aus dem Bedürfnis, selber solche Verbindungen herstellen zu wollen. Wir sehen, daß es im Moment die Möglichkeit gibt, ein solches Printmedium überhaupt wieder aufzubauen. Natürlich wäre uns eine Monatszeitschrift lieber als eine Vierteljahreszeitschrift und eine Wochenzeitung lieber als eine Monatszeitschrift, aber da stößt man im Moment an, ja, die materiellen Grenzen, an die Grenzen der finanziellen Ressourcen. ●

Es gibt kaum ein besseres Exempel für die Medialisierung von Politik und die Grenzverwischung zwischen Fiktion und Realität als die Affäre um den Film Beruf Neonazi. Vom Spiegel angekurbelt, dem es ganz durchsichtig und schlicht um Einschaltquoten für sein TV ging, treibt die Auseinandersetzung inzwischen Szenen und Szenchen um- und auseinander. Die Gegnerschaften sind erbittert wie zu Zeiten des Golfkriegs, der ja ebenfalls als politkommerziell gezielte Reality-Show über uns kam. Es hagelt Unterstellungen, tiefste Psychologie wird bemüht, Überläufertum und Verrat geortet, kurz: es läßt sich endlich mal wieder eindeutig zwischen Gut und Böse unterscheiden, die eigene Klarheit und Wahrheit proklamieren, also Identitätshunger stillen. Ob der Film dazu provoziert, weil er möglicherweise genau dieses simple Schema durchbricht, sei hier dahingestellt. Uns interessiert, daß es bei den Auseinandersetzungen um etwas ganz anderes geht: um den Ersatz von Realität durch Fiktion, um eine Politik des Imaginären. Wer sich daran stört, daß Menschen die Aufführung eines Films verhindern wollen, den sie weder gesehen haben noch sehen wollen, verkennt eben diese Dimension. Verwirrend dabei ist, daß sich das Imaginäre quasi verdoppelt. Ein an sich eher schlichter und wenig spektakulärer Film wird zur Verkörperung gesellschaftlicher Realität, zum isolierten Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung, die die wirklichen, höchst widersprüchlichen und nicht eben einfach zu durchschauenden gesellschaftlichen Zustände nicht mehr wahrzunehmen braucht, auf die er sich bezieht. Zugleich symbolisiert er selbst diese Fiktion noch einmal: Man weiß, was er aussagt, man kennt ihn, er erhält eine Bedeutung, die vom Inhalt seiner Bilder völlig losgelöst ist. Kein Wunder also, daß es filmkritische Debatten kaum gibt. Darum geht es nicht. Nun wird in politischen Auseinandersetzungen immer mit Symbolen gearbeitet. Sie geben Orientierungshilfe und stiften Gruppenidentitäten. Problematisch wird das, wenn die Unterscheidbarkeit von Symbol und Realität verlorengeht. KritikerInnen beklagen, der Film zeige den Täter, nicht die Opfer. Als würde sich an deren Lage irgendetwas ändern, wenn sie als Filmsujet einem zwischen 35 Kanälen herumzappelnden Glotzengucker auf der Flucht vor einem Werbeblock mal schnell auf den Schirm gerieten. Sie beklagen, daß die kommerzialisierte Medienindustrie keine Volkshochschule ist. Daß es ungewiß geworden ist, ob die Lindenstraßenbewohner nicht vielleicht doch wirklich neben uns wohnen (denn wer wohnt denn „wirklich" neben uns?), mag irgendwie witzig erscheinen. Weniger witzig ist, wenn in den Köpfen die mediale Fiktion zur alleinigen Wirklichkeit wird. Das ist, machen wir uns das klar, im Zeitalter der Totalverkabelung immer mehr der Fall. Es bedeutet das Ende dessen, was einmal Politik hieß. Wenn Bilder Realität sind, geht es darum, diese nicht mehr nur zu interpretieren, sondern zu verändern. Sie werden verehrt oder eben gestürmt, je nachdem. Materialistische Kritik, Vernunft, Aufklärung, Zweifel, Erfahrung — Worte aus einer vergangenen Zeit. Nur eines bleibt gewiß: Die zynische Rechnung des Spiegel und dessen gekonntes Spielen mit der Medien-Realität ist aufgegangen. Am Liften seiner TV-Einschaltquoten haben wir alle fleißig mitgearbeitet!

***links*-Redaktion**

Politik des Imaginären — imaginäre Politik

EIKE HENNIG

»Beruf Neonazi« — Ewald Althans

oder: Wie sympathisch darf ein Neonazi sein?

„Bestraft man den Boten für seine Nachricht?" Unter diesem Titel ist der Film »Beruf Neonazi« von Winfried Bonengel am 17.1.1994 in Kassel vorgeführt worden — ein löblicher Beitrag zur Urteilsbildung, initiiert von einer Forschungsgruppe der Universität in Zusammenarbeit mit dem Filmladen. Gezeigt wird der Film, angeboten wird eine Diskussion (über Gott und die Welt und den Neonazismus). Ein großes Publikum — darunter etwa 10 sog. Faschos — kommt, sieht und redet. Es gibt keine Demonstration vor dem Kinosaal; eher murrt eine unbekannte Vielzahl darüber, daß sie keinen Platz und Einlaß mehr erhält. Kassel ist eben ein Ort, wo Autonome nicht zu autonom und Faschos weniger sind, ferner haben die Alt-Kommunisten ihr Agitprop noch nicht verlernt. Ergo: In Kassel läßt sich die Welt studieren! Alles ist da, aber klein und überschaubar!

Der Film »Von Beruf Neonazi« ist mit 370 Tsd. DM gefördert worden. Nach einer Medienschelte wird der Film zur Sache von Staatsanwälten. Ein Bundesland klagt sogar seine Fördermittel zurück, obwohl die Wissenschaftsministerin mit Zensur nichts zu tun haben will. Bonengels Film zeigt Neonazis von der Agitationsfront wie Ernst Zündel und Ewald Althans — Neonazis, deren Gewalt im Wort, nicht aber in der Faust liegt. Bonengel zeigt sie so, daß der Zentralrat der Juden darin „Nazipropaganda" sieht. FR und 'Spiegel' schreiben von einer „Verhöhnung der Opfer" und einer „schmeichelnden Kamera". 'Konkret' redet vom „Jungstar Althans", der — als „orthodoxer Nationalsozialist" (O-Ton Althans) — seine Palette vom „netten Jungen von nebenan" bis zum „eiskalten Heydrich-Verschnitt" entfaltet. Ein Münchner 'revolutionäres kommando filmriß' wettert gegen die „machart", Althans könne „aus der tabu- und gewaltecke" herauskommen und präsentiere sich „gesellschaftsfähig". Klaus Theweleit meint dagegen, Bonengel mache seine Arbeit relativ gut, indem er nahe bei seinem Gegenstand sei. Damit aber verletze Bonengel das Tabu der Berührungsangst.

Wie steht es um diese Widersprüche? Wie ist der Film einzuschätzen, der eine so bemerkenswert breite und heterogene Front von Vorführungsgegnern zusammentreibt? Dabei wird im folgenden die rechtliche Seite des Vorführverbots nicht betrachtet und als eine Verschiebung der Schuldfrage vom Täter auf den Berichterstatter zurückgewiesen.

Rund 500 Teilnehmer in Kassel zeigen, daß „Verbotsfilme" und 'Spiegel'-Verrisse Publikum schaffen. Keine faschismustheoretische Veranstaltung an der Uni, keine Rassismuskritik in der Form eines Seminars bzw. eines Friedens- oder Multikulti-Fo-

rums findet gegenwärtig so viele Zuhörer, stößt auf ein so diffuses, gleichzeitig aber spürbares Diskussionsbedürfnis. Medienereignisse sind es, die nicht nur den Golf-Krieg und den Krieg im Ex-Jugoslawien, sondern auch Rostock, Mölln und Solingen ins private Wohnzimmer oder die halböffentliche WG tragen. Ohne medialen touch sind größere Öffentlichkeiten wohl nicht denkbar. Im konkreten Fall der Kasseler Vorführung ist die Öffentlichkeit zumeist 'dagegen' — d.h. es trifft sich der 'antifaschistische' Teil Kassels, von Altkommunisten bis zu modernen Autonomen —, einige wenige 'Faschos' gehen im Publikum unter und sind ruhig. Die Filmvorführung hat einen zivilgesellschaftlichen Ursprung: Man will »Von Beruf Neonazi« selbst sehen, überläßt die Urteilsbildung weder dem Staatsanwalt noch den Medien- bzw. Politvertretern von rechts bis links. Diese Intention ist jedoch nicht nur zivilgesellschaftlich. Zugleich ist sie medial vermittelt und wird durch die große Zahl der Zuschauer selbst ebenfalls zum Medienereignis. Man will eben auch denjenigen Film sehen, der so ins Gerede gekommen ist. Ohne die Beschlagnahmung und den öffentlichen Rummel wäre Bonengels Film eine der vielen Dokumentationen zum Thema, ohne Verbot hätten die Zuschauer nicht jenen progressiven Stachel, der sie trotz Kälte „massenhaft" in einen wirklich nicht anheimelnden Kinosaal treibt. Gerade der Vergleich der Zuschauerzahl mit den Minderheiten in kopflastig-seminaristischen Aufklärungsveranstaltungen unterstreicht die Bedeutung des Medienereignisses und seine mediale Vermitteltheit. Ein öffentlich anstößig-umstrittener Film ohne ständigen Hinweis: „Achtung, hier reden (Neo)Nazis!" bzw. ohne ein „ceterum censeo fascismum esse delendam" ist offensichtlich gegenüber einem Film mit historisch-faschistischen Bildeinschnitten (wie »Wahrheit macht frei«) oder gegenüber einer abstrakten kritischen Darstellung in Wort und Schrift zwar publikumswirksamer, aber zugleich eben verdächtig und schlecht oder postmodern beliebig eben: ambivalent schon vom Medium her.

Ein mediales Ereignis also führt viele Menschen zusammen. Sie schauen sich den Film an und reden dann darüber: Was zeigt der Film? Ist er sauber? Darf er überall vorgeführt werden? Was machen wir gegen solche Berufsnazis und gegen das braune Erzübel überhaupt? Das Medienereignis leitet über zum alten Potpourri „Hilfloser Antifaschismus". Spätestens bei aktionistischen Ratschlägen aus autonomer und altlinker Ecke: „Vorwärts gegen rechts!" und bei den Denkverboten: „Genug analysiert, jetzt pressiert's!" blättert in Teilen die Zivilität der Zivilgesellschaft ab und schlägt um in den Ausgrenzungsappell einer aufrechten Gemeinde. Dem allerdings widersetzt sich die Mehrheit der Teilnehmer.

Was ist mit dem Film selbst? Taugt er was? Ja und nein: Wie jeder Film ist Bonengels Dokumentation über Ewald Althans ambivalent. Wer sehen will (und kann), kann lernen; wer nicht will (oder kann), wird aber auch nicht aufgeklärt. Erkennbar aber ist, daß die Bilder emotional provozieren. That's life! Um diese zunächst allgemeine Aussage zu präzisieren, sollte der Film näher betrachtet werden. Gänzlich im Banne richtiger Vor-Urteile verbleibt die Frankfurter Stadtteilgruppe 'Courage gegen Rassismus', die den Film zwar nicht kennt, aber dennoch andere vom Nicht-Sehen-Wollen überzeugen will. Das ist die wahre Kunst des Nicht-Sehens!

Zunächst: Über den (Negativ)Helden Bela Ewald Althans erfährt der Zuschauer sachlich wenig. Althans' Laden mit dem Firmenzeichen AVÖ taucht auf, ohne daß der Geschichtspropaganda dieses Münchner 'Amtes für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit' ausführlicher nachgegangen wird. Einige Bemerkungen dazu: In Zusammenarbeit mit David Irving und Zündel plant Althans 1991 den „weltgrößten Revisionistentag", der aber verboten wird. Durchgeführt werden 1990 Veranstaltungen mit Irving und 1991 eine sog. Mahnwache am Rande des Oktoberfestes unter dem Motto „Schluß mit der Holocaust-Propaganda — Wahrheit für Deutschland". 1992 wird der Geschäftsbetrieb im AVÖ eingestellt. Althans äußert im Film vielfach, wie wichtig ihm Zündels Spruch ist: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht — Schluß mit den Geschichtslügen!"

Althans trägt seinen Kampf im Film vor allem auch in Auschwitz verbal vor. In der Gaskammer verkündet Althans die revisionistisch-technologisch drapierten Ausführungen F. Leuchters, daß nämlich die Massenvergasungen unmöglich seien. Diese laut vorgetragenen Äußerungen führen dazu, daß sich Besucher wortlos von Althans abwenden. Lediglich ein junger Amerikaner — Bonengel redet von einem jüdischen Amerikaner — hält gegen Althans, redet dagegen an. Der junge Amerikaner ist als solcher sprachlich zu erkennen, ob er ein Jude ist, sieht der Filmbetrachter nicht. Daß seine Haare zum Zopf gebunden sind, sieht der Zuschauer ebenfalls. Wendet sich hier also ein Softy, ein unmännlich auftretender Fremder gegen einen deutschen Neonazi (der einem ondit zufolge homosexuell sein soll)? Die Assoziation der Bilder ist offen. Gezeigt wird, daß ein junger Mann offensichtlich die moralische Entlastung bzw. Revision der faschistischen Massentötung nicht hinnehmen will. Die Szene prickelt vor latenter Gewalt, aber es bleibt bei der verbalen (englisch ausgetragenen) Auseinandersetzung mit dem jungen Amerikaner. Bonengel läßt Althans das und jenes so erzählen, wie und wie lange Althans dies will. Keine Frage erfolgt zur körperlichen Gewalt des Neonazismus, zur Barbarei des Faschismus und zur „Vergasungslüge" (D. Irving), selbst Hinweise Althans' etwa zum wohlwollenden Verständnis für Rostock werden nicht aufgegriffen.

Vor allem unterbleiben narrative Filmpassagen, die Brüche dokumentieren könnten: Althans, der rechte Gegen-Aufklärer, bedacht auf Gewaltfreiheit, in einem martialisch kostümierten, militant auftretenden und offen gewaltträchtigen Milieu; Althans, der Redner mit rassistischem Zynismus im Alltagsgespräch, mit hohlem Pathos in Kleinveranstaltungen. Althans spricht um Gewalt und Intoleranz herum, wie eine Katze um den heißen Brei schleicht. Bonengel gelingt keine filmische Schilderung, die Distanz einleiten könnte. Distanz aber ist Voraussetzung für Analyse. Distanz läßt sich auf die Ambivalenz der Bilder ein, kombiniert aber deren Aspekte, um der Totalität des Gezeigten näher zu kommen. Distanz herzustellen heißt nicht, durch den Gegenschuß historisch-faschistischer Filmbilder (wie in »Wahrheit macht frei«) einzubleuen, wer der Goebbels von heute sei; Distanz herzustellen heißt auch nicht, per Kommentar immer eine richtige Information der Dokumentation nachzuschieben. Derartige Distanzmuster sind schulbuchhaft (und unfilmisch), ihr Ziel ist es, die real vorhandene — z.B. von Pasolini oder Fried beschriebene — Ambivalenz faschistischer Akteure zu vernichten. Der Zuschauer wird auf Linie getrimmt, damit er nicht auf dumme Gedanken kommt. Das antifaschistische Dokument wird zum Aufklärungsfilm, der seine eindeutige Wahrheit aus der Schublade herauszieht, ohne sie filmisch zu entfalten. Ein Filmemacher aber ist kein Unter- oder Oberlehrer, der deklariert, daß Arbeit nicht frei macht, sondern vielmehr ein Zeiger und Konstrukteur, Bilder über die Sache und die Personen sind zu zeigen — Bilder, die das Bilderwissen, die mental maps, der Zuschauer bereichern, weil sie neue Seiten aufblättern und zum Schwingen bringen. Ein Dokumentationsfilm bleibt mehrdeutig, macht aber seinen Gegenstand für Emotionen und Analysen der Zuschauer zugänglich.

Bonengel jedoch ist von Althans geblendet und wird in den Bann gezogen. Althans, der Ideologieträger, wird als Mensch und zwar als ein in manchen Kontexten und Situationen charmanter, hübscher, junger Mann entdeckt. Es macht den Film irritierend, daß selbst fertige „Nazis" Menschen bleiben. In diesem Gefühlswirrwarr bleibt Bonengel stecken und stellt ob der unklaren Beziehung keine Distanz her, ferner verweigert er dem Zuschauer Einblick in die Beziehung von Regisseur und Filmdarsteller. »Beruf Neonazi« zu sehen, verlangt deshalb eine intellektuelle Distanzierung seitens der Zuschauer. An diesem Punkt setzt das Mißtrauen der Filmgegner ein. So wie sie zwanghaft die Ambivalenz abschütteln und nicht an sich heranlassen möchten, so zweifeln sie am Publikum und unterstellen diesem

Dummheit oder gar latente Faschismusanfälligkeit. Es scheint, als habe die Bundesrepublik einen Punkt erreicht, daß man nur noch diesen Film anzusehen habe, um stante pedem Faschist zu werden. Dagegen betont Theweleit, der Film sei für alle gut, ,,die vom Neonazismus als Tatsache wissen, sich aber nicht vorstellen können oder wollen, was das denn 'für Leute' sind.“ Bezüglich der Attraktivität Althans' kann der Film mittelbar aufschlußreich sein. Thomas Kunz' Plädoyer für eine ,,selektive Aufführungspraxis“ (*links*, Febr. 1994) kann hiermit verknüpft werden, wirft aber die Frage auf, wer warum wo ,,selektiert“ (ein Wort, das in diesem Bezug anstößt).

Bonengels »Beruf Neonazi« ist Dokument einer Männerkooperation, die die Aufklärung über männliche Körperlichkeit und Gewalt ausblendet und beides gleichwohl hinter dem Rücken der Akteure zeigt. Ergo: Ein Film, voller vertaner Chancen. Allerdings enthält er Bilder, die mit ihren Emotionen und Deutungen zentral zur Sache führen (können). Für kritisch-offene Zuschauer kann das ein wichtiger Impuls sein, z.B. über die Beziehung von Medien, Zivilgesellschaft, Neonazis, Gewalt und Staatsgewalt nachzudenken. Nach dem Film läuft der eigentliche Film ab. Dieser offene zweite Film ist der spannendere und handelt von der Schwierigkeit, die emotionalen Beziehungen vom 'Demokraten' im Beziehungsgeflecht gegenüber 'Faschisten' und 'Faschismus' sowie von 'monumentaler Barbarei' und 'Banalität des Bösen' zu analysieren.

Kritiker des Filmes stellen Information und Dokumentation sauber gegenüber und verleugnen sowohl die Ambivalenz des Mediums Film als auch diejenige von Bildungsprozessen. Ein ambivalentes Medium in Verbindung mit einem emotional hoch besetzten Gegenstand und mit einem merkwürdig schillernden Althans, dessen Spektrum von der hohlen Phrase, über die Kraftmeierei bis zu einem H. Bogart nachempfundenen Gang durch leere Städte reicht: so viele Unklarheiten übersteigen offensichtlich Toleranz und Demokratie-Zuversicht eines Großteils der BRD-Öffentlichkeitshersteller. Da vertraut man schon lieber der eigenen Vorzensur und mißtraut dem Demos. Mißtrauen ist nach Hoyerswerda, Mannheim und Rostock verständlich, aber all dies ereignete sich vor Bonengels Film. Auch vor dem Film gab es die Sache schon, das sei vor allem der Staatsanwaltschaft ins Stammbuch geschrieben. Neonazismus in der Bundesrepublik ist keine Schöpfung von Bonengels »Beruf Neonazi«. ●

Zusammen mit Burkhard Hofmann vom Kasseler Fimladen hat Anke Schmeling von der Arbeitsgruppe »Nationalsozialismus«-Forschung an der Gesamthochschule Kassel die Filmvorführung organisiert. Anke Schmeling danke ich für viele Anregungen und Kritiken, die in diesem Beitrag eingeflossen sind.

ERNST SZEBEDITS

Eine Zensur findet nicht statt!?

Zu Winfried Bonengels Film »Beruf Neonazi«

Zwei Versuche »Beruf Neonazi« von Winfried Bonengel in Frankfurt zu zeigen, sind gescheitert. Ende Januar sollte der Film in einem zweiten Anlauf im Rahmen einer Veranstaltung von 'Filmhaus Frankfurt' und 'Kultur im Dritten' im Kino Harmonie aufgeführt werden. Zur anschließenden Podiumsdiskussion waren PolitikerInnen des Hessischen Landtages, Wissenschaftler, Medienkritiker und eine Journalistin/Dokumentarfilmerin eingeladen. Eine Blockade selbsternannter Hüter der richtigen Gesinnung und Moral, die die 'unkritischen' Normalzuschauer vor diesem 'Propagandafilm' schützen sollte, verhinderte erneut seine Aufführung. Die überwiegende Anzahl der Blockierer hatte erklärtermaßen den Film nicht gesehen und wollte ihn auch nicht sehen!

Im Juni wurde Bonengels Film in Potsdam uraufgeführt. Im Mittelpunkt des Dokumentarfilms steht Ewald Althans, 27, ein Münchner Nazi-Demagoge, dem das Filmteam mehrere Monate mit der Kamera folgte. Gezeigt wird ein redegewandter und medienerfahrener High-Tech-Neonazi mit hervorragenden Kontakten zur international vernetzten Neonazi-Szene. Ein liberales Elternhaus, Waldorf-Erziehung und Zivildienst in Bergen-Belsen haben gleichwohl einen Neonazi produziert, der seine Propaganda-Feldzüge ungehindert von einem Münchener Büro aus organisiert.

Am 15.11., fünf Monate nachdem der Film erstmals gezeigt wurde und nach vielen weiteren Aufführungen, organisiert das Hamburger Nachrichtenmagazin 'Der Spiegel' mit einem Artikel den Widerstand gegen einen Film, der Propaganda für Neonazis mache. Eine aufgescheuchte Öffentlichkeit aus Kritikern und Politikern reagiert. Eine Kampagne hat ihren Anfang genommen und findet ihren vorläufigen Höhepunkt in einer Debatte im Hessischen Landtag vom 25.11.93. Zuvor, am 23.11., hatte die CDU-Fraktion zu einer Sichtung des Films eingeladen.

Mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet der Hessische Landtag einen Antrag, in dem mit Bedauern festgestellt wird, der mit Fördermitteln ausgestattete Film habe sein Klassenziel leider nicht erreicht. Der beabsichtigte Zweck, die kritische Darstellung des Neonazismus sei mißglückt und der Film erreiche eher eine gegenteilige Wirkung bei jugendlichen Zuschauern. „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den anderen Förderländern, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um eine Verbreitung des Films in dieser unkommentierten Form zu verhindern“. Zugleich wird betont:„Eine Zensur findet nicht statt.“

Am 10.12.93 sollte der Film mit anschließender Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Filmschau aufgeführt werden. Eine Strafanzeige des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, führte zur Beschlagnahmung des Films in Frankfurt, mit der Begründung der Staatsanwaltschaft, es werde „dem Neonazi Althans über weite Passagen (des Films) hinweg Gelegenheit gegeben (wird), unkommentiert nationalsozialistische Propagandamittel (...) vorzuführen und die systematische Ermordung jüdischer Menschen in den Gaskammern von Auschwitz zu leugnen“. Zwei Tage zuvor hatte der Verleih den Film bereits zurückgezogen.

Inzwischen wurde der Film weiterhin auf verschiedenen Festivals im In- und Ausland aufgeführt mit kontroversen und zum Teil heftigen Diskussionen im Anschluß an die jeweiligen Aufführungen. Doch das Verwirrspiel geht weiter. Während in Berlin die Staatsanwaltschaft eine gerichtliche Beschlagnahme nicht beantragt, da der Film keine Straftat darstelle und als kritisch-realistische Darstellung eingestuft werde,

wird seine Aufführung, der (inzwischen, wie von der Frankfurter Staatsanwaltschaft gefordert) mit einem erläuternden Vorspann versehen (wurde), in Dresden erst verboten und dann wieder erlaubt.

Erfreulicherweise, und dies ist der Anzeige von Ignatz Bubis zu verdanken, wird nun wieder gegen den mehrfach freigesprochenen Althans ermittelt. Gerichtsverwertbares Material, bisher von Richtern in München offenbar nicht zu finden, ist, so sollte man meinen, genügend vorhanden — ein Verdienst dieses Filmes.

Der Film steht thematisch nicht alleine, gehört vielmehr in eine Reihe von Dokumentarfilmen der letzten Jahre (Thomas Heise, „Stau — jetzt gehts los“ u.a.), die sich mit deutscher Wirklichkeit befassen. Heftig reagiert eine verschreckte Öffentlichkeit jedesmal auf solche Filme, die ungeschminkt das Bild Deutschlands zeigen. Die Rufe nach Verboten begründen sich mit dem Vorwurf der Propagandawirkung, die all diesen Filmen unterstellt wird. Die Gewißheit, die richtige Moral zu vertreten, reicht so scheint es völlig aus, sich fachkundig über Wirkungsmächtigkeit von Filmen zu äußern bzw. diese zu unterstellen.

Die völlige Überschätzung der Wirkung von Filmbildern lenkt ab von den dahinter verborgenen Problemen. Sie lenkt ab vom Versagen demokratischer politischer Strukturen. Die Verbotsforderungen sind nicht mit ästhetischen und/oder politischen Kategorien begründet und begründbar, verweisen vielmehr auf die Unsicherheit, die aus der erschreckenden Nähe zu dem Gezeigten zu resultieren scheint. Nicht der Film sondern das was er an gesellschaftlicher Realität aufdeckt, ist gefährlich und erschreckend zugleich. Denn eines macht Bonengels Film überdeutlich: Das Problem des Neonazismus und Rechtsradikalismus ist kein Problem gesellschaftlicher Ränder bzw. Randgruppen, der sozial Deklassierten. Nicht die brutalen Berufsglatzen, von denen man sich so leicht distanzieren kann, sind das Problem. Neonazismus ist, und dies zeigt Bonengel deutlich, ein Problem der gesellschaftlichen Mitte. Auch liberale soziale und politische Strukturen sind offensichtlich keine hinreichende Garantie für humane Verhältnisse. Rassismus und Rechtsradikalismus erwachsen aus und in Formen, die gesellschaftlicher Konsens sind. Und genau hier, so scheint es, liegt das Erschrecken, das zur Abwehr dieses und ähnlicher Filme führt. Die kritisierte fehlende Distanz Bonengels zu seinem Protagonisten Althans, die unkommentierte Darstellung eines 'Menschen', der sich nicht auf den ersten Blick als Ungeheuer entlarvt, macht die Bedrohung des Films aus. Es ist eine Nähe, die schwer zu ertragen ist.

Filmbilder sind per se ambivalent und verweigern Eindeutigkeit. Erläuternde Kommentare, wie sie vielfach gefordert werden, helfen hier nicht weiter. Unabhängig davon, daß dieser Film beileibe nicht „den“ Neonazismus darstellt und erklärt, informiert er über eine gesellschaftliche Realität, vor der die Augen verschließen auch heißt, sie zu dulden. Auch wenn der Film kein Meisterwerk ist, bleibt, daß nur die Kenntnis des Neonazismus in all seinen Erscheinungsformen hilft, auf diesen reagieren zu können. Politiker, die glauben, mit der entschiedenen Haltung des moralisch Eindeutigen sich von diesem 'Propagandafilm' distanzieren zu müssen, gar Handlungsanweisungen bereithalten, wie dieser Film hätte gemacht werden müssen, verbergen dahinter nur, daß in realer politischer Praxis das Problem des Rechtsradikalismus verharmlost wird. Wer behauptet, Neonazis freuten sich über diesen Film, verkennt wie Medien in ihrer Gesamtheit funktionieren. (Ist es ein Zufall, wenn das Nachrichtenmagazin 'Spiegel' die Diskussion um den Film anheizt und wir dann erfahren, daß 'Spiegel-TV' den Film im Fernsehen zeigen wird — in einer gekürzten und einer ungekürzten Fassung! Und eine Fernsehausstrahlung ist sicher völlig anders zu bewerten als eine Filmvorführung.) Die panische Reaktion auf diesen Film hingegen erfreut gewiß jeden Rechten in diesem Lande. Applaudiert hat die Rechte auch einer politischen Entscheidung, die rechtsradikale, rassistische Brand- und Mordanschläge gleichsam 'legitimiert', indem sie das grundgesetzlich verankerte Recht auf Asyl so verändert hat, daß es für Asylsuchende kaum noch möglich ist dieses Land zu betreten. Da finden sich sowohl die Zündels und Althans' als auch die Berufsglatzen bestätigt.

Die insbesondere von den hessischen Landtagspolitikern unterstellte mögliche Propagandawirkung dieses Films ist so arrogant wie grotesk. Sie dokumentiert einzig die intellektuelle Überheblichkeit des „Volkspädagogen“ gegenüber den scheinbar unkritischen, unreifen — man beachte die Wortwahl — „Infizierten und der Infizierbaren“ (aus dem Protokoll der hessischen Landtagsdebatte vom 25.11.93). Aber noch ein ganz anderes Problem beschäftigt Politiker (und da unterscheiden sich hessische Landespolitiker nicht von Bundespolitikern). „Es gibt leider Gottes noch genug Medien im Ausland, die in unverantwortlicher Weise das Bild des Deutschen immer wieder auf den brutalen SA-Schläger reduzieren. Jetzt exportieren wir freiwillig, finanziert mit hessischen Steuergeldern, das Bild des häßlichen Deutschen ins Ausland.“ (Protokoll der Landtagsdebatte vom 25.11.93).

Ganz abgesehen davon, daß Bonengels Film nun exakt nicht den „brutalen SA-Schläger“, vielmehr den gesellschaftsfähigen Neonazi-Yuppie zeigt, wird hier deutlich, um was es letztlich zu gehen scheint: die Bilder dessen, was in diesem Lande geschieht, sollen auch weiterhin unter den Teppich gekehrt werden. Nicht die Neonazis selbst stören, folgt man dieser Argumentation, sondern die Bilder die sie uns zeigen.

Wie unterschiedlich die Rezeption dieses (eines) Films sein kann, zeigt die zentrale, umstrittenste und bekannteste Szene des Films (in Fernsehberichten 'zitiert'), auf die hier abschließend kurz eingegangen werden soll. Auch all diejenigen, die den Film nie gesehen haben und dennoch eine Aufführung verhindern, ihn gar nicht erst sehen wollen, beziehen sich in aller Regel auf Teile dieser Sequenz.

Bonengel und der Kameramann Johann Feindt folgen Althans in die Gaskammern von Auschwitz. Dort, und dies ist unzweifelhaft eine erschütternde, schockierende Szene, läßt sich Althans minutenlang darüber aus, was Nazi-Propaganda zentral bestimmt: er leugnet den Völkermord an Millionen von Juden, die Existenz von Gaskammern und Krematorien. Noch schockierender die Tatsache, daß die dort Anwesenden zu keiner Reaktion fähig sind, sieht man von einem jungen Amerikaner ab, der versucht, Althans argumentativ zu begegnen. Aber ist dieses Nicht-Reagieren nicht die zentrale und fürchterliche Aussage dieser Szene? Zeigen die verzweifelten Versuche des Amerikaners nicht die Unmöglichkeit des argumentativen Umgangs mit Neonazis?

„Eine empörende Sequenz. Die Frage ist nur, worüber man sich mehr empören soll: über Althans' obszönen Auftritt in der Gaskammer — oder über die (mehrheitlich deutsche) Besucherschar, die ihn schweigend gewähren läßt? Über die freche Selbstinszenierung des Nazis — oder über den Film, der dieses Treiben geduldig und kommentarlos dokumentiert?'' (A. Kilb, Die Zeit, 3.12.93)

Aber die Szene geht weiter und zeigt das ganze schizoide Bewußtsein dieses „orthodoxen Nationalsozialisten“. In der nächsten Einstellung versucht dieser mit heftigen Handbewegungen, offensichtlich durch das Gespräch mit dem Amerikaner in seiner Selbstsicherheit angeschlagen, Fliegen zu verscheuchen. Und der, der gerade noch den Völkermord leugnete, phantasiert nun die Gaskammern herbei: Die Fliegen stören. Man müßte sie vergasen!

Daß die hier angedeutete Interpretation bzw. Rezeption nicht die einzig mögliche ist, ergibt sich aus dem eingangs Erwähnten. Auch andere Lesarten sind möglich und zu respektieren. Diese Bilder können ohne Zweifel verletzen und bedrohen. Die Forderung, dieser Film möge nicht aufgeführt werden, da er zu mißbrauchen sei, ist verständlich. Gleichwohl werden weder Kommentare noch ergänzende Erklärungen potentiellen Mißbrauch verhindern. Und muß man nicht gerade diese Bilder, die so schwer zu ertragen sind, zur Kenntnis nehmen? ●

Ernst Szebedits ist Geschäftsführer des Filmhauses Frankfurt.

CHRISTOPH PILGRIM / ENCARNACÍON GUTIÉRREZ RODRÍGUEZ

Über die Faszination der Banalität des Bösen

Vor einigen Wochen fiel uns bei der Durchsicht der Tageszeitung eine Kontroverse unter den Bundestagsabgeordneten auf. Der Grund für die Kontroverse war der aus Landesmitteln mit DM 360 000 geförderte Film »Beruf Neonazi«. Die hessische Wissenschaftsministerin Evelies Mayer fordert nun die Gelder zurück, und eine ganze Polemik entsteht darüber, wie diese Forderung sich auf andere Filmproduktionen auswirken könnte. Damals dachten wir, dieser Film muß in seiner propagandistischen Wirkung eindeutig sein, wenn schon seine Sponsoren vor einer öffentlichen Aufführung zurückschrecken. Kurz danach forderte Ignatz Bubis im Namen des Zentralrats der Juden in Deutschland die Zurücknahme dieses Filmes.

Diese Indizien in den aktuellen deutschen Kontext gestellt reichten uns aus, um uns gegen diesen Film zu entscheiden. Denn spätestens seit „der Wiedervereinigung sind die Möglichkeiten der praktischen Um- und Durchsetzung der 'Neubewertung der deutschen Geschichte' innen- wie außenpolitisch fast grenzenlos geworden." (Fluchschriften Nr. 2, März 1993). Die Liste der Objekte dieser 'Reparatur' reicht von Bitburg 1985 über die Historikerdebatte bis zu dem Film »Beruf Neonazi. Im Rückblick auf die nach der Forderung des Zentralrats der Juden bzw. nach der Verwaltungsgerichtsentscheidung entfachte Debatte und im Anschluß an die Protestaktion vor dem Frankfurter Kino 'Harmonie' erschien uns die Publikation folgender Überlegungen wichtig:

Die Politik der Filmförderung: Wir kritisieren nicht nur, daß in dem Film wieder einmal die Täter in den Mittelpunkt gerückt werden und einem großkotzigen Nazi 83 Minuten Leinwand geboten werden. Die Förderung gerade dieses Films machte wieder deutlich, daß anderen Projekten, die die Situation der Flüchtlinge und MigrantInnen nach den rassistischen Angriffen, die den institutionalisierten Rassismus auf dem Arbeitsmarkt und in der Asylbewerbungspraxis thematisieren, keinerlei Zuschüsse zukommen. Dies wirft Licht auf ein weiteres Problem: Von MigrantInnen und/oder Flüchtlingen selbst organisierte Projekte zu ihrem Selbstverständnis und ihrer Verortung in diesem Land finden weder finanzielle Unterstützung noch Zugang zu öffentlichen Räumen.

In diesen Zusammenhang muß der Film »Beruf Neonazi« gestellt werden, bevor sich Mehrheitsdeutsche über inhaltliche und stilistische Raffinessen des Films auslassen. Die Bezeichnung „Mehrheitsdeutsche" ist nach Gotlinde Magiriba Lwanga ein Hilfsbegriff, der die nationale Norm weiß, deutsch, christlich-säkularisiert umschreibt. Der Begriff „Mehrheit" deutet nach Magiriba Lwanga auf politische Machtverhältnisse hin.

Zum Inhalt: In diesem Film taucht, was Wunder wenn ein Nazi zu Wort kommt, die Auschwitzlüge auf. Wenn nun bei der Aktion vor dem Kino 'Harmonie' Stimmen laut wurden, man müsse dieser Lüge 'wissenschaftlich' dagegenhalten, so fragen wir uns: wieso läßt sich jemand überhaupt auf diese Taktik ein? Denn daß in Auschwitz Millionen vergast wurden weiß freilich auch der Nazi Althans, und dafür bewundert er ja gerade seine Vorgänger. Die Frage ist doch eher warum es keinen breiten Widerstand gegen die Vernichtung der europäischen Juden gab. Dabei hilft vielleicht der Blick auf die gegenwärtige Situation: Warum gibt es hier noch kein breites Netz an Gruppen, die die Abschiebung von Flüchtlingen verhindern, wie etwa in Schweden? Stattdessen beschäftigt sich das linksliberale Publikum mit Positionen wie der Micha Brumliks, der meinte, die Gegner des Filmes verschlössen die Augen „vor dem wahren Alptraum" (taz, 11.12.93). Kein Monster, sondern ein blonder, blauäugiger, großgewachsener, irgendwie „sympathischer" (Äußerungen zu Althans) Durchschnittsbürger leugnet die Shoah. Die Alltäglichkeit bzw. die Banalität des „Bösen" sei der Alptraum. Es bleibt die Frage: wer schließt die Augen vor welchem Alptraum? Denn das Argument Micha Brumliks wird angesichts des rassistischen Alltags, mit dem sich MigrantInnen und Flüchtlinge konfrontiert sehen, zum Absurdum. Wir können diesem „Alptraum" gar nicht entkommen, wir sind stets mit der unaufgearbeiteten Vergangenheit dieses Landes konfrontiert. Ist es vielleicht ein „Alptraum", aus dem Mund eines „Berufsnazis" die Metapher von „Deutschland, dem vollen Boot" zu hören?

Also mal ehrlich: Wenn der CSU-Politiker Stoiber von „Durchrassung dieser Gesellschaft" spricht und Schäuble, Seiters, Kohl etc. die rassistisch begründeten Morde und Angriffe mit begründeten Ängsten der deutschen Bevölkerung vor „Überfremdung" legitimieren und SPD-Politiker in Ausländeranteilen in Wohnvierteln und Schulen „die Grenzen der Toleranz überschritten" sehen (z.B. der Frankfurter Lokalpolitiker Oesterling und Hamburgs Bürgermeister Voscherau), könnte dies ein Jungnazi wie Althans besser tun? Das Augenmerk ausschließlich auf einen vorab eindeutig als Nazi etikettierten Politiker zu richten und damit dann rechts außen bzw. bei 'den Jugendlichen' das Problem zu verorten, lenkt ja gerade den Blick wieder weg von dem eigentlichen Problem, daß besonders der hier geführte Diskurs um Asylrecht und Einwanderung von rassistischen Einstellungen geprägt ist, die herkömmliche Vorstellungen von Parteiabgrenzungen völlig über den Haufen werfen.

Theweleit, der sich in einem taz-Interview über dem Film ausläßt, führt eine neue Komponente in die Diskussion ein. In einem Interview versucht er über die Beschreibung der von Brumlik mit „Alptraum" betitelten Szene die Imposanz des Jungnazis deutlich zu machen (taz-Interview vom 22.1.94): „Der junge Amerikaner zeigt nur genau die Hilflosigkeit, in der jeder von uns sich befinden würde angesichts eines großgewachsenen frechen deutschen Grinsers, der die Stirn hat, am Vernichtungsort selber die Vernichtung zu leugnen." Theweleit bemüht sich zwar, die aktive Rolle des jungen Amerikaners in die Diskussion zu bringen, überläßt diesem jedoch letztendlich die Funktion des Opfers, nämlich die der Ohnmacht: „Der junge Amerikaner zeigt nur genau die Hilflosigkeit...". Gleichzeitig bietet Theweleit eine klare Identifikation für den Zuschauer und sich selbst mit dem Opfer: „...in der jeder von uns sich befinden würde...". Die Identifizierung mit dem Opfer und nicht mit dem Täter ermöglicht wiederum dem Zuschauer bzw. Theweleit, ihre Untätigkeit und Feigheit zu legitimieren und gleichzeitig sich vom „großgewachsenen frechen deutschen Grinsen" zu distanzieren. Die Form von Vergangenheitsbewältigung, wie sie Theweleit an diesem Punkt betreibt, stellt nichts Neues im Verhältnis der Mehrheitsdeutschen zu ihrer Nazi-Vergangenheit

spw

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
H. Albrecht
K. Benz-Overhage
E. Bulmahn
D. Dehm
K. Fuchs
C. Hanewinckel
D. von Larcher
S. Möbbeck
K. Neumann
P. von Oertzen
H. Peter
S. Skarpelis-Sperk
und T. Westphal

Unsere Themen:

Ich bestelle ein kostenloses Probeheft!

Name

Vorname

Straße

Plz, Ort

Bitte diesen Coupon senden an:
***spw*-Verlag, Kieler Str. 13**
D-51065 Köln

dar. Birgit Rommelspacher macht in ihrem Text: „Das 'Fremde' im Dienste der Selbstvergewisserung" (Rommelspacher 1993) klar, wie sich die Identifizierung deutscher, weißer, christlich-säkularisierter Frauen mit Frauen im Nationalsozialismus daran mißt, daß diese zu Opfern bzw. Flüchtenden gemacht werden. Die Beteiligung von diesen Frauen am Nationalsozialismus wird somit abgewendet bzw. ignoriert. Das gleiche Verhältnis wird bei Theweleit konstruiert, indem er sich an die Seite des Opfers stellt und sich somit von jeglicher historischen Verantwortung und Schuld entlastet.

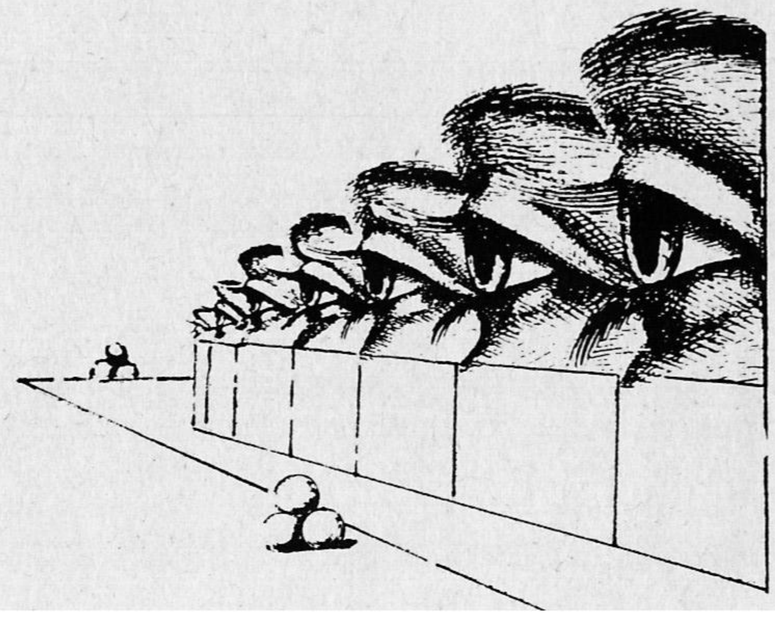
Gleichzeitig entgeht es Theweleit, daß das, was er sieht, nicht einfach abgebildete Realität ist, sondern eine inszenierte Wirklichkeit. Denn der Regisseur Bonengel konstruiert die Wirklichkeit, die er und sein Team uns zeigen möchten. Er bestimmt die Kameratechnik, das Drehbuch, die Orte und den Protagonisten — er inszeniert und rückt eine bestimmte Wirklichkeit in den Mittelpunkt. Die Ausschnitthaftigkeit von konstruierter Wirklichkeit rückt somit das Reden und Handeln von Nazis in den Mittelpunkt, während der Widerstand von AntifaschistInnen oder von MigrantInnen und Flüchtlingen ausgeblendet bleibt. MigrantInnen, Flüchtlingen und den Opfern des Nationalsozialismus als Subjekten zu begegnen, sehen diese 'kritischen' Intellektuellen noch immer nicht als Notwendigkeit. Statt ihren Blick auf den antifaschistischen Widerstand zu richten, feiern sie sich in ihrer Ohnmacht in Larmoyanz. Daß seit Mitte November 1993 fünf kurdische und türkische AntifaschistInnen ohne jegliche Beweise in Berlin in Untersuchungshaft sitzen, weil sie den Nazi Kaindl (Landesschriftführer der Deutschen Liga für Volk und Heimat) erstochen haben sollen, findet keine Achtung in diesem sich so demokratisch verstehenden Publikum. Die Härte der Ermittlungen gegen die AntifaschistInnen Mehmet, Abidin, Fatma, Erkan und Bahzetin stehen in krassem Widerspruch zum Vorgehen gegen Rechtsextremisten (*). In Berlin wurde gegen Nazis bisher fast immer wegen 'Körperverletzung mit Todesfolge' oder 'Totschlag' ermittelt, nicht jedoch wegen 'Mord'. Bei einem Brandanschlag auf einen behinderten Äthiopier in Berlin-Marzahn Anfang Dezember 1993 redete die Polizei sogar von einem „technischen Defekt". Dagegen wurde anläßlich der Ermordung des Faschisten Kaindl sofort eine 'Sonderkommission' (SOKO) der Polizei eingerichtet. Der Berliner Staatsschutz brachte bei seinen Ermittlungen sehr bald die Antifa-Initiative 'Antifasist Genclik' (Antifaschistische Jugend) in Zusammenhang mit dem Mord. Hinter diesem Vorwand verbirgt sich der Versuch, die Gegenwehr und Selbstorganisation von MigrantInnen und Flüchtlingen in diesem Land zu unterdrücken bzw. unter Kontrolle zu halten.

Der sichtbare Widerstand von MigrantInnen und Flüchtlingen paßt in den Alltagsverstand dieser Republik nicht hinein. Plötzlich werden die Opfer zu handelnden Subjekten. In diesem Zusammenhang ist auch die Empörung der linken Cineasten-Schickeria vor der 'Harmonie' angesichts einer Gruppe Frankfurter Migrantinnen und Migranten zu verstehen, die gegen die Aufführung dieses Films protestierten. Unsere Protestkundgebung wurde mit 'Zensur' gleichgesetzt und uns damit plötzlich eine Entscheidungsmacht zugesprochen, die wir nie genossen haben. Im Eifer ihres Gefechts um den Nazi Althans ist diesem Publikum ein weiteres Mal der Sonderstatus der 'Ausländer' entgangen.

Lieber analysieren diese kurzsichtigen Intellektuellen einen Film bzw. den Darsteller, da dieser sie in keine Bedrängnis bringt. Ein Nazi auf der Leinwand ist kein Nazi in der eigenen Familie, das beruhigt und läßt einen den Alltag ungestört weiterleben. Die Verhinderung des Filmes erlaubte es wieder einigen, uns darauf hinzuweisen, wo unser Zuhause sei („Geh doch nach Hause, wenn es Dir hier nicht gefällt!"). Auf unseren Hinweis hin, sie würden Leute ins Zentrum rücken, die Menschen in diesem Land anzünden und morden, wurde die Frage gestellt, ob wir denn schon angezündet worden seien. Das kann sich dieses erlesene Publikum leisten, denn sie finden ihren Rückhalt nicht nur bei den Nazis, die sich eins ins Fäustchen lachen und sich wahrscheinlich durch das große Interesse geehrt fühlen, sondern auch in breiten Kreisen der deutschen Gesellschaft. Daß dieser propagandistische Film überhaupt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wurde, gibt ein Bild der Verfaßtheit der deutschen Linken wieder. Anscheinend ist die Brutalität und Gewalt, der sich Menschen in diesem Land ausgesetzt sehen, die der Norm einer auf Segregation basierten Gesellschaft nicht entsprechen, so zur Alltäglichkeit verkommen, daß die Beschäftigung mit einem Nazi, der einen noch beeindruckt, zur Wohltat wird. ●

Trotz der Tatsache, daß einer der AutorInnen deutscher Staatsbürger ist, verfaßten wir den Artikel im Namen von MigrantInnen, um deren aktives Handeln und Sprechen hervorzuheben.

(*) UnterstützerInnengruppe Bekim für die Freilassung von Mehmet, Abidin, Fatma, Erkan und Bahzetin in Berlin: Kreuzbüro, Stichwort „Herzschläge", Großbeerestr. 89, 10963 Berlin, Spendenkonto: R. Stücker, Stichwort: „Antifa", K.-Nr. 240297679, Sparkasse Berlin, BLZ: 10050000



THOMAS SABLOWSKI

Transformismus und passive Revolution

Hypothesen zur Staatskrise in Italien

Aber macht es Sinn, noch von Krise zu reden in einem Land, in dem diese scheinbar zum Normalzustand geworden ist? Eine neue Sprachregelung hat sich durchgesetzt: Der gegenwärtige Umbruch wird allgemein als das 'Ende der ersten Republik' bezeichnet. Weniger Einigkeit besteht bereits im Hinblick auf die Ursachen der Krise und die sich abzeichnenden Entwicklungen. Für Optimisten handelt es sich um eine friedliche Revolution der Zivilgesellschaft gegen die *partitocrazia*, die zum Teil kriminelle Verschmelzung von Parteien, Staat, Wirtschaft und Medien. Ich möchte die Bedeutung von Initiativen wie etwa Nando Dalla Chiesas Zeitschrift *società civile* für den Kampf gegen *tangentopoli* nicht leugnen. Dennoch stellt sich die Frage: Warum kommen die Fälle systematischer Korruption und mafioser Verbindungen gerade jetzt zur Anklage, nachdem all dies im Prinzip seit langem bekannt war? Skandale hat es früher ebenso gegeben wie zivilgesellschaftliche Initiativen zu deren Aufdekkung. Warum kommt es gerade jetzt zur Reform der politischen Institutionen, nachdem derartige Initiativen in den 80er Jahren noch aussichtslos waren? Warum kommt jetzt die Privatisierung von Staatsbetrieben in Gang? So wichtig die 'Zivilgesellschaft' für den konkreten Ablauf dieser Prozesse ist, so wenig kann sie sie alleine erklären.

Der Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Situation liegt meines Erachtens eher in der Transformation der Kommunistischen Partei (PCI), die zwar nicht alleine durch das Ende des Realsozialismus bedingt ist, aber sich 1989 dramatisch beschleunigt hat. Gegen Erklärungen, die die Bedeutung des kommunistischen Faktors hervorheben, läßt sich einwenden, daß die PCI bereits seit längerer Zeit subaltern in das politische System integriert war. Dennoch hat bis heute nie ein wirklicher Regierungswechsel auf nationaler Ebene stattgefunden. Der oft verwendete Begriff der Sozialdemokratisierung verdeckt, daß die PCI bis in die 80er Jahre hinein eben keine normale sozialdemokratische Partei war. Innerhalb der langfristigen Transformation der PCI stellt Occhettos im November 1989 unter dem Eindruck der Ereignisse in Osteuropa gemachte Ankündigung, mit Namen und Symbol der Partei zu brechen, einen entscheidenden Einschnitt dar. Um die Bedeutung der expliziten Abkehr der PCI-Mehrheit von der kommunistischen Tradition zu ermessen, muß man begreifen, daß sich der christdemokratische Staat mit seinen vielen Besonderheiten im wesentlichen formierte, um der 'kommunistischen Gefahr' zu begegnen.

Allerdings sollte man die Entwicklung nicht auf ihre parteiförmige Dimension reduzieren. Die folgenden Ausführungen zum politisch-ökonomischen Hintergrund der gegenwärtigen Situation beanspruchen nicht, die eingangs genannten Phänomene in ihrer Gänze zu erklären, weisen aber über die in der Tagespresse vorherrschende oberflächliche Betrachtungsweise hinaus. Ich werde zunächst einige Grundzüge des sozialen Blocks Italien vorstellen, um dann die These zu vertreten, daß erst die Niederlage der Arbeiterklasse in den 80er Jahren den gegenwärtigen Umbruch ermöglicht hat, der am ehesten als eine 'passive Revolution' im Sinne Gramscis zu begreifen ist: Alles muß sich ändern, damit alles beim alten bleibt.

Die von den italienischen Unternehmern verfolgte Akkumulationsstrategie beruhte vorwiegend auf antagonistisch geprägten Arbeitsbeziehungen, niedrigen Löhnen und geringen Investitionen. Dies implizierte innerhalb der internationalen Arbeitsteilung eine Spezialisierung auf die Produktion technologisch ausgereifter oder traditioneller Konsumgüter, sowie ein Zurückbleiben der Entwicklung des Binnenmarkts hinter der Dynamik des Exportsektors. Erst die Explosion der Arbeiterkämpfe in der 2. Hälfte der 60er und 1. Hälfte der 70er Jahre führte zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und zu beachtlichen Lohnsteigerungen. Mit den sozialen Kämpfen wurde jedoch nicht nur die fordistische Konsumnorm auch für die Arbeiterklasse durchgesetzt, sondern auch ihre Grundlage unterminiert: Eine weitere Taylorisierung des Arbeitsprozesses stieß an soziale Grenzen, die Produktivitätszuwächse sanken. Der italienische Fordismus, der sich als verspätet und unvollständig entwickelt charakterisieren läßt, geriet quasi in dem Augenblick in die Krise, in dem er verwirklicht wurde.

Die privatkapitalistische Industrialisierung beschränkte sich auf die nördlichen Landesteile und konnte nie ausreichend Ar-

Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung erreichen immer neue Höhen. Parteien, die trotz aller Regierungskrisen über Jahrzehnte hinweg die Staatsmacht behauptet haben, schwinden dahin. Unternehmer wie Politiker werden reihenweise mit Ermittlungsverfahren wegen Korruption und anderer Straftaten überzogen. Eine Gruppierung, die den Nationalstaat zerschlagen will, wird zur stärksten politischen Kraft des Nordens. Der Süden antwortet, indem er die Faschisten wählt. Neue politische Formationen entstehen. Ein modifiziertes Mehrheitswahlrecht britischen Typs löst das reine Verhältniswahlrecht ab. Massen demonstrieren gegen die Mafia. Mafiosi stellen sich in Scharen als Kronzeugen zur Verfügung. Dunkle Mächte verbreiten mit Bombenanschldgen diffusen Terror.

Diese paar Andeutungen sollen genügen, um das Ausmaß der gegenwärtigen Krise in Italien zu vergegenwärtigen.

beitsplätze zur Verfügung stellen. Große Bevölkerungsgruppen mußten emigrieren oder blieben in unproduktiven Sektoren der Ökonomie gebunden. Das breite Spektrum von Klassen und Klassenfraktionen jenseits von Bourgeoisie und Proletariat blieb ein entscheidender Faktor der italienischen Politik. Die größte kommunistische Partei der Welt außerhalb des realsozialistischen Machtbereichs konnte mit einer am Denken Gramscis orientierten geschickten Bündnisstrategie ihre in der Resistenza gewonnene Stärke verteidigen.

Die Entwicklung des christdemokratischen Machtblocks mußte auf diese Bedingungen reagieren. Die Aufblähung der Staatsapparate, des öffentlichen Dienstleistungssektors und eines breiten Spektrums staatlicher Wirtschaftsunternehmen absorbierte neben dem privaten Handels- und Dienstleistungssektor eine Vielzahl von Arbeitskräften — vor allem im Süden — und verhinderte so größere soziale Unruhen. In diesen Bereichen ging es weniger um Produktion als um Verteilung von Ressourcen. Über ein System der klientelistischen Zuwendungen, der Vergabe von Posten und Aufträgen organisierten die regierenden Parteien ihre politische Unterstützung. 'Subversive' Neigungen der breiten Schichten von kleinen Selbständigen, Handwerkern und Händlern verhinderte man, indem man sie durch besondere gesetzliche Regelungen schonte und ihnen die Möglichkeit der Steuerhinterziehung einräumte. Die Parteien finanzierten sich mit Schmiergeldern der privaten Unternehmer und verschafften ihnen im Gegenzug öffentliche Aufträge. Die Liste der 'Anomalien', durch die der soziale Block integriert wurde, ließe sich noch eine Weile fortsetzen. Die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise in Italien beruhte einerseits auf dieser kostspieligen Form der politischen Herrschaft, andererseits geriet sie zunehmend in Widerspruch zu ihr.

Solange die Löhne niedrig und die Wachstumsraten hoch waren, blieb der Widerspruch von Herrschaft und Akkumulation latent. Beide Voraussetzungen entfielen jedoch im Laufe der Zeit, da der Taylorismus ausgereizt war und die Arbeiterklasse sich bedeutende Lohnsteigerungen erkämpfte. Notwendig wäre der Übergang zu einem Lohnverhältnis gewesen, das die Ausdehnung des Massenkonsums mit einer massiven Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden hätte. Dies hätte die Konzentration auf Produktionen mit höherem technologischen Gehalt und eine Einbindung der Arbeiterklasse vorausgesetzt. Gleichzeitig hätte die Klassenzusammensetzung der italienischen Gesellschaft rationalisiert, d.h. der Werttransfer zu den unproduktiven Schichten reduziert werden müssen. Paradoxerweise haben sich die Gewerkschaften und die kommunistische Partei häufig für einen derartigen reformistischen Weg kapitalistischer Entwicklung eingesetzt, während er von den herrschenden Kräften verhindert wurde. Die Christdemokratie (DC), die als einziger Garant einer bürgerlichen Ordnung angesehen wurde, hätte mit einem derartigen Programm ihre eigene Existenzgrundlage unterminiert.

Defensive Flexibilisierung

Stattdessen wurden in den 70er und 80er Jahren Strategien verfolgt, die in defensiver Weise an zentralen Aspekten des überkommenen Lohnverhältnisses festhielten. Dies gilt für die Automatisierung (etwa bei Fiat) und massive Dezentralisierung der Produktion, die eher auf die Zerstörung der Kampfkraft der Arbeiter als auf ihre Einbindung qua Aushandlung und Kompromiß abzielten.

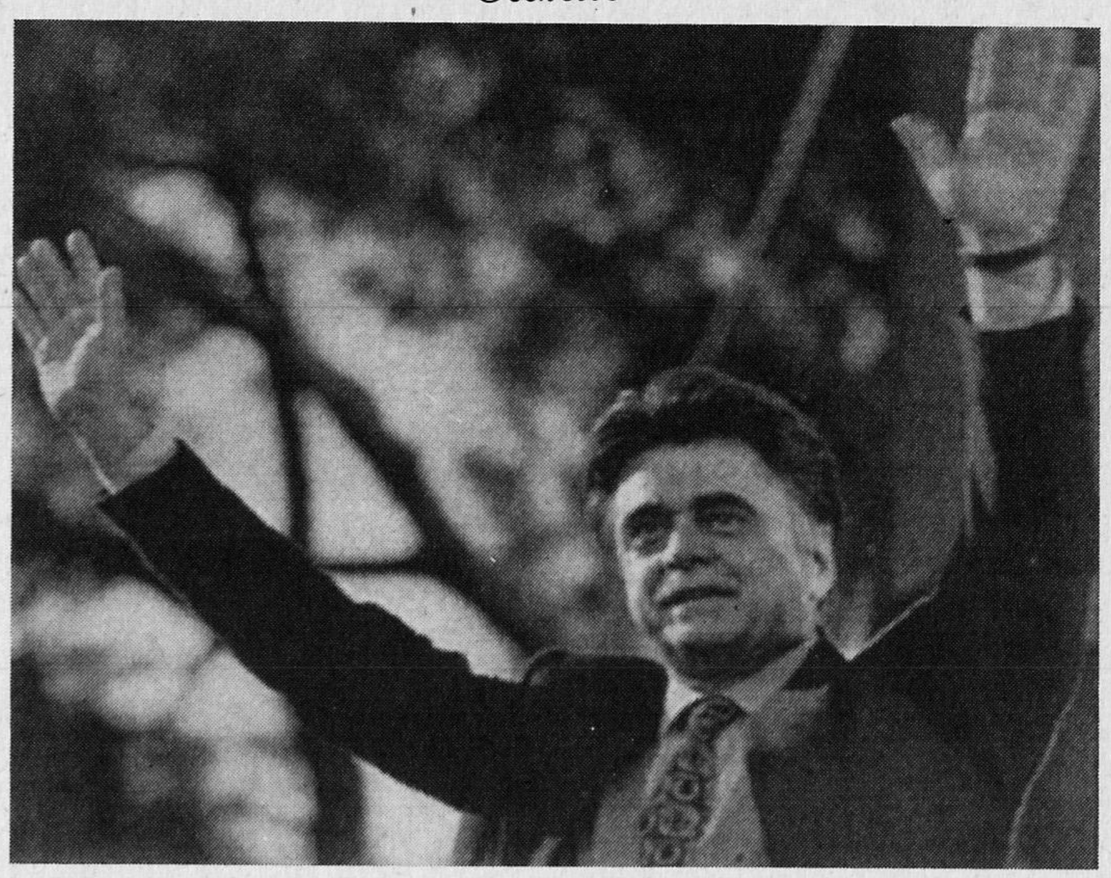
Gleichzeitig wurden Grenzen der Gewerkschaftsstrategie sichtbar: Erstens beschränkten sich die gewerkschaftlichen Erfolge primär auf die 'Rigidisierung' des Lohnverhältnisses im Kernbereich der vorwiegend männlichen, erwachsenen Arbeitsplatzbesitzer und trugen gerade damit zur Segmentierung des Arbeitsmarktes und zur Ausgrenzung von Jugendlichen und Frauen bei. Der mit der Dezentralisierung der Produktion wachsende Bereich informeller Arbeit wurde von den Gewerkschaften praktisch nicht erreicht. Zweitens waren Teile der Lohnabhängigen nicht bereit, den Gewerkschaftszentralen in ihrer Strategie des 'politischen Tauschs' zu folgen und die mögliche Durchsetzung branchen- oder betriebsspezifischer Ziele der vagen Aussicht auf gesellschaftliche Reformen unterzuordnen. Daher und wegen ihres Mangels an Demokratie bekamen die etablierten Bünde in manchen Bereichen Konkurrenz durch 'autonome Gewerkschaften' und 'Basiskomitees' (Cobas). Drittens war die konfliktorientierte und tendenziell egalisierende Politik den besserverdienenden Lohnempfängern nicht vermittelbar, wie die berühmt-berüchtigte 'Demonstration der 40000' Meister, Angestellten und Führungskräfte gegen den großen Fiatstreik 1980 in Turin erstmals zeigte. Dieser gescheiterte Streik, mit dem die vom Management geplante annähernde Halbierung der Belegschaft verhindert werden sollte, markiert den Beginn einer Kette von Niederlagen der Arbeiterklasse, die sich durch die 80er Jahre ziehen. Dazu sind die schrittweise Abschaffung der gleitenden Lohnskala (automatischer Inflationsausgleich), die Krise der Gewerkschaftseinheit und der relative Niedergang der PCI zu rechnen.

Die Wachstums- und Exporterfolge der 70er und 80er Jahre, die in erster Linie aufgrund der Niederlage der Arbeiterklasse erzielt wurden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die traditionellen Strukturprobleme des italienischen Entwicklungsmodells verfestigt haben: Die Zahl der kleinen und kleinsten Betriebe nahm wieder zu, die Spezialisierung im Bereich eher traditioneller und arbeitsintensiver Konsumgüter (modische Bekleidung, Schuhe, Lederwaren, Möbel) wurde fortgeschrieben, der Dualismus zwischen Nord und Süd verschärfte sich. Italien steht heute wieder an einem Wendepunkt: Das in den 80er Jahren gefeierte Modell der auf Netzwerken von Kleinbetrieben beruhenden flexiblen Spezialisierung ist ebenso an Grenzen gestoßen wie der etwa bei Fiat verfolgte hypertechnologische Ausweg aus der Krise. Unterdessen beginnt auch das Fiatmanagement zu begreifen, daß der Kampf um die 'totale Qualität' der Produkte vor allem eine stärkere Einbindung der Arbeiter, ein kooperativeres Verhältnis erfordert.

DER MAKLER — VON DISEGNI & CAVIGLIA

(CORRIERE DELLA SERA, 15.2.94)

Occhetto



Die permanenten Haushaltsdefizite und das Anwachsen der Staatsverschuldung, die 1990 erstmals größer als das BIP war, heizen die Inflation an und weisen auf die zentrale Bedeutung der mit dem DC-Staat verbundenen Problematik hin. Durch seine Position in der internationalen Arbeitsteilung ist Italien einer doppelten Konkurrenz ausgesetzt: von 'unten' durch die 'Schwellenländer' und von 'oben' durch die entwickelteren Industriestaaten. Die internationale Konkurrenz verschärft sich mit der europäischen Integration, die zudem nicht mehr den Rückgriff auf die expansive Geldpolitik erlaubt, mit der in den 70er Jahren das Wachstum unterstützt wurde. Die mit dem Beitritt zum Europäischen Währungssystem (EWS) verbundene monetäre Restriktion trug zwar zur lohnpolitischen Disziplinierung der Gewerkschaften bei, setzte aber umso dringlicher das Problem der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung auf die Tagesordnung.

Akkumulationshindernis DC-Staat

Nachdem der DC-Staat sich aus einer Funktionsbedingung immer mehr in ein Hindernis der Akkumulation verwandelt hatte, das mit dem Ende des Booms der 80er Jahre virulent wurde, bedurfte es nur noch des Zerfalls der PCI in eine zunehmend zahnlosere PDS und eine Minderheit von Restkommunisten, um ihn vollends hinfällig erscheinen zu lassen.

So ist seit 1989 eine Veränderung in der politischen Linie der Confindustria, des Verbands der privaten Unternehmer, zu beobachten. Drückte sich das Verhältnis der Confindustria zum Staat bisher eher in politischer Zurückhaltung und der Formel von der 'notwendigen Allianz' mit der DC und der 'harmonischen Beziehung' mit der liberalen Partei (PLI) aus, so spielt der Verband nun eine zunehmend aktivere, unmittelbar politische Rolle und geht mehr auf Distanz zur DC. Die Confindustria strebt eine steuerliche Entlastung des Aktienkapitals, ein engeres Verhältnis von Bank- und Industriekapital (ähnlich wie in der BRD), umfangreiche Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen und Staatsbetrieben, die Reduzierung der Staatsverschuldung und eine Stärkung der Exekutive im Verhältnis zum Parlament und 'äußeren' politischen Einflüssen an. Die vorrangige Beziehung zur DC wurde durch eine Öffnung gegenüber allen Parteien, die bereit sind, diese Politik zu unterstützen, und eine Ausweitung der Beziehungen zur republikanischen Partei (PRI), die seit 1990 in der Opposition ist, ersetzt. Der notwendige Übergang zur „zweiten Republik" wird seither konsequent vor allem über die Printmedien propagiert, die fast alle in der Hand der größten Kapitalgruppen sind. Der Austritt der PRI aus der Regierung ist nur ein Element in dem Spaltungsprozeß des regierenden Blocks. Im November 1990 brach der Mafiagegner und ehemalige Bürgermeister von Palermo Leoluca Orlando mit der DC und gründete bald darauf die 'Bewegung für die Demokratie — La Rete'. Im Juni 1991 erzielte der (damalige) Christdemokrat Mario Segni mit seinem Komitee für die Wahlrechtsreform den ersten großen Erfolg: Bei einer gegen DC und PSI durchgesetzten Volksabstimmung sprachen sich 95,6 % der abgegebenen Stimmen für eine Reform des Wahlrechts aus und votierten damit auch gegen die Arroganz Craxis, der die Italiener aufgefordert hatte, den Tag am Meer zu verbringen.

Einschneidende Bedeutung hatten die nationalen Wahlen im April 1992. Die DC sank erstmals unter die psychologisch wichtige 30 %-Marke. Gleichzeitig erzielte die Lega Nord ihren Durchbruch und stellte die Dominanz der DC im Norden infrage. Der rationelle Kern der mit Rassismus gegenüber SüditalienerInnen (und ImmigrantInnen) verbundenen Programmatik der Lega Nord besteht darin, daß der Ressourcentransfer von Nord nach Süd und an die Zentralregierung gestoppt werden soll. Die bisherige Funktionalität des Südens als Absatzmarkt und Arbeitskräftelieferant für die im Norden situierte kapitalistische Produktion wird dabei natürlich unterschlagen. Obgleich die Lega mit ihrem äußerst wirkungsvollen Rechtspopulismus Stimmen aus allen sozialen Schichten gewinnt, ist sie mit ihren neoliberalen Forderungen (Steuererleichterungen für Selbständige, Abschaffung der nationalen Branchentarifverträge, Wiedereinführung regionaler Lohnzonen, mehr Lohndifferenzierung, Privatisierungen, Einschränkung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen) vor allem organischer Exponent der kleinen und mittleren Unternehmen des Nordens, deren Bedeutung in den 80er Jahren gewachsen ist, die aber krisenanfälliger als das hegemoniale Großkapital sind.

Der über die Wahlen offensichtlich gewordene Legitimationsschwund der Regierungsparteien trug mit dazu bei, daß die Ermittlungslawine zu *tangentopoli* ins Rollen kam. Die Ermittlungen hatten zwar schon vor den Wahlen begonnen, doch nun brach offenbar der Widerstand in der Justiz selbst zusammen, der bisher stets verhindert hatte, daß Skandale derartige juristische Dimensionen bekamen. Der Niedergang der Regierungsparteien beschleunigte sich mit jeder Wahl in den Jahren 1992/93.

Der Umbruch vollzieht sich seitdem teils mit der und teils gegen die Regierung. Im September 1992 ergriff die Regierung Amato (nicht zuletzt unter direktem Druck deutscher Banken und der Bundesregierung) eine Reihe von Austeritätsmaßnahmen: Einfrierung der öffentlichen Gehälter, Steigerung der Einkommensteuer, Angriff auf die Pensionen, neue Abgaben im Gesundheitswesen. Von besonderer Bedeutung war die Einführung einer neuen Mindeststeuer für Selbständige, die sich gegen die verbreitete Steuerhinterziehung richtet und von den Gewerkschaften ebenso unterstützt wurde wie von der Confindustria. Der Industriellenverband bezog hier Position gegen die Handwerks- und Handelsverbände und stellte sich damit gegen die traditionell verbündete Kleinbourgeoisie.

Auch in der Frage der Privatisierung von Staatsbetrieben, die 1987 immerhin 31 % aller Lohnempfänger beschäftigten, zeichnet sich ein grundlegender ordnungspolitischer Kurswechsel ab. Privatisierungen waren in den 80er Jahren keine Regierungspolitik, da die Regierungsparteien sich gerade im System der Staatsbeteiligungen eine wesentliche Machtbasis geschaffen hatten. Abgesehen von dem Textilkonzern Lanerossi und der Automobilgruppe Alfa Romeo betrafen die Privatisierungen nur kleine und mittlere Unternehmen und wurden nur vorgenommen, um die großen staatlichen Holdings zu sanieren. Dagegen ist die Privatisierung heute zur politischen Leitlinie geworden. Die Privatisierung der großen, überwiegend staatlichen Banken kann ein erster Schritt sein, den traditionell schwachen italienischen Kapitalmarkt zu stärken und engere Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital zu etablieren.

Die Linke schaffte es zwar, Hunderttausende gegen die Sparmaßnahmen der Regierung Amato und gegen die Politik der Gewerkschaftszentralen, die der endgültigen Abschaffung der Lohnindexierung im Juli 1992 zugestimmt hatten, auf die Straße zu bringen. In der Frage der Wahlrechtsreform konnte sie sich jedoch nicht durchsetzen. Bei den Volksabstimmungen im April 1993 sprach sich die Mehrheit für die Abschaffung des reinen Verhältniswahlrechts aus, eine Forderung, die von der DC und der PSI mittlerweile ebenso unterstützt wurde wie

von der PDS und der Lega. Die Gegner der Wahlrechtsreform (Rifondazione Comunista, La Rete und die linken Grünen) setzten sich dem Verdacht aus, einfach am Status quo festhalten zu wollen. Demgegenüber erschien die Einführung des Mehrheitswahlrechts als Garantie für Veränderungen, für die Überwindung des „Immobilismus" der jahrzehntelangen DC-Herrschaft. In den kommenden nationalen Wahlen werden nun 75 % der Sitze an die Kandidaten vergeben, die in ihrem Wahlkreis die relative Mehrheit erhalten, die restlichen Sitze werden nach dem Verhältniswahlrecht über die Listen der Parteien verteilt.

Was steht zur Wahl?

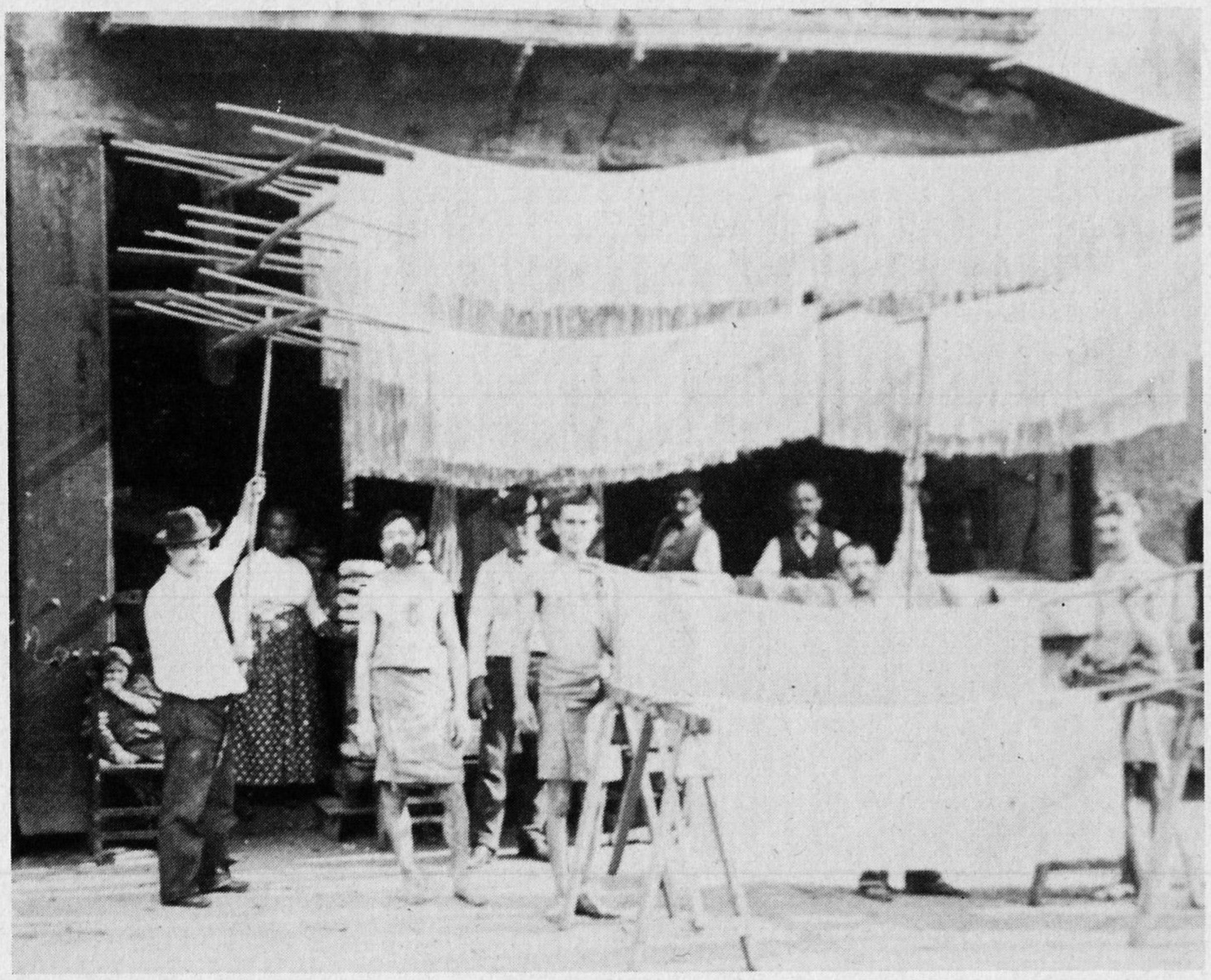
Aber was wird am 27. und 28. März zur Wahl stehen? Die Einführung des modifizierten Mehrheitswahlrechts zwingt bereits im Vorfeld von Wahlen zur Bildung von möglichst breiten Bündnissen. Die Befürworter der Wahlrechtsreform, die sich davon eine größere Transparenz der Regierungsbildung und eine Stärkung der Exekutive erhoffen, streben nach einem Zweiparteiensystem angelsächsischen Typs. Im Zusammenhang mit der dadurch vorangetriebenen Neugruppierung der Parteien konnte man atemberaubende Wendemanöver innerhalb der 'politischen Klasse' beobachten, die in Italien eine lange Tradition haben und mit dem Begriff des 'Transformismus' belegt sind. So wollte Mario Segni, der 1992 die DC verließ, zunächst im Rahmen der *Alleanza democratica* (AD) das progressive Spektrum von den Grünen bis zur PDS hegemonisieren. Dies mißlang ebenso gründlich wie sein darauffolgender Versuch, die zur Partito Popolare Italiano (PPI) gewendete Christdemokratie mit der Lega Nord zusammenzuführen, was seiner Popularität aber keinen Abbruch tut. Oder Silvio Berlusconi: Der als Bauunternehmer in Mailand mit Hilfe der Sozialisten großgewordene Medienzar unterstützte im Kommunalwahlkampf des Herbsts '93 die Neofaschisten, um nun mit einer eigenen Formation, *Forza Italia*, in die Politik einzutreten. Die Angst vor einer durch den Zerfall des alten 'Zentrums' möglich gewordenen 'linken' Regierung hat unter der Ägide von Berlusconi jetzt sogar die Lega Nord mit den ihr eigentlich diametral entgegengesetzten nationalistischen Neofaschisten vereint.

Überhaupt hat das Links-Rechts-Schema gegenüber allen Ambitionen, 'transversale' politische Formationen aufzubauen, erneut seine überwältigende strukturierende Kraft bewiesen. Einer breiten Rechten (Lega, Berlusconi, Neofaschisten, eine Minderheit der Ex-DC), der Meinungsumfragen hohe Prozente verheißen und die Zulauf z.B. auch von ehemaligen Grünen erhält, steht ein sehr heterogenes 'progressives' Lager gegenüber, das von den beiden Nachfolgeorganisationen der PCI bis zur moderaten AD reicht. Dazwischen bewegt sich das Bündnis von PPI, PRI, PLI und Segnis Patto per Italia, das gute Aussichten hat, das Zünglein an der Waage zu spielen.

Aber selbst im besten Fall, wenn das 'progressive' Lager die absolute Mehrheit erreichen sollte, wird damit zwar die Christdemokratie abgelöst, aber noch längst keine stabile Regierung geschaffen, geschweige denn eine, die das Etikett 'links' verdient. Die konservativeren Gruppierungen des progressiven Pols wie AD haben im Vorfeld der Wahlen bereits allen weitergehenden programmatischen Überlegungen, die insbesondere von Rifondazione Comunista vorgebracht wurden, die Spitze genommen. So wird es mit diesen 'Progressiven' weder Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich noch eine Besteuerung von Vermögen oder Einkommen aus staatlichen Wertpapieren geben. Die stärkste Kraft des progressiven Pols, die PDS, hat deutlich gemacht, daß Haushaltsdisziplin und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Italiens auch für sie unumstößliche Grundsätze sind und daß sie explizit keine 'linke Regierung', sondern eine „Regierung der moralischen, zivilen und ökonomischen Rekonstruktion" anstrebt. Anders als bei den Kommunalwahlen des letzten Jahres erscheinen diese Rituale der Mäßigung heute jedoch nicht sehr wirkungsvoll, zumindest bröckelt das progressive Lager zur Zeit sehr stark ab.

Einem Teil der 'politischen Klasse' ist es weitgehend gelungen, den verbreiteten Unmut der Bevölkerung gegen die *partitocrazia* in passiven Konsens für ein restauratives Projekt institutioneller Reformen umzusetzen. Es ist jedoch längst nicht ausgemacht, daß dies zu den gewünschten Ergebnissen führt, bzw. ausreicht, die italienische Krise zu überwinden.

Aus der Perspektive des Kapitals ist der vorwiegende über den Staat vermittelte Ressourcentransfer an die breiten unproduktiven Schichten so nicht mehr haltbar. Etwas stilisiert sind zwei Wege denkbar: Entweder das Bündnis mit der Kleinbourgeoisie des Nordens wird auf Kosten des Südens und der Arbeiterklasse gewahrt. In diese Richtung weist das Projekt der Lega. Die Abservierung der Craxi-Andreotti-Forlani-Bande, bzw. der sogenannten 'Südfraktion des Regierungslagers deutet dabei ebenso wie der Erfolg der Lega und die darauf reagierende Wahl des Brescianers Mino Martinazzoli zum Chef der DC/PPI auf eine globale Kräfteverschiebung zuungunsten des Südens. Oder ein regionaler Ausgleich und eine gewisse Einbindung der Arbeiterklasse wird auf Kosten der Kleinbourgeoisie hergestellt. Beispielhaft dafür ist die oben erwähnte Einführung der Mindeststeuer für Selbständige. Dies könnte die Grundlage für ein Bündnis der progressiven Kapitalfraktion mit den progressiven Parteien sein. Beide Wege korrespondieren mit unterschiedlichen Formen der Arbeitsbeziehungen: Flexibilisierung der Arbeitsverträge und niedrige Löhne im ersten Fall, auszuhandelnde Einbindung der Arbeiter im zweiten Fall. Während der erste Weg auf die Verschärfung überkommener Probleme der italienischen Gesellschaft hinausläuft, könnte der zweite eine begrenzte reformistische Perspektive bieten. In jedem Fall stehen große soziale Spannungen bevor, da die bisherige Existenzgrundlage bestimmter sozialer Schichten angegriffen wird. ●



Italienische Makkaronifabrik

Thomas Sablowski ist Doktorand an der Universität Frankfurt a.M.

SERDAR ÇELIK

Deutsch-türkische Beziehungen

Dieses Thema ist anhand der Achse BRD-Türkei-Kurdistan zu untersuchen, denn die deutsch-türkischen Beziehungen stehen im engen Zusammenhang mit der Kurdistan-Frage. Gerade der erfolgreiche nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes macht den Charakter der deutsch-türkischen Beziehungen deutlich.

Die deutschen Investitionen in der Türkei umfassen die Sektoren Industrie, Rüstung, Tourismus und Handel. Bereits 1949 tätigte die BRD Investitionen im Umfang von einer Million DM in der Türkei. In den 60er Jahren wurden die Wirtschaftsbeziehungen durch die Anwerbung billiger türkischer und kurdischer Arbeitskräfte im Dienste der deutschen Wirtschaft weiter vorangetrieben. Zwischen 1954 und 1984 nahmen die indirekten Investitionen deutscher Firmen stark zu. Die instabile politische Lage in der Türkei in den 70er Jahren bremste diese Aktivitäten nur für kurze Zeit. Mit dem Militärputsch 1980 wurden die ArbeiterInnenrechte und die demokratischen gesellschaftlichen Rechte beseitigt und die 'Stabilität' wieder hergestellt. 1986 betrug der Investitionsumfang des deutschen Kapitals in der Türkei 44,3 Millionen DM.

1992 waren 325 west- und ostdeutsche Firmen in der Form deutsch-türkischer Gesellschaften als Investoren in der Türkei tätig, davon 26 im Bausektor, 34 im Chemiesektor, 27 im Bereich Elektroindustrie, 20 im Kraftfahrzeugbau, 24 in der Konsumgüterindustrie, 35 im Bereich Maschinenbau, 55 im Handel, 20 im Bereich Banken und Versicherungen, eine in der Erdölförderung, 22 im Bereich der Messevertretung, 15 im Transportsektor und 56 in anderen Sektoren. (Quelle: Offizieller Delegierter der deutschen Wirtschaft in der Türkei. Der Rüstungssektor ist nicht enthalten.) Einer der Bereiche, in denen die deutschen Firmen ab den achtziger Jahren am stärksten investierten, ist der Tourismussektor. 1989 betrugen die deutschen Investitionen in Hotels, Feriendörfer u.ä. 6,4 Millionen DM. Allein 1992 reisten 1,2 Millionen Deutsche in die Türkei. Jährlich lassen die deutschen TouristInnen zwei Milliarden DM Devisen in der Türkei. Diese Gelder kommen dem schmutzigen Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk zugute. Deshalb wurden im vergangenen Jahr Touristengebiete zu kurdischen Angriffszielen.

Hier zum Vergleich einige Zahlen, um die Größenordnung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und der Türkei besser einordnen zu können: Ende 1991 hatte der deutsch-griechische Außenhandel einen Umfang von 6 Milliarden 250 Millionen Dollar, der deutsch-iranische von 5 Milliarden 293 Millionen Dollar, der deutsch-türkische von über 7 Milliarden Dollar. Die Türkei ist das Land auf dem Balkan und im Mittleren Osten, in dem deutsche Firmen am meisten investieren und die BRD ist für die Türkei das Hauptexportland. Die waffenstarrende, hochverschuldete Türkei ist für die BRD ein Stützpunkt, den sie zum Vordringen auf den Kaukasus, in die Mittelasiatischen Republiken und den Mittleren Osten benutzt.

Hinter der auf Betreiben der Türkei gegründeten KEIB (Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeerländer) stecken ebenfalls die EG und die politischen Pläne des deutschen Kapitals. Ohne deren Unterstützung könnte diese Organisation in Anbetracht der miserablen Lage der türkischen Wirtschaft nicht existieren.

Militär

Ein regionaler wirtschaftlicher Zusammenschluß, hinter dem ebenfalls die BRD steckt, ist die zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan gegründete ECO (Organisation zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit), in die später auch Afghanistan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan als Mitglieder aufgenommen wurden. Schließlich ist das GAP-Projekt zu nennen, das die Türkei in ein regionales Zentrum verwandeln und auch Israel und arabische Länder miteinschließen soll. Dieses Wasserprojekt ist auf die Ausbeutung der Flüsse Kurdistans gegründet und wird dort enorme ökologische Schäden und Zerstörungen im Sozialgefüge anrichten. Auch bei diesem von den westlichen Ländern finanzierten Projekt nimmt Deutschland eine führende Rolle ein.

Die Türkei gab im Zeitraum 1985 bis 1992 genau 10 Milliarden Dollar für Rüstung aus. Diese Summe hat ihre hochverschuldete Wirtschaft in den Ruin geführt. Die BRD nimmt den zweiten Platz unter den Waffenlieferanten der Türkei ein. Im Zeitraum 1986 bis 1992 lag der Anteil der BRD an den Waffenlieferungen in die Türkei bei 24 %.

Deutschland rüstet die Türkei auf und trägt durch seine in diesem Bereich getätigten Investitionen auch zur Militarisierung der türkischen Wirtschaft bei. Im Rüstungsgeschäft werden Riesenprofite gemacht. Mit der Verschärfung des Krieges in Kurdistan nahm auch die deutsche Militärhilfe für den türkischen Staat zu. Diese floß natürlich wieder an die deutschen Rüstungskonzerne zurück, mit denen die Waffengeschäfte abgewickelt wurden.

Die für den Zeitraum 1992 bis 1995 vorgesehene, im 18-Monate-Rhythmus zu leistende Militärhilfe wurde auf 212 Millionen Dollar festgesetzt. Bisher wurde wesentlich mehr Militärhilfe geleistet, als im Rahmen der NATO-Programme unterzubringen war. Aus diesem Grund hat die BRD verschiedene Sonderhilfsprogramme durchgeführt.

Vor allem nach dem Putsch 1980 und im Zusammenhang mit dem kurdischen Krieg zeigte sich ein wesentlicher Anstieg der Waffenlieferungen der BRD. Die Haltung der Türkei während der Golfkrise und des Golfkriegs 1990/91 wurde als einer 'Belohnung' wert erachtet, woraufhin sie im Rahmen von drei Sonderrüstungsprojekten Hilfe in Höhe von 700 Millionen bis 1 Milliarde DM bekam. 1992 bekam die Türkei kostenlos große Mengen an Rüstungsbeständen der ehemaligen NVA. Im gleichen Jahr noch wurden die kurdischen Städte Sirnak und Cizre mit den NVA-Panzern von der türkischen Armee beschossen. Dabei kamen mindestens 50 Menschen ums Leben. Nachdem darüber breit in der Presse berichtet wurde, sah sich die BRD gezwungen, ein (vorübergehendes) Waffenembargo gegen die Türkei zu verhängen.

Nach einem SIPRI-Bericht (Stockholm International Peace Research Institute) wurde ein Großteil des durch das Waffenembargo gestoppten Projekts doch an die Türkei geliefert. Die deutsche Seite machte der tür-

1991, Blüm als guter Mensch aus Deutschland

kischen klar, daß sie die deutschen Waffen nicht so offen gegen die kurdische Zivilbevölkerung einsetzen solle, damit es keine Schwierigkeiten gibt. Dann kam es aber zu einem weiteren Mißgeschick. Die Zeitung Özgür Gündem veröffentlichte am 16. Oktober 1992 Fotos von der Ermordung eines kurdischen Jugendlichen, der mit einem deutschen Panzer zu Tode geschleift wurde. 1993 war im deutschen Fernsehen zu sehen, wie die kurdischen Städte Yüksekova und Lice mit deutschen Panzern beschossen wurden. Doch die deutschen Waffen werden von der Türkei nicht nur gegen das kurdische Volk eingesetzt, sie werden auch dazu benutzt, die bewaffneten Konflikte zwischen anderen Völkern in der Region aufzuheizen und zu unterstützen. Die Türkei hat mindestens 200 Kalaschnikows, die sie aus Deutschland bekommen hatte, den gegen die ArmenierInnen Krieg führenden Asserbaidschanern weitergegeben. (Hamburger Abendblatt vom 4. November 1992)

Unter den Waffen, die die türkische Armee Anfang 1992 von der BRD geschenkt bekam, befanden sich auch die Minenräumgeräte 19 KMIS und KPZT/55, die gleichzeitig auch zum Legen von Minen dienen. Die holländische Firma 'Eurometal', an der die deutsche Waffenfirma 'Dynamit Nobel' zu 33,33 % beteiligt ist, lieferte an die türkische Armee Minen, die bei der Detonation einen Meter hoch fliegen und ihr Opfer zerstückeln.

Sogar international geächtete Massenvernichtungswaffen, deren Einsatz nach der Genfer Konvention verboten ist, bekommt die Türkei über die BRD. Bei Eurometal in Nienburg wurden Ende 1992 für die Türkei Streubomben „für die noch effektivere Vernichtung weicher Ziele" (Firmenwerbung) produziert. Es wurden Spezialpaletten hergestellt, mit denen die Bomben auf Maultieren in die Berge in Kurdistan transportiert werden können. Die Verträge sehen vor, daß die Streubomben ab 1993/94 unter Lizens bei der türkischen Rüstungsfirma MKEK in der Türkei weiterproduziert werden. (Özgür Gündern v. 29. Nov. 92)

Mit dem Konzern Eurocopter wurde 1993 ein Vertrag über die Lieferung von 20 Hubschraubern des Typs Cougar MK2 — eine deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion — geschlossen. Diese Hubschrauber, die gegen das kurdische Volk eingesetzt werden sollen, kosten 250 Millionen Dollar und sollen bis 1996 vollständig geliefert sein, die ersten sind bereits unterwegs.

In allen Bereichen des Waffenhandels mit der Türkei sind die deutschen Rüstungskonzerne führend. Die Firma Abehing & Rasmussen übernahm ein Produktionsprojekt von Minenräumgeräten und Kriegsschiffen. Die Werft Friedrich Lürssen schloß am 25. März 1991 einen Vertrag über den Bau von zwei Kriegsschiffen auf der Werft Taskizak in der Türkei. Diese Boote werden 1994 und 1995 fertiggestellt. Das Projekt beläuft sich auf 229,2 Millionen DM. Ein bereits geplantes Folgeprojekt umfaßt drei Kriegsschiffe im Wert von 400 Millionen DM, von denen eins in der BRD und zwei in Taskizak gebaut werden sollen.

Die genannten Schiffe sind mit MTU (Motoren und Turbinen Union) Motoren und Telekommunikationssystemen von Rohde & Schwarz ausgerüstet. Die MTU stattet auch alle an die Türkei gelieferten Leopard-Panzer mit Dieselmotoren aus. 1990 gründete der Konzern eine Tochtergesellschaft, die unter dem Namen „MTU Motor ve Türbin Sanayi ve Ticaret Limited Sirketi" (Motoren und Turbinen Industrie und Handels AG) in Istanbul Wartung und Reparaturservice durchführt. Außerdem gründete sie in Arifiye in der Provinz Adapazari ein Lizenzunternehmen, das Motoren produziert. Der Krupp Konzern unterhält seit 1984 ebenfalls in Arifiye eine Panzerfabrik, die monatlich 30 Panzer reparieren kann und Panzerplatten herstellt. Diese Fabrik arbeitet auch unter Lizenz der deutschen Firmen Zeiss und GLS. Des weiteren führt die MTU in Gemeinschaftsproduktion mit Rheinmetall ein Modernisierungsprojekt von 155 mm M-44 Haubitzen in der Türkei durch.

Der Daimler Benz Konzern betreibt in der Nähe der Stadt Nigde unter dem Namen Otomarsan eine Militärtransporter-Fabrik. Siemens stattet die türkische Armee und Polizei mit Telekommunikation und Elektroniksystemen (Funkgeräte, Video, EDV) aus. Die Peine Salzgitter AG läßt unter dem Namen HEMA Holding in der Türkei Radarsysteme und Pumpen in Lizenz produzieren. Der Panzermodernisierungs- und Flugzeugwartungsbetrieb in Kayseri ist ein Lizenzunternehmen des deutschen Konzerns MBB. Die MAN unterhält in der Türkei eine Tochtergesellschaft gleichen Namens, an der die Mutterfirma mit 33,3, % beteiligt ist und auch Lizenzen von Krauss-Maffai besitzt. Die MKEK stellt seit Jahren G-3, MG-3, MP-5 u.a. automatische und halbautomatische Waffen in Lizenz von Heckler & Koch her. Mit diesen Waffen werden die türkischen Landstreitkräfte und die 40 000 'Dorfschützen' in Kurdistan ausgerüstet.

Polizei und Geheimdienst

Neben der Militärhilfe leistet die BRD auch Polizeihilfe an die Türkei. Im Zeitraum 1988 bis 1990 gab sie dafür 3 Millionen DM aus, im Folgezeitraum 1991 bis 1993 wurde dieser Fonds verdoppelt. Nach dem Militärputsch 1980 wurde das EDV-System und die Überwachungstechnik der türkischen Sicherheitsbehörde von deutschen Firmen ausgebaut.

Die BRD bildet auch die türkischen Konterguerillateams aus, die für den Tod von tausenden Menschen aus der kurdischen Zivilbevölkerung verantwortlich sind. Es wurde aufgedeckt, daß diese 1985 gegründeten Spezialteams das ganze Jahr 1986 hindurch in St. Augustin bei Bonn von der GSG-9 ausgebildet und auch mit Material ausgestattet wurden (lt. einer Erklärung des GSG-9-Hauptmanns Weygold in der Zeitung Tercüman vom 1. Februar 1987).

Der türkische Geheimdienst MIT hat seit seiner Gründung enge Beziehungen zu den deutschen Geheimdiensten. Die in der Öffentlichkeit unter dem Namen Gladio bekannt gewordene Organisation 'Supernato', die in allen NATO-Mitgliedsstaaten und auch einigen Nichtmitgliedsstaaten unter verschiedenen Namen organisiert ist, heißt in der Türkei Spezialkriegsbehörde. Sie führt den schmutzigen Krieg in Kurdistan. Ihr ist auch die Konterguerilla unterstellt, die sich hauptsächlich aus Militanten der faschistischen MHP rekrutiert, die in den 70er Jahren hunderte Intellektuelle, Gewerkschafter, Schriftsteller und Professoren ermordet haben. In der BRD ist die Zentrale

der MHP in Frankfurt unter dem Namen 'Demokratik Ülkücü Federasyon' (Demokratische Nationalistische Föderation) organisiert und in viele Moscheen involviert. In den 70er Jahren war ihr Koordinator in der BRD der CIA-Agent Ruzi Nazar (Ugur Mumcu, ,,Papa, Mafya, Agca — der Papst, die Mafia und Agca", S.143). Die Organisation unterhielt auch ganz offen Beziehungen zum deutschen Geheimdienst, die über einen Deutschen namens Dr. Kannabin liefen (ders. S.143). Viele ihrer Militanten wurden in den Konterguerilla-Ausbildungscamps des CIA in Schongau und in Bad Tölz ausgebildet. Es ist auch kein Geheimnis, daß die MHP in den Drogenhandel verstrickt ist (Jürgen Roth, ,,Die Verbrecher Holding").

Deutsche Politiker, die keine Probleme haben, die KurdInnen anzugreifen, müssen sich fragen lassen, was sie gegen diesen türkischen Staatsterror auf ihrem Boden unternehmen.

Kommissionen des deutschen und des türkischen Geheimdienstes führten bis zum Ende der 70er Jahre dreimonatige gemeinsame Treffen jeweils in München und in Ankara durch. Bei diesen Treffen soll es anfangs mehr um militärische, ökonomische, politische und soziologische Geheimdienstanalysen gegangen und später die kurdische Frage zunehmend in den Vordergrund gerückt sein. Die große kurdische Bevölkerung in der BRD (um die 500 000 KurdInnen leben hier) machen Deutschland natürlich zu einem für türkische Geheimdienstaktivitäten bevorzugten Land.

In der Sendung 'Panorama', die am 3. April 1990 im ARD ausgestrahlt wurde, ging es um Geheimdienstaktivitäten des MIT in Deutschland. 'Panorama' meldete, daß türkische Agenten, die Konsulatsangehörige sind oder Diplomatenpässe besitzen, auf deutschem Boden erpressen, foltern, bedrohen und entführen. Als die deutschen Behörden unter Druck gerieten, verlangten sie die Ausreise von nur vier dieser Agenten, obwohl bekannt war, daß Dutzende genau die gleichen schmutzigen Dinge getan haben. Die ganze Angelegenheit wurde wie jedes Mal wieder unter den Teppich gekehrt. Der MIT betreibt über die türkischen Botschaften und Konsulate noch weitere dubiose Aktivitäten. Er erstellt Berichte, die voller Falschinformationen sind und die deutschen Behörden zu Angriffen auf in der BRD lebende KurdInnen drängen.

Die politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten

Die deutsch-türkische Geheimdienstzusammenarbeit hat oft Unschuldigen das Leben gekostet. Namen von Menschen, die in der BRD in kurdischen Kulturvereinen aktiv sind oder sich an gegen die Türkei gerichteten politischen Aktivitäten beteiligen, deren Namen in Protokollen von Durchsuchungen und anderen Dokumenten vorkommen, gelangen in die Hände türkischer Behörden. Wenn diese Menschen nach Kurdistan fahren, werden sie festgenommen, gefoltert oder sogar ermordet. Der Abgeordnete der Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen Ronald Appel, stellte an den Landesinnenminister die Frage, ob die Namen der KurdInnen, die bei Demonstrationen in Essen, Düsseldorf und Münster festgenommen worden waren, an türkische Stellen weitergegeben wurden (Özgür Gündem vom 30. November 1993). Seine Frage blieb jedoch unbeantwortet. Einen ähnlichen Fall gab es im November 1993 in Frankreich, allerdings wurde da der französische Kommissar, der die Namen von 85 KurdInnen an die türkische Polizei weitergegeben hatte, aus dem Dienst entfernt und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. (Hürriyet vom 8. Januar 1994, Le Soir)

Die BRD betrieb schon immer Türkeilobbypolitik in Europa. Bis 1990 machte sie das im Rahmen der NATO-Politik des kalten Krieges. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Widervereinigung verstärkten sich die deutsch-türkischen Beziehungen noch mehr, weil die BRD nun die Türkei für die deutschen Expansionsbestrebungen in die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion als Sprungbrett benutzen will. Während z.B. Frankreich, Schweden, Niederlande und Dänemark die Türkei gleich nach dem Militärputsch wegen den systematischen Menschenrechtsverletzungen vor den Europäischen Gerichtshof bringen wollten, stellte sich die deutsche Regierung gegen solche Bestrebungen.

Der erste Staatspräsident der NATO, der nach dem Militärputsch einen Staatsbesuch in der Türkei machte, war Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Weizsäcker unterstützte die türkische Militärjunta ganz offen, indem er bei seinem Staatsbesuch 1987 in Ankara erklärte: ,,Ich will mit meiner Reise deutlich machen, daß wir die Entwicklungen in der Türkei schätzen und unterstützen". Doch damit nicht genug, Weizsäcker nahm auch den ,,Atatürk-Friedens-Preis" entgegen, den außer ihm noch kein Staatspräsident angenommen hatte und dessen Vergabe ein Jahr danach abgeschafft wurde, weil ihn alle, denen dieser Preis angeboten wurde, ablehnten. Solche Staatsbesuche tragen kein Körnchen zur Demokratisierung in der Türkei bei, sondern haben immer nur der Legitimation von Unterdrückung und Staatsterror und der Unterzeichnung neuer Verträge mit Rüstungskonzernen gedient.

Nachdem die Kurdistan-Frage immer mehr zum Hauptproblem des türkischen Staates geworden ist, sind auch die deutsch-türkischen Beziehungen in erster Linie davon geprägt. Bei allen politischen Gesprächen steht dieses Thema im Mittelpunkt. Beim Türkeibesuch Volker Rühes vor zwei Jahren einigten sich die beiden Staaten über die Gründung und Ausrüstung der gegen den Guerillakampf organisierten neuen türkischen Armeeeinheiten.

Mit der politischen Unterstützung der Türkei ergreift die BRD Partei im Krieg gegen das kurdische Volk.

1993 wurde für den türkischen Staat im Krieg gegen die PKK und den kurdischen Freiheitskampf zum bisher schwersten Jahr. Wenn die Staaten, die Einfluß auf die Türkei ausüben — vor allem die BRD — den von der PKK im März proklamierten Waffenstillstand genutzt hätten, hätte das Blutvergießen in Kurdistan beendet werden können. Doch das Gegenteil wurde gemacht. Nach den Geheimgesprächen zwischen der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller und Kohl bei ihrem Bonnbesuch, kam am 26. November der Beschluß zum PKK-Verbot in der BRD. Dem Verbotsbeschluß folgten Polizeiübergriffe auf kurdische Vereine und Einrichtungen, bei denen alles was sie finden konnten, bis zum letzten Buch, beschlagnahmt wurde. Daß es jetzt wieder kurdische Vereine gibt, ist sicher nicht auf die Sympathien oder Akzeptanz deutscher Politiker für die kurdische Sache zurückzuführen, sondern dem Widerstand zu verdanken, den die KurdInnen leisten.

SPD und CDU verfolgen in der Türkei- und Kurdenpolitik die gleiche Linie. Die vor allem auf Deutschland und die USA anspielende Erklärung der türkischen Ministerpräsidentin Ciller ,,Es wird mit Toleranz aufgenommen, daß die westlichen Länder der Türkei bei der Terrorismusbekämpfung nicht mit der Menschenrechtsfrage die Hände binden wollen" (Hürriyet, 15. November 1993), bringt die volle Unterstützung für die

Eine Straßenszene aus Istanbul

Eine moderne Republik: Die Türkei

Die Türkei – ein Land mit einer langen Geschichte blühender Hochkulturen – ist heute konsequent nach Westeuropa orientiert. Das Bild der modernen Republik zeigt sich in vielen Einzelheiten – in der Verfassung, demokratischen Institutionen, der Rechtssprechung, dem Bildungswesen und der Kultur.

Die 450 Abgeordneten des türkischen Parlaments werden alle fünf Jahre neu gewählt. Das Frauenwahlrecht wurde schon vor mehr als 50 Jahren eingeführt – früher als in Frankreich. Bereits 1934 kamen achtzehn weibliche Abgeordnete in die Grosse Nationalversammlung. Seit Gründung der Republik nehmen Frauen am Kabinett aktiv Teil. Auch heute sitzt eine Frau im Ministerrat.

Die Türkei ist ein laizistischer Staat. Staat und Religion sind streng getrennt. Rechtssysteme verschiedener europäischer Staaten wurden adaptiert, heute gilt modernes Recht

Die allgemeine Schulpflicht dauert fünf Jahre und wird von einer Sekundarstufe gef deren Abschluß dem Abitur vergleichbar ist.

Bühnen im ganzen Land inszenieren eu päische Stücke.

Die Türkei ist ein Teil der westlichen Welt – auch durch ihre Zugehörigkeit zu OECD, zur NATO und zum Europarat.
Die Vollmitgliedschaft der Türkei in de Europäischen Gemeinschaft ist der nächste logische Schritt – er wird zum gegenseitigen Vorteil sein.

EG Partner Türkei

Völkermordpolitik gegen die Kurden zum Ausdruck.

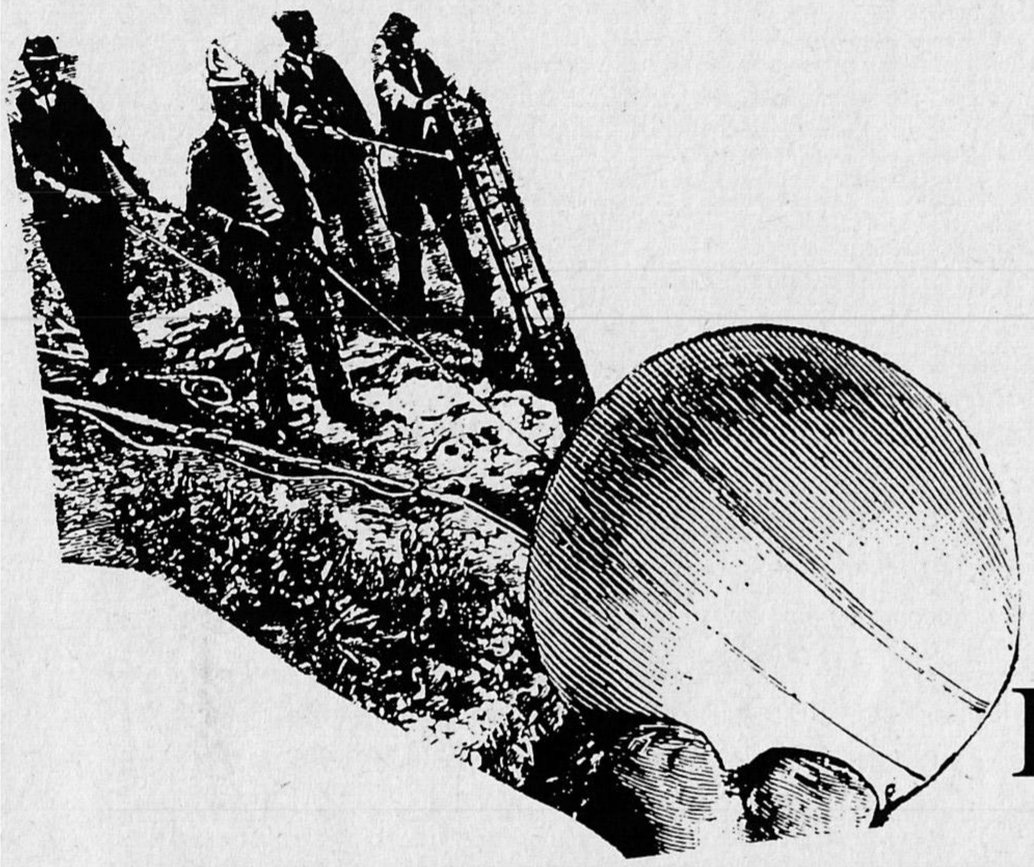
Die Staaten, die die Türkei am stärksten aufrüsten und objektiv betrachtet den Krieg unterstützen, sind in erster Linie die USA und die BRD. Sie lenken die Politik der Türkei. Ohne ihre Unterstützung könnte der türkische Staat seinen schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk nicht auf so blutige Weise weiter führen.

Der bis an die Zähne bewaffnete türkische Staat bedroht alle Nachbarländer, doch das größte Opfer und Angriffsziel der deutsch-türkischen Beziehungen ist heute das kurdische Volk und sein Freiheitskampf. Die BRD betrachtet die Kurdistanfrage als Hindernis bei ihren auf der Türkei aufgebauten Plänen und unterstützt deshalb die gewaltsame „Lösung".

In dem über zehn Jahre andauernden Krieg in Kurdistan wurden über 15 000 Menschen getötet, die meisten waren kurdische ZivilistInnen. In diesem Zeitraum wurden über 800 Dörfer in Kurdistan entvölkert und zwei Millionen KurdInnen vertrieben. In Kurdistan sind alle Investitionen eingestellt worden, das Wirtschaftsleben liegt darnieder. Es gibt keinerlei demokratische Rechte. In den letzten drei Jahren wurden über 1 000 exponierte VertreterInnen, der legalen kurdischen Opposition und Menschen, die mit dem Befreiungskampf sympathisieren, durch die Todesschwadronen des Staates ermordet. Die gesamten finanziellen Mittel der Türkei fließen in diesen Krieg. Der Krieg ruiniert die Wirtschaft in der Türkei und beseitigt jeden Rest von Demokratie. Die BRD schützt diesen Staat, unterstützt ihn bei der Kriegsführung und behauptet auch noch, sie würde eine demokratische Tradition repräsentieren. Hat denn das kurdische Volk, das Opfer dieses mit deutscher Unterstützung geführten Krieges, keine internationalen Rechte? Welches Volk kann es hinnehmen, daß sein Feind, der es auf die Vernichtung seiner Existenz abgesehen hat, so massive Unterstützung bekommt? Stehen internationale Rechte nur starken Staaten zu?

Von diesen Fragen müssen sich nicht die KurdInnen, sondern die Deutschen angesprochen fühlen — die Deutschen, die behaupten, sie hätten sich mit dem Leid ihrer blutigen Vergangenheit auseinandergesetzt und Lehren daraus gezogen. ●

Serdar Çelik ist Journalist bei Özgür Gündem in Köln. Publikationen: „Morde an Journalisten in Kurdistan" und „Jetzt ich kann laufen".



MERCEDES SIMÓ / PEDRO ROMERO

Russischer Nationalismus

Der Wahlerfolg Schirinowskis und sein politisches Programm, das er auch auf seinen ersten Auslandsreisen nach der Wahl lauthals verkündete, ließen die größten Befürchtungen aufkommen. Es hieß, daß Rußland demnächst von einem nationalfaschistischen Diktator beherrscht werden könnte. Die Medien prognostizierten eine radikale Wende in Rußland, mit der die Judenverfolgungen, der russische Expansionismus und die Bedrohung der internationalen Ordnung zurückkehren würden.

Andererseits trug die Unterzeichnung des Vertrages über den Abbau der Atomwaffen und die Abrüstung zwischen Rußland, den USA und der Ukraine zu der Vermutung bei, daß doch alles beim alten bliebe. Jelzin schien weiterhin der mächtige Mann Rußlands zu sein und Schirinowski einer seiner vielen politischen Gegner, der im Gewand eines neofaschistischen Führers, wie es sie auch in den anderen europäischen Ländern gibt, auftritt.

Diese beiden mehr als vereinfachenden Sichtweisen verbreiteten die westeuropäischen Medien nur zu einem Zweck. Sie wollten glauben machen, daß der beste Ausweg darin bestehe, daß Jelzin seinen Gegner ausschaltet und die politische Situation in Rußland so im Griff behält, daß die 'neue Weltordnung' nicht gefährdet wird. Das heißt, Jelzin gilt weiterhin als der russische 'Pate' des Westens, der wieder einmal mit dem Bösen konfrontiert ist. Nur daß dieses nun Schirinowski heißt.

Alles in allem haben wir dabei sehr viel über die Person Schirinowskis erfahren, aber sehr wenig über ihre politische Bedeutung. Das gleiche trifft auch auf die Berichte über die Wahlen zu. Von den einzelnen Wahlergebnissen war viel zu hören, daß aber gleichzeitig eine neue Verfassung angenommen wurde, mit der die alte kommunistische ihr Ende fand, wurde nur wenig kommentiert. Dabei liegt hier eine wesentliche Ursache für Schirinowskis Wahlerfolg. Die Tatsache, daß es Jelzin vorwiegend um die Durchsetzung dieser neuen Verfassung und weit weniger um den Ausgang der Parlamentswahlen ging, nutzte er gekonnt für seine eigenen Zwecke.

Jelzin konzentrierte sich deshalb fast ausschließlich auf den Kampf für die neue Verfassung, weil er sich dadurch eine demokratische Legitimation für seine präsidiale Macht versprach. Außerdem sah er darin einen weiteren Fortschritt in seinem geradezu obsessiven Kampf gegen irgendwelche kommunistischen Überreste im politischen System Rußlands. Da die neue Verfassung die Macht des Präsidenten vergrößert und die Rolle des Parlaments auf rein formale Funktionen beschränkt, erinnert sie stark an zaristische Verhältnisse. Auch damals übernahm die Duma nichts weiter als eine beratende und dekorative Funktion, während allein der Zar über wirkliche Macht verfügte. Eine für Jelzin attraktive Lösung seiner Probleme. Denn mit einem so eingeschränkten Parlament ist er nicht länger den Behinderungen der letzten Monate ausgesetzt, während derer seine politischen Bemühungen permanent vom Parlament boykottiert wurden. Schließlich ging es ihm darum, die letz-

ten Etappen seiner Reformpolitik so schnell wie möglich durchzuziehen, und dabei wäre ihm eine wirkliche parlamentarische Kontrolle nur hinderlich gewesen.

Vor diesem Hintergrund wird nun auch Schirinowskis Strategie deutlich. Er setzte sich während des ganzen Wahlkampfes für die Annahme dieser neuen Verfassung ein. Dadurch konnte er sich einerseits deutlich von kommunistischen Positionen und Forderungen abgrenzen, und andererseits bietet auch ihm die neue Konstitution glänzende Zukunftsaussichten. Sollte er die nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnen, wird er ebensowenig wie Jelzin heute ein starkes Parlament brauchen können.

Seine Unterstützung der Verfassungsreform trug sehr stark zu Schirinowskis Wahlerfolg bei. Zumal Jelzin in seiner übereilten Art — übrigens einer seiner hervorstechendsten politischen Fehler — allen Befürwortern der neuen Verfassung großzügigen Zugang zu den Medien verschaffte. Somit konnten Schirinowski und seine Gefolgsleute in den in allen Medien stattfindenden und höchst überdimensionierten Feldzug für die neue Verfassung ihren Wahlkampf ungehindert betreiben.

Daß Schirinowski eine so breite Unterstützung gewinnen konnte, hat wenig damit zu tun, daß er auch von früheren KGB-Mitgliedern, dem militärisch-industriellen Komplex und dem Irak gestützt wurde. Vielmehr bezieht er sich auf breite Teile der russischen Bevölkerung. In ganz Rußland gibt es eine große Anzahl von Menschen, die genau das hören möchten, was er von sich gibt. Der aggressive Nationalismus Schirinowskis deckt sich mit den Wünschen und Bedürfnissen eines erstaunlich großen Teils der russischen Bevölkerung.

Diese Menschen beklagen die schlechte ökonomische Situation ihres Landes, sehen sich ihrer wenigen politischen Einflußmöglichkeiten beraubt und erfahren, daß sie von den europäischen Ländern als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Sie leiden an einem gekränkten patriotischen Stolz und müssen feststellen, daß ihr Land in kleinen Stücken an den Westen verkauft wird. Es fehlt ihnen die Bestätigung dessen, was sie für patriotische Gefühle halten und sie vermissen den Respekt der früher der Sowjetunion entgegengebracht wurde — auch wenn dieser nur durch Waffenklirren zu gewinnen war. Heute ist ihnen nichts als Armut, Unsicherheit und Abhängigkeit geblieben.

Aus diesen Gründen gibt es in *allen* Teilen Rußlands, in allen Bevölkerungsschichten und Altersklassen Menschen, die sich als 'Demokraten' und 'Antikommunisten' bezeichnen und Schirinowski gewählt haben. Schirinowski ist also nicht nur ein mehr oder weniger charismatischer Demagoge, sondern er scheint auch — oberflächlich gesehen — die Personifizierung weit verbreiteter Haltungen und Einstellungen der Bevölkerung zu verkörpern. Er steht für die Wiedergewinnung des russischen Nationalstolzes und das Ende des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Chaos. Viele Russinnen und Russen sehnen sich nach einem Politiker, der mit dem ökonomischen Aufschwung Wohlstand und Unabhängigkeit bringt, der die Korruption beendet und langfristig die Demokratie gewährleistet.

Inzwischen haben die Reformpolitiker begonnen, Taktiken zur Ausschaltung Schirinowskis zu entwickeln. Schließlich stehen noch die Präsidentschaftswahlen aus, und die Zeit bis dahin gilt es zu nutzen, um den politischen Gegner zu vernichten. Ein erster Schritt in diese Richtung dürfte wohl in einer vor kurzem veröffentlichten Publikation über Schirinowski zu sehen sein. Der als Demokrat bekannte Bürgermeister von St. Petersburg beschreibt in diesem Buch anhand von Quellen des ehemaligen KGB Gorbatschows machiavellistischen Plan, eine Oppositionspartei gegen die KP ins Leben zu rufen. Mit der offiziellen Etablierung einer solchen Partei habe er den damaligen KGB-Offizier Schirinowski beauftragt. Bei der besagten Partei handelt es sich um die uns heute als PLD bekannte, die Partei Schirinowskis.

Sicherlich wird es in nächster Zeit weitere derartige Kampagnen geben, um Schirinowski zu diskreditieren oder gar politisch auszuschalten. Das aber wäre der falsche Weg. Denn an seine Stelle träten schnell andere Personen mit identischen oder zumindest ähnlichen Programmen. Das Problem liegt vielmehr in der Unzufriedenheit der Bevölkerung, die sich in nationalistischen Träumen äußern.

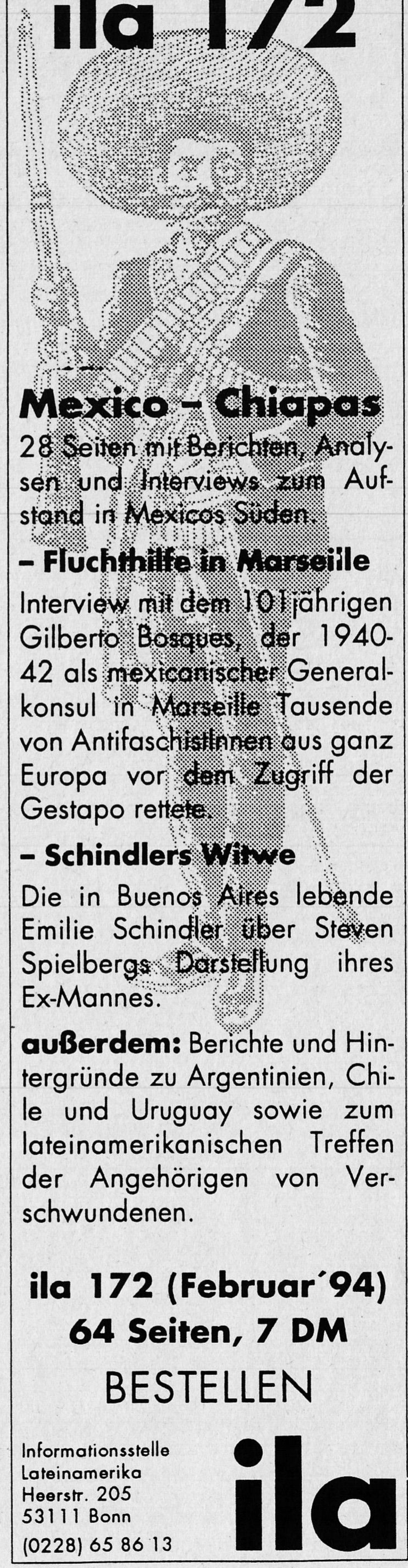
Andererseits könnten sich auch die demokratischen Reformer immer mehr auf das radikal nationalistische Terrain begeben. Erste Anzeichen dafür sind bereits erkennbar. So sucht Premierminister Tschernomirdin bereits nach Möglichkeiten, die ökonomischen Reformen zu bremsen und den russischen Einfluß auf die ehemaligen Sowjetrepubliken zu vergrößern. Auch die Weigerung, die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes in die NATO zu entlassen, spricht für solche Tendenzen.

Zweifelsohne müssen wir davon ausgehen, daß in Rußland eine nationalistische Periode begonnen hat. Diese muß nicht notwendigerweise ein Zurück zu den alten zentralistischen Strukturen oder gar zur Wiederauferstehung der KP bedeuten, aber sie könnte dazu führen, daß die russische Regierung stärkere internationale Einflußmöglichkeiten einfordert, als sie es seit dem Sturz der Berliner Mauer getan hat. An der neuesten Haltung Jelzins im Ex-Jugoslawien-Konflikt ist dies bereits deutlich geworden. Innenpolitisch könnte das einhergehen mit einer demagogischen und autoritären Politik. ●

Pedro Romero und Mercedes Simo sind am Institut für Rußlandstudien in Barcelona beschäftigt. Übertragung ins Deutsche von Eva-Maria Krampe.

Neu im Februar 94

ila 172



Mexico - Chiapas

28 Seiten mit Berichten, Analysen und Interviews zum Aufstand in Mexicos Süden.

- Fluchthilfe in Marseille

Interview mit dem 101jährigen Gilberto Bosques, der 1940-42 als mexicanischer Generalkonsul in Marseille Tausende von AntifaschistInnen aus ganz Europa vor dem Zugriff der Gestapo rettete.

- Schindlers Witwe

Die in Buenos Aires lebende Emilie Schindler über Steven Spielbergs Darstellung ihres Ex-Mannes.

außerdem: Berichte und Hintergründe zu Argentinien, Chile und Uruguay sowie zum lateinamerikanischen Treffen der Angehörigen von Verschwundenen.

ila 172 (Februar´94)
64 Seiten, 7 DM

BESTELLEN

Informationsstelle
Lateinamerika
Heerstr. 205
53111 Bonn
(0228) 65 86 13

ila

PAULINA FERNÁNDEZ

Der andere Krieg in Chiapas

Nachdem die Feuereinstellung angekündigt und während Dialog, Verhandlungen, Versöhnung, Amnestie, Friede und humanitäre Hilfe angeboten wurden, entwickelt sich tagaus und tagein in jedem Dorf im Hochland von Chiapas ein anderer Krieg: der psychologische Krieg gegen die Zivilbevölkerung.

Wenn auch zu Ausgangsstellungen im Konflikt zurückgekehrt wurde, so verweist doch jedes Geräusch eines Flugzeugs oder Helikopters auf den Staat und dessen Verantwortung für den Ausnahmezustand, in dem man in Chiapas in jeder Minute lebt. Nach Zeugenaussagen von Einwohnern verschiedener Gemeinden ist es jedoch weniger die Präsenz der Nationalgarde, die den Terror erzeugt, als vielmehr tiefffliegende Flugzeuge, die den Einwohnern wie Vorboten eines Bombardements erscheinen.

Gerüchte und Drohungen sind Teil des Arsenals in diesem anderen Krieg, der in den Gemeinden, auf Gütern und Latifundien stattfindet und sich bis in die Köpfe verlängert. Die Gerüchte beziehen sich in der Regel auf den Ort und die Zeit, zu der der Ejército Zapatista de Liberación Nacional vermeintlich zum Angriff blasen werde oder auf Überlegungen zu dessen unmittelbarer Nähe. Die Drohungen dagegen stammen, nach örtlichen Informationen, von Teilen des Ejército Zapatista und betreffen den Umstand, daß diese oder jene Gemeinde demnächst beschossen werde. Eine Variante der Gerüchte tauchte vor einigen Tagen in Altamirano auf, wo die Bevölkerung mit dem Schrei „Oh sie kommen" davonlief und sich in ihren Häusern versteckte; während eines großen Teils der Nacht vernahm man von allen Seiten her Schüsse wie in einem regelrechten Kreuzfeuer. Am folgenden Tag stellte sich heraus, daß kein einziger Zapista im Dorf gewesen war während der ganzen Nacht. Die Bevölkerung war jedoch vollständig von regulären Truppen eingekreist, wie sich belegen läßt. Die sogenannten „puestos de revisión" unterstreichen zusätzlich zur Verfassungsaufhebung die Diskriminierung, deren Ziel ethnische Gruppen sind, d.h. es ist die indigene Bevölkerung, die die Einschränkungen am meisten betreffen — persönlich und direkt. Die Präsenz der Armee in der Umgebung der wichtigsten Konfliktregionen und die Posten auf den Straßen zu den Gemeinden haben verhindert, daß deren Einwohner zu den normalen produktiven Aktivitäten, mit denen sie ihren Lebensunterhalt verdienen, zurückkehren konnten. Es scheint, daß die Behörden zu verhindern versuchen, daß Lebensmittel und Medikamente zu den Zapatisten gelangen können; und aus diesem Grund haben sie begonnen, die genannten Güter an den Kontrollposten zu konfiszieren.

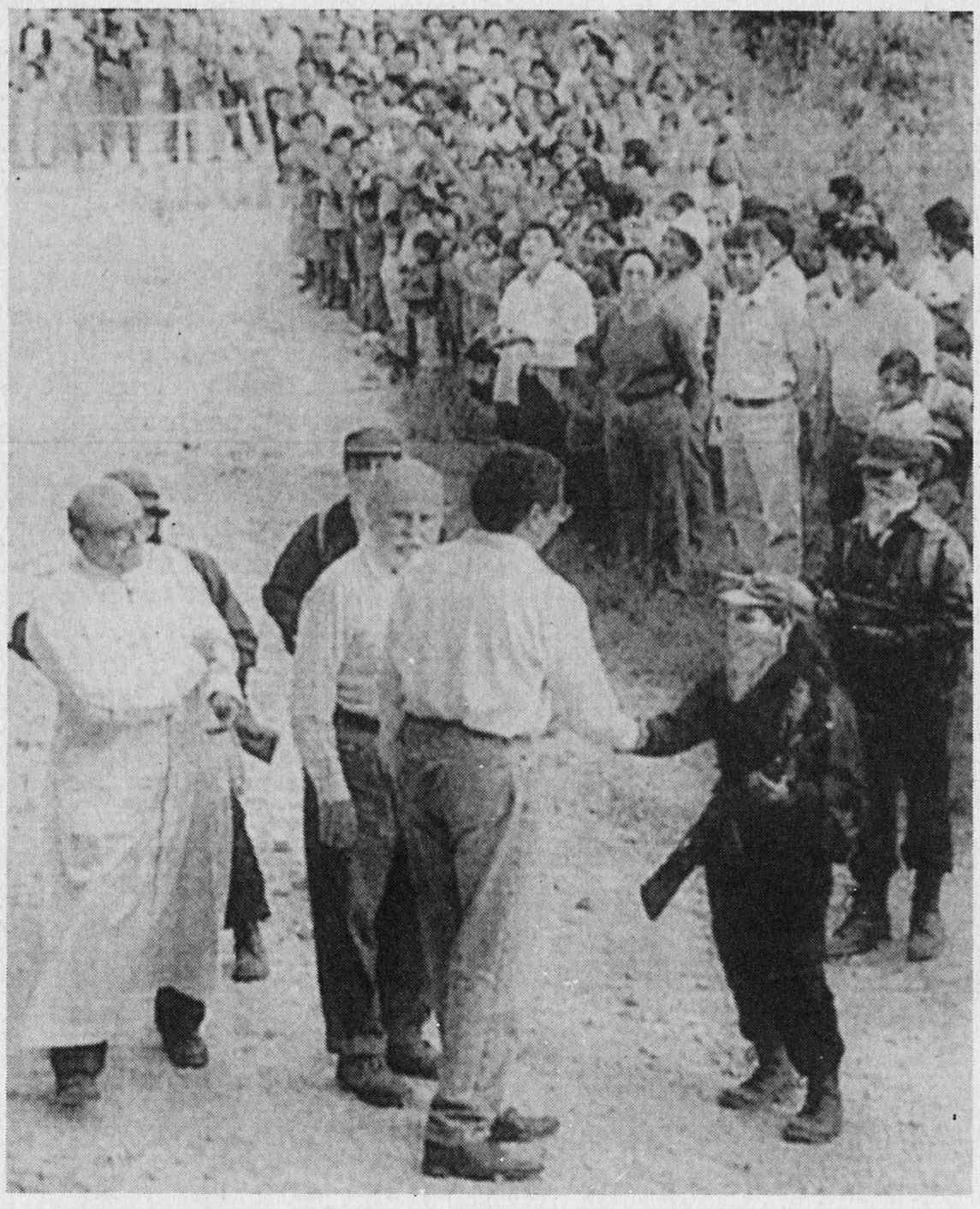
Die Lebensumstände verschlechtern sich, weil sich die indigene Bevölkerung — gewarnt davor, daß sie erschossen werden können, wenn sie mit Zapatisten verwechselt werden — nicht wagt, mit der Ernte ihrer Produkte zu beginnen.

Nach der Logik der Ordnungskräfte führt ebenso das Versammlungsrecht, sogar die Bestattung Toter, nur dazu, daß sich die Dorfbevölkerung organisieren könnte. Es scheint, daß sich jener Typ von Verboten mit den neu eingeführten Bestimmungen des Strafrechts in Chiapas einbürgern könnte, die galten, als González Garrido Staatschef war; allerdings setzte man damals nicht gesetzliche Bestimmungen außer Kraft mit der Begründung, derlei Entscheidungen zu rechtfertigen.

Niemand weiß, zu welchem Zeitpunkt, aus welchem Grund und mit welchen Folgen er verhaftet werden kann. Die Leute kennen sich untereinander, wissen wer von wem aus welchen Gründen geschätzt wird; darin besteht keinerlei Unklarheit. Aber die Folge solcher Verhaftungen scheint zu sein, die Leute davor zu waren, was ihnen oder ihren Nächsten passieren könnte. Vor einigen Tagen erfuhren wir in Las Margaritas, daß man die Leichen zweier Jugendlicher gefunden hatte, die — was in der Zeitung stand — am 6. Januar von Armeeangehörigen verhaftet worden waren und zwar in einem zentral gelegenen Park, von wo sie ins Gefängnis verbracht wurden. „Seither sind sie verschwunden" (Tiempo 27.1.94). Man interpretiert das als Einschüchterung und als eine Lektion der Züchtigung an die Adresse der Bevölkerung.

Dieser andere Krieg und dessen Psychologie, mit der die ganze Bevölkerung zu Hunger und Untätigkeit verurteilt wird, läßt die Vermutung zu, daß man eine bewaffnete Lösung des Konflikts vorbereitet und keine auf der Basis von Versöhnung und Frieden. Mit diesem anderen Krieg beabsichtigt man offensichtlich, die Bevölkerung gegen den Ejército Zapatista de Liberación Nacional aufzubringen, diesen in die Wälder zurückzudrängen und den Konflikt im Handstreich mit einer Art Blitzkrieg zu bereinigen. Anders kann man sich die angewandte Taktik der Gerüchte, der Drohungen, der Scheingefechte, der Verbote, der Verhaftungen, des Verschwindenlassens und des Ermordens zu Erziehungszwecken nicht erklären. Und angesichts dieser Tatsachen verwandeln sich die Worte Dialog, Amnestie, Verhandeln und andere zu Fragezeichen und, schlimmer noch, in ein Dilemma zwischen Frieden und Demokratie einerseits oder Verhärtung und Ausrottung andererseits. ●

Nachdruck aus La Jornada, 1.2.94
Übersetzung: Ludi Lodovico



Castellanos wird von einer Repräsentation der Zapatisten freigelassen

Werkstätten- und Zeitungsprojekt in Argentinien

„Eine der schlimmsten Folgen der Militärdiktatur in Argentinien ist die Tatsache, daß die Menschen in ständiger Angst lebten und jahrelang sich nicht selbst ausdrücken konnten. Sie mußten ihre Gefühle und Kreativität unterdrücken." So erklärt Mercedes Gonzáles ihre Motivation, in Icho Cruz Werkstätten (talleres) in Töpfern und Malerei, Holzschnitzerei und Weben, Literatur, Musik und Tanz zu organisieren, und später sogar die Gründung einer Zeitschrift zu unterstützen. „Wir müssen alle wieder lernen, unsere Wünsche und Interessen zu äußern. Das können wir nicht den anderen überlassen, die die Macht haben."

Icho Cruz, das ist die Sprache der indigenen Einwohner der heutigen Provinz Córdoba in Zentralargentinien und heißt Ort, an dem ein Kreuz steht oder auch Kreuzung. Icho Cruz, das bedeutet heute aber vor allem viel Reichtum für Wenige und ein karges Auskommen für die Mehrheit. Die Region lebt vom überzüchteten Tourismus, der nur wenige Monate im Jahr Arbeitsplätze schafft. Die Industriezonen Argentiniens mit besser bezahlten Arbeitsplätzen sind weit entfernt und selbst von der neoliberalen 'Strukturanpassung' betroffen.

Das Werkstätten-Projekt gibt es seit 1990 und wurde in den ersten beiden Jahren vom österreichischen Entwicklungshilfeclub mit insgesamt 15 000 DM gefördert, doch diese Förderung war von Anfang an auf zwei Jahre beschränkt.

Das Problem ist, daß mit den beschriebenen Werkstätten zwar ein wichtiges Angebot geschaffen wurde (an dem in den ersten beiden Jahren fast 700 Menschen teilnahmen!), aber die direkten Einnahmemöglichkeiten gering sind. Die TeilnehmerInnen könnten kaum etwas bezahlen. Was anfangs vor allem 'kulturelle' Ziele hatte, wird angesichts der fürchterlichen wirtschaftlichen Situation und der gemachten positiven Erfahrungen auch unter einem zweiten Aspekt zunehmend wichtig: Die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die OrganisatorInnen der Projekte, fast ausschließlich Frauen, haben nach dem Ausbleiben der finanziellen Hilfe aus Österreich ein Minimalprogramm aufrechterhalten können. Sie haben sich dafür entschieden, die Projekte zu straffen und finanziell stärker auf eigene Füße zu stellen. Das betrifft vor allem zwei Schwerpunkte, die auf großes Interesse stoßen und mit denen einige Arbeitsplätze geschaffen werden können: Erstens haben einige Kunsthandwerkerinnen schon Preise mit ihrer Arbeit gewonnen und können vom Verkauf ihres Handwerks teilweise ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ausgangspunkt dafür waren die Werkstätten der letzten Jahre; und deshalb soll ihre erneute Durchführung neben der großen Breitenwirkung auch wieder eine ökonomische Basis für talentierte KunsthandwerkerInnen ermöglichen. Zweitens ist die monatlich erscheinende Zeitung mit dem Namen 'Pueblo Grande' (Großes Dorf), die vor zwei Jahren im Umfeld der Werkstätten entstand, inzwischen zu einem festen Bestandteil der regionalen Öffentlichkeit geworden. Obwohl die Militärdiktatoren bereits 1983 die Macht an eine Zivilregierung abgeben mußten, gab es in den Jahren danach in vielen Gebieten keine ordentlichen Wahlen auf Gemeinde- und Kreisebene, sondern die übergeordneten Stellen 'intervenierten' immer wieder, d.h. sie setzten die Exekutive von oben ein; Parlamente gab es nicht. So auch in der Region um Icho Cruz, wo im Oktober 1993 (also erst zehn Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur) zum ersten Mal Kreiswahlen stattfanden und die Zeitung 'Pueblo Grande' plötzlich eine wichtige Funktion als Gegenöffentlichkeit hatte.

Die konkreten Vorhaben der Werkstätten und der Zeitung in der nächsten Zeit sind:

- Kauf von Werkzeugen für die Kunsthandwerkskooperative.
- Bessere technische Ausstattung für die Zeitung.
- Bezahlung von Honoraren (von regulären Löhnen ist nur zu träumen).
- Bisher noch in weiter Ferne und doch sehr dringend ist der Kauf eines Grundstückes, damit dort von Dorfbewohnern eine Hütte als ständige Veranstaltungsstätte errichtet werden kann (Grundstück- und Materialkosten ca. 25 000 DM).

Unser Ziel ist es, Anfang April das gesammelte Geld nach Argentinien zu schicken (natürlich leiten wir auch später eingegangene Spenden weiter) und bitten daher um Überweisung auf das folgende Konto:

Ulrich Brand, c/o links-Redaktion,
Konto 1076 40-755
Postgiroamt Karlsruhe (BLZ 660 100 75)
Kennwort:„ Werkstätten Icho Cruz"

!Muchas Gracias!

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,—/ O: DM 50,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 3 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezah

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 34376 Immenhausen

Coyote-Texte

Feminismus als Gesellschaftskritik

Argument-Sonderband
Neue Folge, Band 212
300 Seiten, DM 29,00

Mit der Forderung nach beruflicher Gleichstellung von Frau und Mann ist die Frauenbewegung in den 80er Jahren in ein Kerngebiet männlicher Herrschaft vorgedrungen und konnte zunächst Erfolge verbuchen: Gesetze wurden erlassen, Initiativen ins Leben gerufen, Frauenbeauftragte ernannt. Doch ist die anfängliche Euphorie ernüchterter Skepsis gewichen, weil die ursprünglichen Ziele nicht erreicht wurden. Wo liegen die Ursachen?
In der empirischen Untersuchung mehrerer Institutionen und Betriebe (Gewerkschaft, Kaufhauskette und Behörden) wird der Frage nachgegangen, wie sich Männer zu den Gleichstellungsinitiativen verhalten haben, welche Steine sie Frauen in den Weg legen, und wo sie (selten und zögernd) auch Unterstützung anbieten.

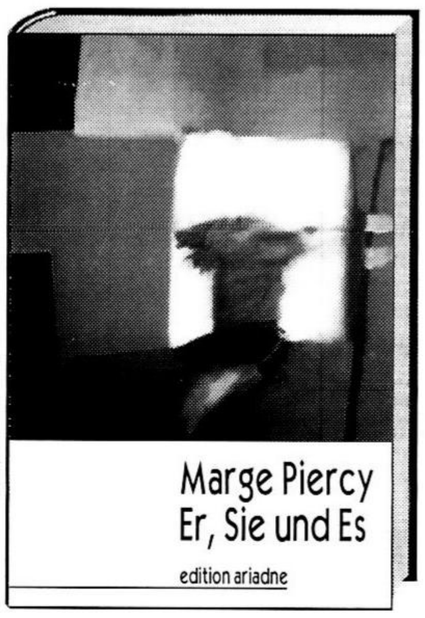
Argument-Sonderband
Neue Folge, Band 217
148 Seiten, DM 21,00

Herrschaft ist ein Netz von miteinander verknüpften Komplexen. Solche Erkenntnis wurde in der Frauenbewegung praktisch gewonnen. Zum Beispiel streiten wir in der Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen um das Recht der Frau auf Selbstbestimmung und stoßen zugleich beim Problem der Kontrolle von eigener Fruchtbarkeit auf die sexuelle Herrschaft des Mannes, auf die Beziehung der Menschen zu ihrem Körper und auf die Bedeutung sexueller Lust.
Wir eröffnen eine Debatte über Gesetze und Parlament; über ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen; ein System von Einrichtungen der Kinderbetreuung; über die Macht des Staates zu bevölkerungspolitischen Entscheidungen und darüber, wie in empfängnisverhütende Technologie und medizinische Forschung investiert wird und in wessen Interesse. Welche Strategie braucht eine Kampagne, die sowohl Druck auf das Parlament ausüben als auch das Verhältnis zum Körper verändern will?

Er, Sie und Es

»Einer der besten in deutscher Sprache veröffentlichten Romane in den letzten Jahren«
Lambda

Ihr Name steht für ganz große Erzählkunst aus Frauensicht. In Amerika wird sie seit vielen Jahren in einem Atemzug mit Margaret Atwood, Doris Lessing und Fay Weldon genannt.
Leidenschaftlich gegenwartskritisch, aber mit Liebe zur Welt und den Menschen schreibt Piercy Romane, die Herz und Verstand nähren. Sie ist eine Dichterin, deren fiktive Gestalten im Gedächtnis bleiben, als hätten wir sie jahrelang gekannt. Marge Piercys Erzählungen handeln von *uns:* von Menschen, wie wir es sind, wie wir sie kennen, und von der Welt, in der wir leben - und sind zugleich Romane wie handgemalte Teppiche, phantastische Gewebe, die sich langsam, ganz sachte entrollen und uns in die Ereignisse hineinziehen, bis wir das Geschehen, die Bilder, die Erfahrungen fast wie Selbsterlebtes denken können ... Es gibt nur ganz wenig Literatinnen mit der Gabe, so prägnante Frauengestalten zu schaffen, beständig ringend in einer Wirklichkeit, deren Darstellung bei näherem Hinsehen das einzig Erfundene an ihr ist.



Roman
edition ariadne
520 Seiten, gebunden
DM 49,-

Der Zukunftsroman *Er, Sie und Es* - die Geschichte einer hart geprüften Computerspezialistin und ihrer talmudkundigen schlauen Großmutter - liegt seit 1993 auf deutsch vor. Wir wollen in der Prosa-Reihe *edition ariadne* nach und nach die Leerstelle füllen und Marge Piercys engagiertes Werk, liebevoll übersetzt, auch hier bekannt machen.

»*Er, Sie und Es* verdichtet das Problem menschlicher Hybris zu einem facettenreichen Panorama menschlicher Erfahrungen, das unsere Vorstellungen von Geschlecht, Humanität, Künstlichkeit und Freiheit zur Disposition stellt.«
VDPP-Rundbrief

ArgumentVerlag · Rentzelstraße 1 · 20146 Hamburg · 040 45 36 80 · Fax 040 44 51 89